

Lohnpolitik und internationale wirtschaftliche Integration

von

Diplom-Volkswirt Klaus Peter Pohl

aus

München

1973

Lohnpolitik und internationale wirtschaftliche Integration

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades

eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

(Dr. rer. pol.)

an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

Diplom-Volkswirt Klaus Peter Pohl

aus

München

Lehnpolitik und internationale
wissenschaftliche Integration

Die Integration der Lehnpolitik in die internationale
wissenschaftliche Integration ist ein zentraler
Aspekt der Wirtschaftswissenschaften. Sie ist
von großer Bedeutung für die Entwicklung der
Wirtschaft und die Integration der Lehnpolitik
in die internationale wissenschaftliche Integration.



Referent: Prof. Dr. Joachim Klaus

Korreferent: Prof. Dr. Otmar Issing

Tag der mündlichen Prüfung: 6. Juni 1973

G l i e d e r u n g

	<u>Seite</u>
A Problemstellung und Aufbau der Arbeit	1
B Lohnpolitisch relevante Rahmenbedingungen internationaler wirtschaftlicher Integration	5
I Mindestanforderungen an die beteiligten Einzelwirtschaften	5
II Mindestanforderungen im internationalen Bereich	9
C Systematik internationaler wirtschaftlicher Integrationsphänomene	12
I Interpretationsmöglichkeiten internationaler wirtschaftlicher Integration	12
II Systematisierungsmöglichkeiten der internationalen wirtschaftlichen Integration	15
1. Arten wirtschaftlicher Integration	15
2. Methoden wirtschaftlicher Integration	24

3. Formen wirtschaftlicher Integration	26
D Desintegrierende Wirkungsmöglichkeiten der Sozialpartner auf verschiedenen Stufen der internationalen wirtschaftlichen Integration	37
I Dysfunktionale Wirkungsmöglichkeiten beim Aufbau von Präferenzzonen	37
1. Intendierte ökonomische Effekte von Präferenzzonen	37
a) Positive Wirkungen von Freihandelszonen und Zollunionen	37
b) Positive Wirkungen von Freihandelszonen	46
2. Probleme der Verwirklichung von Präferenzzonen bei dysfunktionalem Verhalten der Sozialpartner	51
a) Möglichkeiten der Kompensation von Erleichterungen im intrazonalen Güterverkehr	53
b) Behinderungen der intrazonalen Faktormobilität	64
II Störungsmöglichkeiten im Rahmen von Wirtschaftsunionen	75

	<u>Seite</u>
1. Koordinierungsziele von Wirtschaftsunionen	75
a) Abstimmung der Finanzpolitik	77
b) Abstimmung der Geld-, Kredit- und Außenwährungspolitik	79
c) Abstimmung der staatlichen Lohnpolitik	83
ca) Ziele einer intrazonal abgestimmten Lohnpolitik	83
cb) Voraussetzungen einer intrazonal abgestimmten Lohnpolitik	97
2. Realisierungsprobleme von Wirtschaftsunionen bei dysfunktionalem Wirken der Sozialpartner	103
a) Störungen der intrazonalen Geld-, Kredit- und Außenwährungspolitik	105
aa) Wirkungsminderungen bei geld- und kreditpolitischen Maßnahmen	105
ab) Behinderungen von Maßnahmen der Außenwährungspolitik	121
b) Störfaktoren einer intrazonal abgestimmten staatlichen Lohnpolitik	134
ba) Intrazonal unterschiedliche Haltungen gegenüber Lohnleitlinien	138

	<u>Seite</u>
bb) Intrazonal unterschiedliche Arbeitsmarktverhältnisse	149
III Zusammenfassung der Ergebnisse	172
E Konsequenzen für die staatliche Lohn- politik im Rahmen der internationalen wirtschaftlichen Integration	175
Abkürzungsverzeichnis	VI
Literaturverzeichnis	VIII

A b k ü r z u n g s v e r z e i c h n i s

AER	-	The American Economic Review
AuR	-	Arbeit und Recht
AW	-	Außenwirtschaft
BDA	-	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	-	Bundesverband der Deutschen Industrie
BIZ	-	Bank für internationalen Zahlungsbilanzausgleich
BRD	-	Bundesrepublik Deutschland
C-JbfsW	-	Civitas - Jahrbuch für Sozialwissenschaften
DGB	-	Deutscher Gewerkschaftsbund
DII	-	Deutsches Industrieinstitut
EJ	-	The Economic Journal
EWG	-	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FA	-	Finanzarchiv
GMH	-	Gewerkschaftliche Monatshefte
HdSW	-	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HJb	-	Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik
ILR	-	International Labour Review
JbfsSozW	-	Jahrbuch für Sozialwissenschaft
JG	-	Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JPE	-	The Journal of Political Economy

KuK	-	Kredit und Kapital
N.F.	-	Neue Folge
o.J.	-	ohne Jahr
o.O.	-	ohne Ort
SG	-	Sondergutachten
SF	-	Sozialer Fortschritt
SJb	-	Schmollers Jahrbuch für Gesetz- gebung, Verwaltung und Volks- wirtschaft
StL	-	Staatslexikon, Recht-Wirtschaft- Gesellschaft
SVR	-	Sachverständigenrat zur Begut- achtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
SVSP	-	Schriften des Vereins für Social- politik
SW	-	Soziale Welt
SZfVSt	-	Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik
Vw-Ww-A	-	Der Volkswirt - Wirtschaftswoche - Aktionär
WiSt	-	Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Zeitschrift für Ausbildung und Hoch- schulkontakt
WWA	-	Weltwirtschaftliches Archiv
WWI-M	-	Wirtschaftswissenschaftliches In- stitut der Gewerkschaften - Mitteilungen
ZfgStW	-	Zeitschrift für die gesamte Staats- wissenschaft
ZfN	-	Zeitschrift für Nationalökonomie

A Problemstellungen und Aufbau der Arbeit

Das Phänomen "internationale wirtschaftliche Beziehungen" wird in der wissenschaftlichen Diskussion auch heute noch primär im Rahmen der Außenwirtschaftstheorie diskutiert.¹⁾ Die drei Bereiche dieser klassischen ökonomischen Disziplin, der güterwirtschaftliche und der monetäre Forschungsansatz, sowie der Bereich der Zölle weisen jedoch - unter dem Aspekt der Realitätsnähe ihrer Deduktionen - zwei gravierende Mängel auf:

- Sie stehen als kaum verbundene Teilbereiche isoliert nebeneinander.
- Sie stützen sich auf einen idealtypisch ausgerichteten und darum wirklichkeitsfernen Prämissenapparat.

Einen Versuch zur Überwindung dieser Nachteile stellt die Theorie der internationalen wirtschaftlichen Integration dar. Sie begreift die zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen als einen - in seiner Gesamtheit zu analysierenden - interdependenten Wirkungsmechanismus, der alle ökonomisch relevanten Bereiche der beteiligten Volkswirtschaften tangiert. In bezug auf die Faktormärkte resultiert daraus zwangsläufig die Frage nach der Rolle der Arbeitsmarktparteien bei internationalen Integrationsprozessen bzw. in verschiedenen

1) So unterscheidet sich die inhaltliche Aufteilung von ROSES "Theorie der Außenwirtschaft" von dem - ebenfalls von ihm herausgegebenen - Sammelband "Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen" nur dadurch, daß in ersterem zusätzlich der Abschnitt "Die Zahlungsbilanz" zu finden ist. (Vgl. Klaus Rose, Theorie der Außenwirtschaft, München 1972; ders. (Hrsg.), Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Köln - Berlin 1966.)

Stadien der wirtschaftlichen Integration. Die Existenz dieser speziellen Fragestellung ist zwar im Rahmen der internationalen wirtschaftlichen Integrationstheorie bekannt, entsprechende theoretische Überlegungen und empirische Untersuchungen sind jedoch kaum vorhanden.

Diese Lücke versucht die vorliegende Arbeit schließen zu helfen. Es wurde allerdings nicht der Versuch gemacht, modelltheoretisch abgesicherte Erkenntnisse zu gewinnen. Dazu ist unter anderem der derzeitige Erkenntnisstand der internationalen wirtschaftlichen Integrationstheorie noch zu ungesichert. Der gewählte Forschungsansatz konzentriert sich vielmehr auf die pragmatisch angelegte Fragestellung nach den Störmöglichkeiten der Sozialpartner im Rahmen der internationalen wirtschaftlichen Integration, die sich aus der Konfrontation staatlicher Integrationsmaßnahmen mit den in ihrem Bereich autonom handelnden Sozialpartnern ergeben.

Da Lohnpolitik als direkt auf die Arbeitsbedingungen gerichtete Aktivität definiert wird, können neben den als Arbeitsmarktparteien ex definitione lohnpolitisch agierenden Gruppen auch staatliche Instanzen existieren, die auf den Arbeitsmarkt und auf die Arbeitsbedingungen einwirken. Weil aber nicht auf die zahlreichen - für Lohnpolitik in Frage kommenden - Aktionsbereiche abgestellt werden konnte, erfolgt eine Beschränkung der Analyse auf die Arbeitsmarktaktivitäten der lohnpolitischen Akteure.

Aufgrund der bisher angestellten Überlegungen ergibt sich für die vorliegende Themenstellung folgende Interpretation:

Die staatlichen Instanzen einzelner Volkswirtschaften verfolgen internationale wirtschaftliche Integrationsziele. Im Zuge der zur Zielrealisierung für notwendig erachteten Maßnahmen wird - unbeabsichtigt oder bewußt - auch auf die jeweiligen Arbeitsmarktbedingungen und Arbeitsmarktverhältnisse Einfluß genommen. Werden dadurch die lohnpolitischen Interessen von Sozialpartnern negativ tangiert, so können die Betroffenen aufgrund ihres Handlungsspielraums auf den Arbeitsmärkten Gegenmaßnahmen ergreifen, die die Verwirklichung der angestrebten Integrationsziele beeinträchtigen oder sogar verhindern.

Die Analyse dieser Konstellation erfolgt - unter Berücksichtigung der Theorie der internationalen wirtschaftlichen Integration - in vier Abschnitten:

- Als erstes wird kurz auf die lohnpolitisch relevanten Rahmenbedingungen internationaler wirtschaftlicher Integration eingegangen. Dies ist notwendig, um die den jeweils nationalen und internationalen Bereich betreffenden Prämissen offenzulegen, unter denen alle folgenden Überlegungen angestellt wurden.
- Der zweite Abschnitt gibt einen systematisierenden Überblick über das Phänomen "internationale wirtschaftliche Integration" und schafft damit die integrations-theoretische Bezugsgrundlage für die weitere Analyse.
- Im dritten, zentralen Abschnitt werden die desintegrierenden Wirkungsmöglichkeiten der Sozialpartner auf verschiedenen Stufen der Integration aufgezeigt.

- Der letzte Abschnitt stellt Konsequenzen zur Diskussion, die sich - als Ergebnis der Analyse für die lohnpolitisch relevanten Aktivitäten staatlicher Instanzen - im Rahmen von internationalen wirtschaftlichen Integrationsprozessen ergeben.

B Lohnpolitisch relevante Rahmenbedingungen internationaler wirtschaftlicher Integration

I Mindestanforderungen an die beteiligten Einzelwirtschaften

Die für internationale wirtschaftliche Integrationsvorgänge in Frage kommenden und auch für die eingangs spezifizierten Themenstellung geeigneten Volkswirtschaften sind anhand bestimmter wirtschaftlicher und politisch-gesellschaftlicher Merkmale näher zu kennzeichnen

In ökonomischer Hinsicht wird als Kennzeichen ein ungefähr gleiches und hohes Niveau des Entwicklungsstandes angenommen. Alle beteiligten Einzelwirtschaften haben also ROSTOWS Stadium der "Reife"¹⁾ bzw. JOCHIMSENS "Phase der 'hohen' Einkommen"²⁾ erreicht. Damit ist auch eine ungefähr gleichwertige Ausstattung im Bereich der materiellen, institutionellen und personalen Infrastruktur³⁾ verbunden, so daß für alle Wirtschaftssubjekte ähnliche Konsum- und Investitionschancen und für alle staatlichen Instanzen ähnliche Aktionsfelder gegeben sind. In bezug auf die Wirtschaftsstrukturen der einzelnen Ländern ergibt sich, daß diesbezüglich keine Spezi-

-
- 1) Vgl. Walt Witman Rostow, Die fünf Wachstumsstadien - Eine Zusammenfassung, in: Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsordnungen, hrsg. v. H. G. Schachtschabel, Darmstadt 1971, S. 111 ff.
 - 2) Vgl. Reimut Jochimsen, Theorie der Infrastruktur, Tübingen 1966, S. 185 f.
 - 3) Vgl. dazu ders., ebenda, S. 87 ff.

fizierung notwendig wird:¹⁾ Komplementäre ökonomische Strukturen - z.B. Agrarstaat - Industriestaat²⁾ - begünstigen zwar die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen entsprechenden Ländern erheblich.³⁾ Doch auch zwischen ähnlich strukturierten Volkswirtschaften - z.B. entwickelten Industrienationen - sind derartige Beziehungen möglich⁴⁾ und darüber hinaus sogar notwendig. Zum einen ist kein Land in der Lage, alle Arten der nachgefragten industriellen Konsum- und Investitionsgüter selbst zu produzieren.⁵⁾ Zum anderen macht die Verfolgung nationaler wirtschaftspolitischer Ziele internationale Wirtschaftsbeziehungen unumgänglich, wenn dadurch der erforderliche nationale Strukturwandel ermöglicht⁶⁾ und/oder die dazu notwendigen internationalen Faktorumallokationen erst realisierbar werden.⁷⁾

Hinsichtlich der politisch-gesellschaftlichen Grundhaltungen aller für die vorzunehmende Analyse in Frage kommenden Einzelwirtschaften ist es unrealistisch, völlig

-
- 1) Die Existenz von zwei oder mehreren ökonomisch völlig kongruent strukturierten Volkswirtschaften kann als unrealistisch ausgeschlossen werden.
 - 2) Es sei auf den Modellfall Großbritannien - Dänemark hingewiesen.
 - 3) Vgl. dazu auch Alfons Lemper, Weltwirtschaftliche Kooperation - ein Problem der Arbeitsteilung?, in: JbfSozW, Bd. 22 (1971), S. 175.
 - 4) Vgl. dazu auch den Hinweis bei Helmut Lipfert, Einführung in die Währungspolitik, München 1965, S. 233.
 - 5) Diese Feststellung ist tautologisch, wenn Güter aufgrund ihrer ausländischen Herkunft nachgefragt werden.
 - 6) Vgl. auch Hans-Gerhard Voigt, Probleme der weltwirtschaftlichen Kooperation, Hamburg 1969, S. 40; Ingo Walter, International Economics, New York 1968, S. 553.
 - 7) Vgl. dazu auch Günter Balbach, Europäische Wirtschaftsunion, Diss. Mannheim 1956, S. 42.

identische Werteskalen zu unterstellen. Als Mindestbedingung wird allerdings gefordert, daß sich die jeweils gültigen gesellschaftlichen Normen nicht antagonistisch gegenüberstehen, sondern inhaltlich einander ähnlich oder doch annäherbar sind.¹⁾ Diese Forderung gilt für informell existente internalisierte Haltungen kultureller, rassischer oder soziologischer Art und für institutionalisierte Wertvorstellungen.

Ersteres sind - wie schon aus ihrer kurzen Charakterisierung hervorgeht - schwer beeinflussbar und bedürfen daher der besonderen Aufmerksamkeit seitens der jeweils für internationale wirtschaftliche Integration zuständigen Instanzen. Die Diskussion dieses Problemfeldes liegt jedoch außerhalb der Themenstellung.²⁾

Letztere - also institutionalisierte Wertvorstellungen - können als oberste gesellschaftliche Ziele verfassungsrechtlich verankert sein und/oder führen im Zuge ihrer Interpretation zu Leitbildern praktischen politischen Handelns, also auch zu wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen.³⁾ In den jeweils realisierten Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftsverfassungen der für die anzustellende Analyse in Frage kommenden Volkswirt-

-
- 1) Vgl. dazu auch Hartmut Berg, Integrationsprozeß und Strukturflexibilität in der EWG, in: JbFSozW, Bd. 22 (1971), Heft 3, S. 296 f.
 - 2) Vgl. zu dieser Fragestellung z.B. Christian Egbert Weber, Die Integration eines Kontinents als Problem: Amerika, Europa, Berlin 1971, besonders S. 49 ff.
 - 3) Vgl. dazu Gertrud Neuhauser, Die wirtschaftspolitische Konzeption als Problem der theoretischen Wirtschaftspolitik, in: Zur Grundlegung wirtschaftspolitischer Konzeptionen, hrsg. v. H.-J. Seraphim, SVSP, N.F., Bd. 18, Berlin 1960, S. 35.

schaften, in denen sich diese Konzeptionen als Definitionen und Handlungsweisungen niederschlagen, werden implizit oder explizit folgende Merkmale als notwendig erachtet:

- Möglichkeit zu Privateigentum an Produktionsfaktoren in gesamtwirtschaftlich bedeutendem Ausmaß,
- Gültigkeit des erwerbswirtschaftlichen Prinzips in gesamtwirtschaftlich relevantem Umfang,
- überwiegende Marktkoordination der einzelwirtschaftlichen Konsum- und Investitionsentscheidungen,
- positive und negative Koalitionsfreiheit der gesellschaftlichen Gruppen - insbesondere im Bereich des Arbeitsmarktes - mit wesentlichem Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Eine Analyse dieser Merkmale im Hinblick auf ihre Eignung als konstituierende Prinzipien bestimmter theoretisch zu konzipierender Wirtschaftsordnungen¹⁾ kann jedoch nicht erfolgen. Dies liegt am gewählten pragmatischen Forschungsansatz, der die Beschäftigung mit idealtypischen Wirtschaftssystemen nicht zuläßt, sondern sich auf zwar inkonsistente aber real gegebene Mischsysteme²⁾ beschränkt.

Die sich aus den genannten Merkmalen für die politischen Systeme ergebenden Konsequenzen bleiben ebenfalls un-
diskutiert. Zwar ist die Existenz individualistischer

1) Vgl. dazu z.B. Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Tübingen - Zürich 1960, S. 254 ff.

2) Vgl. Hans G. Schachtschabel, Wirtschaftspolitische Konzeptionen, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1967, S. 28; Günter Balbach, Europäische Wirtschaftsunion, a.a.O., S. 46.

und demokratischer Ordnungsprinzipien notwendig, Überlegungen zur erforderlichen Durchgängigkeit bzw. zu den Anwendungsbereichen dieser Prinzipien in den in Frage kommenden Gesamtsystemen fallen jedoch nicht in die vorgegebene Aufgabenstellung.

II Mindestanforderungen im internationalen Bereich

Die für die beabsichtigte Analyse heranzuziehenden Volkswirtschaften müssen auch hinsichtlich ihrer zwischenstaatlichen gegenseitigen Aktionsmöglichkeiten bestimmte geographische, monetäre und weltpolitische Bedingungen erfüllen.

Die geographische Entfernung zwischen Einzelwirtschaften ist ein wesentlicher Bestimmungsgrund für die Kosten des zwischenstaatlichen Austausches von Informationen (Kommunikation), Waren und Dienstleistungen (Handel), sowie der räumlichen Verschiebung von Personen.¹⁾ Je geringer die auch von den Transportmöglichkeiten abhängenden Raumüberwindungskosten - also nach BALASSA die "ökonomischen Entfernungen"²⁾ - sind, desto größere Chancen für die Auf-

1) Darunter sind sowohl Wanderungen (Wechsel des Wohnorts) als auch Bewegungen von einem Raumpunkt zum anderen (zu Einkaufs-, Erwerbs-, Erholungs- und sonstigen Zwecken) zu verstehen. (Vgl. Paul Günter Jansen, Zur Theorie der Wanderungen, in: Zur Theorie der allgemeinen und regionalen Planung, hrsg. v. Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster, Bielefeld 1969, S. 151.)

2) Vgl. Bela Balassa, The Theory of Economic Integration, London 1969, S. 41.

nahme internationaler wirtschaftlicher Beziehungen bestehen.¹⁾ Dazu kommt, daß die räumliche Nähe zwischen einzelnen Staaten integrationsfördernd wirkt, wenn historisch ähnliche Entwicklungen und jahrhundertelange nachbarliche Beziehungen Gemeinsamkeiten bei allen im vorhergehenden Abschnitt I angesprochenen Merkmalen begründen.²⁾

In bezug auf die monetären Aspekte der zu analysierenden internationalen Wirtschaftsaktivitäten sind zwischenstaatliche bi- und/oder multilaterale Güteraus-tauschabkommen oder ähnliche Außenhandelsdirigismen ungeeignet. Die zu ihrer Durchführung erforderlichen Koordinations- und Überwachungsinstanzen erschweren notwendige Anpassungsprozesse an sich ändernde Marktbedingungen und machen zudem deutlich, daß ungehinderter Güter- und Kapitalverkehr nicht zugelassen werden. Als Mindestbedingungen für zwischenstaatliche wirtschaftliche Aktivitäten sind daher notwendig:

- Fehlen von permanent vorhandenen und spürbaren Kontingentierungen im internationalen Güter- und Kapitalverkehr,³⁾
- Vorhandensein von international anerkannten Zahlungsmitteln (Währungsreserven),
- unbeschränkte Konvertibilität der Währungen.

1) Vgl. auch F. Kahnert a.o., Economic Integration among Developing Countries, Paris 1969, S. 31 ff.; ferner Günter Balbach, Europäische Wirtschaftsunion, a.a.O., S. 47.

2) Vgl. dazu auch Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 40; ders., Towards a Theory of Economic Integration, in: Kyklos, Vol. XIV (1961), S. 13.

3) Vgl. auch Bela Balassa, Towards a Theory ..., a.a.O., S. 9.

Neben den genannten geographischen und internationalen monetären Voraussetzungen müssen die für die anzustellende Analyse in Frage kommenden Volkswirtschaften zumindest zwei weltpolitische Grundbedingungen erfüllen. Die erste bezieht sich auf die Existenz weltweiter politischer Machtblöcke. Insbesondere im Hinblick auf die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen ist es von Bedeutung, daß diese nicht durch die Zugehörigkeit der daran beteiligten Einzelwirtschaften zu verschiedenen Machtgruppierungen (z.B. zum Block der westlichen Länder und zu den Neutralen) beeinträchtigt wird.¹⁾ Die zweite Bedingung stellt auf die Stabilität und Kontinuität der zwischenstaatlichen Beziehungen ab. Falls diese zumindest langfristig nicht als gesichert gelten können, werden die letztlich von den Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte²⁾ abhängigen internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht in Gang kommen bzw. sich nicht im gewünschten Maße entwickeln.

-
- 1) Eine politische Gleichschaltung der in Frage kommenden Systeme - wie sie KUBY und KITZMÜLLER fordern, ist jedoch nicht notwendig. (Vgl. Heinz Kuby und Erich Kitzmüller, Transnationale Wirtschaftspolitik, Hannover 1968, S. 25 ff.)
 - 2) Vgl. auch den Hinweis bei Alfons Lemper, Weltwirtschaftliche Kooperation ..., a.a.O., S. 186.

C Systematik internationaler wirtschaftlicher Integrationsphänomene

I Interpretationsmöglichkeiten internationaler wirtschaftlicher Integration

Auf den Unterschied zwischen der herkömmlichen Analyse internationaler Wirtschaftsbeziehungen und dem Ansatz der internationalen wirtschaftlichen Integrationstheorie wurde eingangs hingewiesen. Die zentrale Stellung des Integrationsphänomens in der durchzuführenden Analyse und seine nicht eindeutig inhaltliche Abgrenzung in der wissenschaftlichen Diskussion machen jedoch noch eine kurze begriffliche Klärung notwendig.

"Integration" steht generell für das Zusammenfügen bzw. -fassen, Verbinden, Vereinigen oder Verschmelzen von verschiedenartigen Einzelementen zu einem einheitlichen und übergeordnetem Ganzen.¹⁾ Auf außenwirtschaftlichem Sektor bedeutet dies, "..., daß die betreffenden Volkswirtschaften so ineinandergreifen

1) Vgl. dazu Hans-R. Krämer, Formen und Methoden der internationalen wirtschaftlichen Integration, Versuch einer Systematik, Tübingen 1969, S. 2; Erwin Veil, Die Wohlstandswirkungen der handelspolitischen Integration Westeuropas - unter besonderer Berücksichtigung der Integrationsmaßnahmen im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), Diss. München 1965, S. 5 f.; Walter Huppert, Systematik der Integration, Zur Theorie der wirtschaftlichen Integration und zur Problematik der EWG, in: SJB, 85 Jg. (1965), S. 456; Andreas Predöhl u. Harald Jürgensen, Europäische Integration, in: HdSW, Bd. 3 (1961), S. 371; Bela Balassa, Towards a Theory ..., a.a.O., S. 1; Hans Möller, Internationale Wirtschaftsorganisationen, Wiesbaden 1960, S. 31; Josef Häußling, Integration, in: StL, Bd. 4 (1959), Sp. 341; Gunnar Myrdal, Internationale Wirtschaft, Probleme und Aussichten, Berlin 1958, S. 11.

Vgl. zum Inhalt und zum geschichtlichen Überblick über die Integrationslehre Rudolf Smend, Integrationslehre, in: HdSW, Bd. 5 (1956), S. 299 ff.

sollen, daß sich daraus eine optimale Arbeitsteilung für sie ergibt."¹⁾ Dieses Integrationsoptimum ist allerdings nicht unabhängig von den herrschenden Nebenbedingungen - vor allem den politischen Zielvorstellungen der beteiligten Länder²⁾ - konkretisierbar. In der Realität sind daher verschiedene und sich im Zeitablauf ändernde Zustände von internationalen wirtschaftlichen Verflechtungssituationen feststellbar. Die tendenzielle Zunahme bzw. Abnahme der

-
- 1) Ernst Heuss, Klassischer Freihandel oder Integration?, in: Ordo, 11. Bd. (1959), S. 96; ähnlich auch Gertrud Neuhauser, Integration - Wiedergeburt des handelspolitischen Liberalismus?, in: ZfgStW, 115. Bd. (1959), S. 74. Vgl. auch den Hinweis bei Imre Vajda, Wirtschaftswachstum und internationale Arbeitsteilung, in: Kyklos, Vol. XIX (1966), S. 682.
 - 2) Auf die Untrennbarkeit von internationaler wirtschaftlicher Integration und politischen Motiven und Zielsetzungen weist vor allem HABERLER hin. (Vgl. Gottfried Haberler, Die wirtschaftliche Integration Europas, in: Wirtschaftsfragen der Freien Welt, hrsg. v. E.v. Beckerath, R.W. Meyer, A. Müller-Armack, Frankfurt/Main o.J., S. 521; vgl. ferner Imre Vajda, Internationale Arbeitsteilung und Wirtschaftsreform, Budapest 1969, S. 190; Paul Streeten, Economic Integration, Leyden 1961, S. 11; Walter Hallstein, Wirtschaftliche Integration als Faktor politischer Einigung, o.O. 1961, S. 3 ff. Rolf Sannwald u. Jacques Stohler, Wirtschaftliche Integration, Basel - Tübingen 1961, S. 37; Gunnar Myrdal, Internationale Wirtschaft ..., a.a.O., S. 13 ff.; H. Bachmann, Die allgemeinen Aspekte der wirtschaftlichen Integration Westeuropas, in: SZfVSt, 88. Jg. (1952), S. 283.)

Im Gegensatz dazu weisen sowohl HUPPERT wie MEYER auf die Trennbarkeit von wirtschaftlicher und politischer Integration hin, wobei sie allerdings eine sehr enge Begriffsdefinition von "politischer Integration" zugrundelegen. (Vgl. Walter Huppert, Systematik der Integration ..., a.a.O., S. 459 f.; Klaus Meyer, Zur Theorie der wirtschaftlichen Integration, in: Kyklos, Vol. XIX (1966), S. 695.)

ökonomischen Verflechtungsintensität aufgrund bestimmter wirtschaftspolitischer Aktivitäten aller Beteiligten bzw. Betroffenen bedeutet steigenden ("Integration") bzw. fallenden ("Desintegration")¹⁾ Integrationsgrad.

Die beiden Extremfälle internationaler Wirtschaftsbeziehungen sind demnach das Fehlen jeder Integration im Fall autarker, geschlossener Volkswirtschaften und vollständige bzw. totale Integration,²⁾ gekennzeichnet durch Binnenmarktverhältnisse zwischen den beteiligten Ländern mit der Gelegenheit zur höchstmöglichen Arbeitsteilung - also auch freier Faktorallokation - im Integrationsraum.³⁾ Zwischen beiden Fällen liegen einzelne Stufen bzw. Stadien der internationalen wirtschaftlichen Integration.

Der Terminus "wirtschaftliche Integration" kennzeichnet also im vorliegenden Zusammenhang sowohl einen bestimmten Zustand, der auch Ziel bzw. Aufgabe sein kann, als auch einen Annäherungs- bzw. Intensivierungsprozeß im

1) Vgl. dazu Wilhelm Röpke, Integration und Desintegration der internationalen Wirtschaft, in: Wirtschaftsfragen der Freien Welt, a.a.O., S. 493 ff.

2) Vgl. Reimut Jochimsen, Dualismus als Problem der wirtschaftlichen Entwicklung, in: WWA, Bd. 95 (1965 II), S. 73.

3) Vgl. dazu auch Erich Schneider, Lineamenti di una teoria economica del mercato comune, in: Rivista Internazionale di science Economiche e Commerciali, Anno 4 (1957), S. 107 f., zitiert nach Reimut Jochimsen, Theorie ..., a.a.O., S. 94 f., Fußnote 26. MEYER und MYRDAL bezeichnen allein den letztgenannten Idealzustand als "wirtschaftliche Integration". (Vgl. Klaus Meyer, Zur Theorie ..., a.a.O., S. 695; Gunnar Myrdal, Internationale Wirtschaft ..., a.a.O., S. 13 ff.)

internationalen Bereich.¹⁾ Die sich daraus ergebenden vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten²⁾ dieses Terminus erfordern daher für jeden einzelnen seiner Anwendungsfälle in der Integrationspolitik eine exakte Begriffsexplikation. Dies wird nun im Hinblick auf die Aufgabenstellung versucht.

II Systematisierungsmöglichkeiten der internationalen wirtschaftlichen Integration

1. Arten³⁾ wirtschaftlicher Integration

Die zur Realisierung internationaler wirtschaftlicher Ziele möglichen Integrationsarten eignen sich nicht als Ansatzpunkte zur Lösung der vorliegenden Aufgabenstel-

-
- 1) Vgl. auch Rüdiger Pohl, Regionale Leistungsbilanzsalden in integrierten Wirtschaftsräumen, Berlin 1971, S. 14 f.; Hans-R. Krämer, Formen und Methoden ..., a.a.O., S. 5; Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 1; ders., Towards a Theory ..., a.a.O., S. 4 f.; Karl Albrecht, Probleme und Methoden der wirtschaftlichen Integration, Kiel 1951, S. 3. Die von KRÄMER erhobene Forderung nach dem ständigen Vollzug von Integrationsmaßnahmen bzw. -bedingungen erscheint auf den ersten Blick berechtigt. Da aber über das erforderliche Ausmaß dieser dauernden Aktualisierung keine Informationen vorlagen, wurde auf diese Überlegungen nicht eingegangen. (Vgl. Hans-R. Krämer, Formen und Methoden ..., a.a.O., S. 8 ff.)
 - 2) Vgl. dazu auch den Hinweis bei Jaroslav Vanek, International Trade Theory and Economic Policy, Homewood 1962, S. 345.
 - 3) Diese werden auch als Integrationsmethoden bezeichnet. (Vgl. z.B. Erwin Veil, Die Wohlstandwirkungen ..., a.a.O., S. 9 f.) Die davon abweichende Begriffsregelung wurde jedoch notwendig, da für die in Punkt 2. noch zu behandelnden Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Begriff "Integrationsmethode" am besten geeignet erschien. (Vgl. dazu auch Hans-R. Krämer, Formen und Methoden ..., a.a.O., S. 51 ff.)

lung; sie sind nur als theoretisch konstruierte Konzepte existent, empirisch jedoch schwer feststellbar und zudem nicht mit hinreichender Genauigkeit gegeneinander abzugrenzen. Die kurze Behandlung von Arten der wirtschaftlichen Integration erweist sich jedoch als notwendig, da sie implizit in den noch zu klassifizierenden Integrationsmethoden und -formen ihren Niederschlag finden, und ihre Kenntnis zum Verständnis der durchzuführenden Analyse beiträgt.

In der wissenschaftlichen Diskussion werden folgende - jeweils als Gegensatzpaare konzipierte und nach übergeordneten Gesichtspunkten systematisierte - Arten wirtschaftlicher Integration genannt. Unter dem Aspekt

(a) der geographischen Lage:

- regionale oder globale (weltweite) Integration,

(b) der Beteiligungsmöglichkeit:

- geschlossene oder offene Integration,

(c) der erfaßten Bereiche:

- vertikale oder horizontale und
- sektorale (partielle) oder totale Integration,

(d) der Aktivität und Eingriffsintensität staatlicher Instanzen:

- marktwirtschaftliche oder planwirtschaftliche,
- liberale oder dirigistische (gelenkte),
- negative oder positive,
- Marktintegration oder Integration von Produktion und Entwicklung, sowie
- funktionelle oder institutionelle Integration.

ad (a): Internationale, aber regional begrenzte Integrationsbestrebungen stellen auf die Überwindung der negativen wirtschaftlichen Effekte ab, die sich aufgrund der Existenz verschiedener Staaten in einem ökonomisch zusammengehörenden Gebiet ergeben.¹⁾ In Erweiterung dieses Ansatzes befaßt sich globale bzw. weltweite Integration mit Problemen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung.²⁾

ad (b): Die Gegenüberstellung von geschlossener und offener Art der Integration weist darauf hin, daß wirtschaftliche Integrationsmaßnahmen den Aufbau von geschlossenen Wirtschaftsblöcken mit begrenzter Teilnehmerzahl (Blocklösung) bzw. die Bildung eines jederzeit erweiterungsfähigen Kreises von Volkswirtschaften (Kernlösung) zum Ziel haben können.³⁾

ad (c): Setzen wirtschaftliche Integrationsbestrebungen an bestimmten Industriezweigen oder Wirtschaftssektoren - z.B. Montan-Industrie - der beteiligten Länder an, so wird von vertikaler,⁴⁾ bzw. sektoraler⁵⁾

1) Vgl. Hans-R. Krämer, Formen und Methoden ..., a.a.O., S. 39 ff.; Klaus Meyer, Zur Theorie ..., a.a.O., S. 694.

2) Vgl. dazu Hans-Gerhard Voigt, Probleme ..., a.a.O., S. 7 ff., insbesondere S. 71 ff. BALASSAS Unterscheidung in einen "absolutist" und einen "relativist approach" stellt auf einen ähnlichen Sachverhalt ab. (Vgl. Bela Balassa, Towards a Theory ..., a.a.O., S. 11 f.)

3) Vgl. Wilhelm Röpke, Integration und Desintegration ..., a.a.O., S. 500 f.; ders. Internationale Ordnung - heute, Zürich-Stuttgart 1954, S. 311 f.

4) Vgl. Fritz Below, Wirtschaftsintegrationen und Integrationsstatistik, Berlin 1957, S. 26; F. Hartog, European Economic Integration: A Realistic Conception, in: WWA, Bd. 71 (1953 II), S. 166.

5) Vgl. Hans-R. Krämer, Formen und Methoden ..., a.a.O., S. 42 f.; Klaus Grewe, Ist eine Wirtschaftsunion ohne Währungsunion möglich, Diss. Berlin 1968, S. 11; Tibor Scitovsky, Economic Theory and Western European Integration, London 1967, S. 147 ff.

oder partieller¹⁾ Integration gesprochen. Im Gegensatz dazu will die horizontale²⁾ Integration den gesamten Handels- und Zahlungsverkehr der Integrationszone, die totale Integration den gesamten ökonomischen Bereich der Teilnehmerstaaten erfassen.

ad (d): Die Alternative "marktwirtschaftliche" oder "planwirtschaftliche" Integration, auf die RÖPKE hinweist,³⁾ scheidet im vorliegenden Zusammenhang aus, da die Analyse auf marktwirtschaftlich orientierte Staaten beschränkt wurde.⁴⁾

Die "liberale",⁵⁾ "negative",⁶⁾ "Marktintegration",⁷⁾ sowie die "funktionelle"⁸⁾ Integration beinhalten alle

-
- 1) Vgl. Rolf Sannwald u. Jacques Stohler, Wirtschaftliche Integration, a.a.O., S. 87; Hans Christoph Binswanger, Die europäische Wirtschaftsintegration durch partielle Unionen - mit besonderer Berücksichtigung der Kohle- und Stahlindustrie, Diss. Winterthur 1957, S. 7 ff.
 - 2) Vgl. Fritz Below, Wirtschaftsintegrationen ..., a.a.O., S. 26 f.; F. Hartog, European Economic Integration ..., a.a.O., S. 166.
 - 3) Vgl. Wilhelm Röpke, Integration und Desintegration ..., a.a.O., S. 500.
 - 4) Siehe Abschnitt B I.
 - 5) Vgl. Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 7 ff.; ders., Towards a Theory ..., a.a.O., S. 8 f.; Paul Streeten, Economic Integration, a.a.O., S. 15 f.
 - 6) Vgl. Jan Tinbergen, International Economic Integration, Amsterdam - London - New York 1965, S. 77 f.
 - 7) Vgl. Imre Vajda, Internationale Arbeitsteilung ..., a.a.O., S. 190.
 - 8) Vgl. Rolf Sannwald u. Jacques Stohler, Wirtschaftliche Integration, a.a.O., S. 75 f.; Andreas Predöhl u. Harald Jürgensen, Europäische Integration, a.a.O., S. 371; ferner Rolf Funck, Außenwirtschaft, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, hrsg. v. W. Ehrlicher u.a., Bd. 2, Göttingen 1968, S. 110.

folgendes Handlungskonzept: Sie verlangen den Abbau sämtlicher Handelshemmnisse zwischen den beteiligten Ländern (Integration 1. Grades).¹⁾ Die beiden zuletzt genannten Arten fordern darüber hinaus implizit bzw. explizit - als funktionelle Integration 2. Grades²⁾ - freie Faktormobilität im Integrationsraum. Alle vier Integrationsarten stellen darauf ab, in den integrationswilligen Staaten die Hindernisse zu beseitigen, die dort früher zur Beschränkung bzw. Verhinderung von freier Güter- und Faktormobilität errichtet wurden. "Der eigentliche Integrationsprozeß bleibt ... dem Marktmechanismus überlassen, dessen Wirken bei ausreichender monetärer Disziplin und Konvertibilität der Währungen die Handels- und Produktionsstruktur verbessert."³⁾

"Dirigistische", "positive" und "institutionelle" Integration, sowie die "Integration von Produktion und Entwicklung" fordern über die Beseitigung aller ökonomisch relevanter Mobilitätshemmnisse⁴⁾ hinaus einheitliche,

-
- 1) Dies kann sowohl durch einseitige - nicht mit anderen Ländern abgestimmte - Maßnahmen erfolgen, als auch durch informelle oder befristet institutionalisierte Abstimmungsprozesse. (Vgl. dazu auch Hans-R. Krämer, Formen und Methoden ..., a.a.O., S. 33 f.)
 - 2) Vgl. Rolf Funck, Außenwirtschaft, a.a.O., S. 110; Andreas Predöhl u. Harald Jürgensen, Europäische Integration, a.a.O., S. 371.
 - 3) Andreas Predöhl u. Harald Jürgensen, Europäische Integration, a.a.O., S. 371.
 - 4) Die von BALASSA erwähnte extreme Erscheinungsform des dirigistischen Ansatzes - ausschließlich staatlich betriebener Handel und die Koordination der einzelnen nationalen Volkswirtschaftspläne ohne Beseitigung der Handelshindernisse - bleibt annahmegemäß außer Betracht. (Vgl. Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 8; ders., Towards a Theory ..., a.a.O., S. 8.)

wirtschaftliche und/oder wirtschaftspolitische Aktivitäten, die näher zu spezifizieren sind.

BALASSA betrachtet offensichtlich die "... harmonization in various policy areas" als dirigistische, aber dennoch notwendige und auch hinreichende Integrationsmaßnahme.¹⁾ Demgegenüber stellt PHILIP fest, daß im Zuge wirtschaftlicher Integration die Märkte selbst staatlich organisiert werden müßten, und zwar mittels einheitlicher Bestimmungen und von allen Teilnehmerländern getragener Kontrollinstanzen.²⁾ VEILS "gelenkte" Integration verbindet anscheinend diese beiden Auffassungen, denn sie umfaßt "... die Koordinierung und Vereinheitlichung der einzelstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Einführung überstaatlicher wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen ...!"³⁾

TINBERGENS "positive Integration" wird von ihm selbst nicht einheitlich definiert; zum einen versteht er darunter "... the creation of new institutions and their instruments or (!, K.P. Pohl) the modification of existing instruments",⁴⁾ zum anderen "... the creation both of new institutions with their instruments and (!, K.P. Pohl) the modification of existing instru-

-
- 1) Vgl. Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 9; ders., Towards a Theory ..., a.a.O., S. 10.
 - 2) Vgl. André Philip, Social Aspects of European Economic Co-operation, in: ILR, Vol. LXXVI (1957), S. 255 f.
 - 3) Erwin Veil, Die Wohlstandswirkungen ..., a.a.O., S. 10.
VEIL spricht zwar an dieser Stelle von Integrationsmethoden, die allerdings mit den bisher behandelten Integrationsarten identisch sind.
 - 4) Jan Tinbergen, International Economic Integration, a.a.O., S. 76.

ments ...".¹⁾ In beiden Fällen werden zentral gesteuerte Aktivitäten erforderlich und damit "... some planning agency (Unterstreichungen im Original kursiv, K.P. Pohl) at the supranational level".²⁾

Die "Integration der Produktion und der Entwicklung" beinhaltet nach VAJDA die "... Internationalisierung und gemeinsame Programmierung von Industriezweigen (Unterstreichung im Original kursiv, K.P. Pohl), ihrer Produktion und Entwicklung sowie der damit zusammenhängenden Forschung, ...".³⁾ Diese Integrationsart setzt auf der Ebene der Einzelunternehmung an und ist - aufgrund der vorangestellten ordnungspolitischen Prämissen⁴⁾ - nur mittels indirekt beeinflussbarer internationaler Unternehmungsverflechtungen bzw. durch den Aufbau multinationaler Unternehmen realisierbar.

Als "institutionelle Integration" bezeichnet BINSWANGER die "... Zusammenfassung der nationalen Organe, die über die Einführung, Abschaffung oder Beibehaltung der Diskriminierung bzw. Nicht-Diskriminierung entscheiden, zu einem gemeinsamen Organ oder zu mehreren gemeinsamen Organen bzw. die Aufrechterhaltung solcher gemeinsamen Organe, soweit sie bereits bestehen."⁵⁾ Weniger detail-

1) Jan Tinbergen, International Economic Integration, a.a.O., S. 78.

2) Ders., ebenda, S. 79.

3) Imre Vajda, Internationale Arbeitsteilung ..., a.a.O., S. 190.

4) Siehe Abschnitt B I.

5) Hans Christoph Binswanger, Allgemeine Theorie der Integration, in: WWA, Bd. 90 (1963 I), S. 319.

liert beschreibt FUNCK diese Integrationsart als "... Harmonisierung der Binnenwirtschaftspolitik in den beteiligten Ländern und damit (?, K.P. Pohl) ..." als "... eine gegenseitige Anpassung der institutionellen Datenkonstellationen ... innerhalb deren die wirtschaftlichen Prozesse im Integrationsraum ablaufen."¹⁾ Ähnlich allgemein definieren sie SANNWALD und STOHLER als das Konzept, bei dem Integration "... mittels administrativer Maßnahmen nicht nur eingeführt wird, sondern nur durch dauernde Anwendung solcher administrativer Maßnahmen ermöglicht und aufrechterhalten werden kann";²⁾ zudem erfordere sie eine "... Koordination und Vereinheitlichung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ...".³⁾ In Erweiterung dieser Forderung weisen PREDÖHL und JÜRGENSEN darauf hin, daß die beteiligten Staaten bei institutioneller Integration "... über die ... Verknüpfung ihrer Binnenmärkte hinaus durch Koordination der Ordnungs- und Prozeßpolitik wirtschaftspolitische Autonomie zugunsten gemeinsamer Ziele aufgeben".⁴⁾ Hinweise auf die Notwendigkeit und auch auf die Problematik der Abtretung von staatlichen Souveränitätsrechten⁵⁾ an übergeordnete Integrationsorgane sind

1) Rolf Funck, Außenwirtschaft, a.a.O., S. 110.

2) Rolf Sannwald u. Jacques Stohler, Wirtschaftliche Integration, a.a.O., S. 75.

3) Dies., ebenda, S. 78.

4) Andreas Predöhl u. Harald Jürgensen, Europäische Integration, a.a.O., S. 372.

5) Vgl. zu diesem Problem Gilbert Zieburg (Hrsg.), Nationale Souveränität oder übernationale Integration?, Berlin 1966 und Hans Georg Koppensteiner, Die europäische Integration und das Souveränitätsproblem, Baden-Baden - Bonn 1963.

auch bei MEYER¹⁾ und NEUHAUSER²⁾ zu finden.

KRÄMER befaßt sich eingehend mit verschiedenen Besetzungsmöglichkeiten und unterschiedlichen Befugnissen dieser überstaatlichen Institutionen.³⁾ Er kommt - geordnet nach dem Grad der Verbindlichkeit ihrer Entscheidungen und damit nach dem Grad der Integration - zu folgender Instanzenreihe:⁴⁾

- (1) Integrationsinstanzen mit Empfehlungsbefugnis, besetzt mit Vertretern der Einzelstaaten,
- (2) Integrationsinstanzen mit Entscheidungsbefugnis bei Gültigkeit des Einstimmigkeitsprinzips, besetzt mit Vertretern der Einzelstaaten,
- (3) Integrationsinstanzen mit Entscheidungsbefugnis bei Gültigkeit des Mehrheitsprinzips, besetzt mit Vertretern der Einzelstaaten,
- (4) Integrationsinstanzen mit Empfehlungsbefugnis, besetzt mit unabhängigen Mitgliedern,
- (5) Integrationsinstanzen mit Entscheidungsbefugnis, besetzt mit unabhängigen Mitgliedern.

Diese unterschiedlichen Arten institutioneller Integration können allerdings auch nebeneinander in mehreren Institutionen auftreten, aber auch in verschiedenen Kombinationen in einem einzigen Integrationsorgan.

1) Vgl. Klaus Meyer, Zur Theorie ..., a.a.O., S. 695 f.

2) Vgl. Gertrud Neuhauser, Integration ..., a.a.O., S. 75 f.

3) Vgl. dazu Hans-R. Krämer, Formen und Methoden ..., a.a.O., S. 22 ff.

4) Vgl. ders., ebenda, S. 26 f.

Am Schluß dieses Überblicks über die Arten der internationalen wirtschaftlichen Integration ist festzustellen, daß der augenblickliche Stand der diesbezüglichen integrationstheoretischen Überlegungen zwar zum Verständnis internationaler integrationspolitischer Situationen und Prozesse beiträgt, sich aber als Ansatzpunkt für die vorzunehmende Analyse nicht eignet.

2. Methoden wirtschaftlicher Integration

Die Methoden zur Durchsetzung internationaler wirtschaftlicher Integrationsziele leiten sich aus dem Prozeßcharakter des Integrationsphänomens her, denn sie knüpfen an den in verschiedenen Integrationssituationen durchzuführenden internationalen Informations- bzw. Kommunikationsaktivitäten an. In Anlehnung an den EWG-Vertrag, in dem alle relevanten Integrationsmethoden vorgesehen sind, soll kurz gezeigt werden, ob sich diese Methoden als Ausgangsbasis für die vorzunehmende Analyse eignen.

Geordnet nach der Intensität der Beziehungen zwischen den in Frage kommenden Instanzen der integrationswilligen Volkswirtschaften können folgende Integrationsmethoden unterschieden werden:¹⁾

1) Vgl. zum folgenden Hans-R. Krämer, Formen und Methoden ..., a.a.O., S. 51 ff.; ferner Erich Schneider, Planung, Programmierung und Koordinierung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: WWA, Bd. 93 (1964 II), S. 1 ff.; Norbert Lochner, Was bedeuten die Begriffe Harmonisierung, Koordinierung und Gemeinsame Politik in den Europäischen Verträgen, in: ZfgStW, 118. Bd. (1962), S. 35 ff.

- (1) Unterrichtung; Anzeigepflicht für geplante oder durchgeführte integrationsrelevante Entscheidungen oder Maßnahmen,
- (2) Konsultation; Verpflichtung, sich über die gegenseitige Unterrichtung hinaus zu Stellungnahmen der Partnerstaaten und/oder gemeinsamer Organe zu äußern und ggf. eigne Aktivitäten zu begründen bzw. zu rechtfertigen,
- (3) Koordinierung; Ausrichtung nationaler Aktivitäten auf ein gemeinsames Integrationsziel durch Angleichung, Annäherung und Abstimmung bzw. Harmonisierung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen,
- (4) Liberalisierung; Verminderung bzw. Beseitigung aller Beschränkungen des zwischenstaatlichen Verkehrs,
- (5) Gemeinsame Politik; Erlaß von unmittelbar in allen Mitgliedsländern geltenden Rahmen-, Grundsatz- oder sogar Einzelentscheidungen durch gemeinsame oder unabhängige Organe; bei Wegfall der einzelstaatlichen Souveränität sogar zentrale Durchführung und Kontrolle dieser Maßnahmen.

Wenn diese Skala von Integrationsmethoden als Bezugsgrundlage für die Analyse von Störungsmöglichkeiten seitens der Sozialpartner dienen soll, so müssen sich dort die bei wirtschaftlichen Integrationsprozessen festzustellenden staatlichen Aktivitäten ohne größere Schwierigkeiten einordnen lassen.

Bei näherer Betrachtung ergibt sich aber, daß die vorgenommene Abstufung in der Realität nicht eindeutig genug feststellbar ist, da die verschiedenen Integrationsmethoden simultan auftreten. Im Zuge der zu ihrer Trennung notwendigen Definitionsversuche wird deutlich,

daß auch die dazu herangezogenen Begriffe Leerformeln darstellen; es konnten weder allgemein akzeptierte Inhalte für die Unterscheidung zwischen "Koordinierung", "Liberalisierung" und "Gemeinsamer Politik" gefunden, noch die Bedeutung von "Angleichung", "Annäherung" oder "Abstimmung" hinreichend genau erklärt werden.¹⁾ Aus diesen Gründen eignen sich auch die aufgezeigten Integrationsmethoden nicht als Ausgangspunkt für die durchzuführende Analyse.

3. Formen wirtschaftlicher Integration

Da sich die Arten und die Methoden der internationalen wirtschaftlichen Integration als ungeeignet herausstellten, Ansatzpunkte für die durchzuführende Analyse zu liefern, stehen zu diesem Zweck nur noch die Integrationsformen zur Verfügung. Sie bieten gegenüber den bisher diskutierten Systematisierungsmöglichkeiten vor allem zwei Vorteile:

- Anordnungsmöglichkeit nach dem Grad²⁾ der Integrationsintensität, also Bildung von aufeinander folgenden

1) Vgl. auch Norbert Lochner, Was bedeuten ..., a.a.O., S. 60 f.

2) Siehe dazu den Versuch BORCHARDTS zur Messung des Integrationsgrades zwischen Wirtschaftsräumen. (Vgl. Knut Borchardt, Integration in wirtschaftshistorischer Perspektive, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart, SVSP, N.F. 35, Berlin 1965, S. 408 ff.)

Stufen¹⁾ bzw. Stadien oder Phasen²⁾ wirtschaftlicher Integration,

- gute Abgrenzbarkeit der einzelnen Integrationsstufen bei Anlehnung an bereits im Zusammenhang mit internationalen Wirtschaftsbeziehungen bekannte Begriffe und Maßnahmen.

Da auch in bezug auf die möglichen Formen wirtschaftlicher Integration und ihre Ausgestaltung unterschiedliche Auffassungen existieren, werden diese kurz kritisch untersucht. Dies ist notwendig, um im Anschluß daran zu einer integrationstheoretisch abgesicherten Abstufung wirtschaftlicher Integrationsaktivitäten kommen zu können, die die Bezugsgrundlage für die durchzuführen-de Analyse darstellt.

BALASSA unterscheidet - geordnet nach steigendem Integrationsgrad - folgende fünf Formen der internationalen wirtschaftlichen Integration:³⁾

-
- 1) Den von HEILPERIN geäußerten Bedenken gegen die graduelle Reduzierung von Handelshemmnissen im Rahmen von Integrationsbestrebungen kann nicht zugestimmt werden. Zum einen fordert er realistischerweise selbst nur einen 'möglichst schnellen' Abbau der Handelsschranken und impliziert damit de facto ein stufenweises Vorgehen; zum anderen spricht die Existenz von Stufenplänen im Rahmen der europäischen Integration - auf die sich HEILPERIN bezieht - gegen diese Auffassung. (Vgl. Michael Heilperin, Europäische Integration: Kommerzielle und finanzielle Postulate, in: Europäische Integration, hrsg. v. C.G. Haines, Göttingen 1958, S. 122.)
 - 2) Auf die von TINBERGEN genannten drei Phasen der Integration wird im folgenden nicht eingegangen, da sie weder spezielle Bezeichnungen aufweisen, noch hinreichend klar definiert sind. (Vgl. Jan Tinbergen, On the Theory ..., a.a.O., S. 139; er unterscheidet dort zwischen folgenden Phasen: "(I) without capital and population transfers; (II) with only capital transfers permitted; (III) with both capital and population transfers permitted".)
 - 3) Vgl. Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 2; ders., Towards a Theory ..., a.a.O., S. 5 f.

- (1) Freihandelszone; Zölle und quantitative Beschränkungen zwischen den Teilnehmerstaaten werden abgeschafft, die unterschiedlichen Zollsätze der beteiligten Staaten gegenüber Drittländern bleiben bestehen,
- (2) Zollunion; alle intrazonalen Diskriminierungen des Warenverkehrs werden beseitigt und die Zölle gegenüber Drittländern vereinheitlicht,
- (3) Gemeinsamer Markt; es besteht intrazonal uneingeschränkte Güter- und Faktormobilität,
- (4) Wirtschaftsunion; neben die Ermöglichung eines freien Güter- und Faktoraustausches tritt eine 'Harmonisierung' der nationalen Wirtschaftspolitiken, "... in order to remove discrimination, that was due to disparities in these policies."¹⁾
- (5) Totale ökonomische Integration; sie setzt die intrazonale Vereinheitlichung aller wirtschafts- und sozialpolitischen Aktivitäten voraus und erfordert die Einrichtung einer supranationalen Behörde mit für alle Teilnehmerstaaten verbindlicher Entscheidungsbefugnis.

WALTER²⁾ nennt die gleichen fünf Integrationsformen wie BALASSA, weist aber zusätzlich auf die Bildung einer Währungsunion hin, die in Verbindung mit einer Wirtschaftsunion zwar wünschenswert, aber nicht unbedingt erforderlich sei.³⁾

1) Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 2.

2) Vgl. Ingo Walter, International Economics, a.a.O., S. 536 f. Ein Literaturhinweis auf BALASSA fehlt jedoch an dieser Stelle.

3) Vgl. Ingo Walter, International Economics, a.a.O., S. 537.

VEIL fügt den von BALASSA angeführten Integrationsformen - in Anlehnung an MÖLLER¹⁾ - die "Zone mit Außenhandelsfreiheit" als Stufe der niedrigsten Integrationsintensität hinzu.²⁾ Auf dieser Stufe entfallen unmittelbare Eingriffe in die Dispositionen privater Importeure und Exporteure, wie Kontingentierungen, Einschränkungen des Dienstleistungsverkehrs, nicht marktwirtschaftlich orientierte Dispositionen staatlicher Ein- und Ausfuhrgesellschaften und Beschränkungen des Zahlungsverkehrs.³⁾

MEYER nimmt eine Unterscheidung in vier bzw. fünf 'Grundfiguren der Wirtschaftsintegration' vor:⁴⁾

- (1) " - die Volkswirtschaft, als die einem Staatsraum und einer Staatshoheit zugeordnete und von ihnen geprägte Wirtschaft;"
- (2) " - die Zollunion und die Freihandelszonen als Regionen, wo zwischen verschiedenen Volkswirtschaften nur die Binnenzölle beseitigt werden (Präferenzzonen);"
- (4) " - die Freiverkehrszone, wo alle Grenzhindernisse für den Warenhandel ... beseitigt werden und die Produktionsfaktoren beweglich sind ...;"
- (5) " - die wirtschaftliche Integration, bei der mehrere getrennte Volkswirtschaften zu einer (Unterstreichung im Original kursiv, K.P. Pohl) << Volkswirtschaft >> zusammengefügt werden."

1) Vgl. Hans Möller, Internationale Wirtschaftsorganisationen, a.a.O., S. 76.

2) Vgl. Erwin Veil, Die Wohlstandswirkungen ..., a.a.O., S. 8 f.

3) Vgl. Hans Möller, Internationale Wirtschaftsorganisationen, a.a.O., S. 76.

4) Klaus Meyer, Zur Theorie ..., a.a.O., S. 696.

JÜRGENSEN stellt in der folgenden Einteilung nur auf den internationalen Austausch von Waren und Diensten ab:¹⁾

- (1) Präferenzsysteme; Senkung oder völlige Beseitigung von Zöllen zwischen den Mitgliedstaaten für bestimmte Waren,
- (2) Freihandelszonen; Beseitigung aller Zölle und sonstigen Handelsbeschränkungen zwischen den Mitgliedern, aber Weiterbestand unterschiedlicher Zolltarife gegenüber Drittländern,
- (3) Zollunion; Errichtung einer Freihandelszone und einheitliche Handelsvorschriften und Zölle gegenüber Drittländern,
- (4) Zollanschluß; dieser liegt vor, "... wenn nur Teile eines Staatsraumes einem anderen Zollgebiet angehören oder wenn bei der Zolleinigung von zwei vollständigen Staatsräumen ein Mitglied dem anderen nicht gleichgestellt ist (Beispiel: Frankreich - Monaco)."²⁾

HABERLER beschränkt sich auf drei Stadien der Integration zwischen einzelnen Volkswirtschaften, die er jeweils wie folgt charakterisiert:³⁾

- (1) freier Warenhandel und größere Arbeitsteilung mit der Tendenz zur Angleichung der Warenpreise,
- (2) freie Faktormobilität und konsequentes Hinarbeiten auf die Angleichung der Faktorpreise,

1) Vgl. Harald Jürgensen, Zollunionen, in: HdSW, Bd. 12 (1965), S. 462 f.

2) Harald Jürgensen, Zollunionen, a.a.O., S. 462 f.

3) Vgl. Gottfried Haberler, Integration and Growth of the World Economy in Historical Perspective, in: AER, Vol. LIV (1964), S. 1 f.

- (3) Koordination aller oder zumindest der "... most important phases of economic policy ... and positive steps ... to equalize commodity and factor prices."¹⁾

SHIBATA bezeichnet eine Gruppe von selbständigen Volkswirtschaften, die zwischen sich alle Hemmnisse für einander betreffende ökonomische Aktivitäten abbauen, als "Wirtschaftsunion".²⁾ Unter Hinweis auf die Unvollständigkeit seiner Aufzählung³⁾ führt er folgende Typen von "Wirtschaftsunionen" an:

- (1) einfache Wirtschaftsunion; Abschaffung der Zölle zwischen den Teilnehmerstaaten bei freier Gestaltung der Zölle gegenüber Drittländern,⁴⁾
- (2) Freihandelszone; "Wirtschaftsunion", charakterisiert durch den expliziten Hinweis auf die Bedeutung von Regeln über die Bestimmung des Ursprungslandes beim Zollabbau für die Produkte, die von den Teilnehmerländern produziert und zwischen ihnen gehandelt werden und durch freie Zollgestaltung für Importe aus Drittländern,⁵⁾
- (3) Zollunion; Schaffung einer einfachen Wirtschaftsunion und Vereinheitlichung aller Zölle im Warenhandel mit Drittländern,⁶⁾

1) Gottfried Haberler, Integration and Growth ..., a.a.O., S. 2.

2) Vgl. Hirofumi Shibata, The Theory of Economic Unions; A Comparative Analysis of Customs Unions, Free Trade Areas, and Tax Unions, in: Fiscal Harmonization in Common Markets, Volume I: Theory, ed. by C.S. Shoup, New York - London 1967, S. 146.

3) Vgl. ders., ebenda, S. 147.

4) Vgl. ders., ebenda, S. 148.

5) Vgl. ders., ebenda, S. 172.

6) Vgl. ders., ebenda, S. 157.

- (4) Steuerunion; simultane Beseitigung von steuerlichen Diskriminierungen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten bei freier Gestaltung der Steuern gegenüber Drittländern,¹⁾
- (5) Gemeinsamer Markt; Bildung einer "Wirtschaftsunion" in bezug auf freie Güter- und Faktormobilität.²⁾

Im Anschluß an diese kurze Darstellung verschiedener Definitions- und Gliederungsmöglichkeiten internationaler wirtschaftlicher Integrationsphänomene ist zu prüfen, welche der angeführten Skalen bzw. einzelnen Integrationsstufen dazu geeignet sind, die jeweils möglichen Störaktivitäten der Sozialpartner deutlich werden zu lassen. Die dazu in Frage kommenden Formen der Integration müssen also drei Voraussetzungen erfüllen:

- eindeutige gegenseitige Abgrenzbarkeit,
- reale Existenz oder zumindest Realisierbarkeit,
- möglichst gute Erkennbarkeit der jeweiligen Störungsmöglichkeiten durch die Aktionsparameter der Arbeitsmarktparteien (also Löhne, Preise, Arbeitsangebot und -nachfrage).

Die diesbezügliche Überprüfung der oben genannten Integrationsstufen ergibt, daß - geordnet nach ihrem Intensitätsgrad - folgende Integrationsstufen als ungeeignet gelten müssen:

- die "einzelne Volkswirtschaft" (MEYER); sie kann - isoliert betrachtet - ex definitione nicht als Ansatzpunkt der durchzuführenden Analyse dienen,

1) Vgl. Hirofumi Shibata, The Theory ..., a.a.O., S. 190.

2) Vgl. ders., ebenda, S. 147.

- die "Zone mit Außenhandelsfreiheit" (VEIL); ihre Charakterisierung macht deutlich, daß sie ausschließlich auf die Herstellung der in Abschnitt B angeführten Mindestbedingungen abstellt,
- die "Präferenzsysteme" (JÜRGENSEN); gegenüber den für die Analyse als geeignet beurteilten "Freihandelszonen" bestehen nur graduelle Unterschiede, aus denen sich keine prinzipiell anderen Störungsmöglichkeiten seitens der Sozialpartner herleiten lassen,
- die "Freihandelszone" (SHIBATA); das Charakteristikum dieser Integrationsform - die Berücksichtigung von Regeln zur Bestimmung des Ursprungslandes von Gütern - läßt gegenüber der in der Literatur üblichen Definition von Freihandelszonen¹⁾ keine prinzipiell neuen Störungsmöglichkeiten seitens der Sozialpartner erwarten,
- der "Zollanschluß" (JÜRGENSEN); diese Integrationsform tritt in der Realität nur selten auf, ein für die vorliegende Problemstellung relevanter Unterschied zur "Zollunion" ist zudem nicht feststellbar,
- die "Steuerunion" (SHIBATA); die eigenständige Existenz dieser Integrationsform ist im vorliegenden Zusammenhang nicht haltbar. Alle bisherigen Hinweise auf die Beseitigung ökonomisch relevanter Mobilitätshemmnisse schließen immer auch den Abbau fiskalischer Barrieren ein,²⁾

1) Siehe dazu die kurze Definition von BALASSA zu Beginn dieses Gliederungspunktes.

2) Vgl. dazu auch den Hinweis bei Charles P. Kindleberger, European Economic Integration and the Development of a Single Financial Center for Long-Term Capital, in: WWA, Bd. 90 (1963), S. 190.

- die "Währungsunion" (WALTER); auf sie wird in der integrationspolitischen Diskussion zwar häufig hingewiesen, ihre von der "Wirtschaftsunion" völlig getrennte Analyse ist jedoch nicht haltbar,¹⁾
- die "freie Faktormobilität bei Angleichung der Faktorpreise" und die "koordinierte Wirtschaftspolitik" (HABERLER); die Definition des zuletzt genannten Integrationsstadiums ist unklar, ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Stadien wird aufgrund der gegebenen Charakterisierung nicht ersichtlich,
- die "totale ökonomische Integration" (BALASSA) bzw. die "wirtschaftliche Integration" (MEYER); beide Integrationsformen implizieren zwischen den Teilnehmerländern - zumindest in ökonomischer Hinsicht - nur noch insoweit unterschiedliche Verhältnisse, wie sie auch in verschiedenen Regionen eines einzigen Staatsgebiets auftreten können. Diese Integrations-situation ist jedoch nicht mehr Gegenstand der Themenstellung.

Die Prüfung ergibt, daß keine der genannten Skalen von Integrationsformen in ihrer Gesamtheit den gestellten Anforderungen gerecht wird. Darüber hinaus sind bei den einzelnen Autoren zum Teil unterschiedliche Bezeichnungen für die gleichen Tatbestände vorzufinden. Aus diesen Gründen werden die nicht eliminierten Formen bzw. Stufen der Integration einheitlich definiert und in folgender Weise geordnet:

1) Eine diesbezügliche Forderung wird in der gesichteten Literatur zur Theorie der internationalen wirtschaftlichen Integration auch nicht erhoben.

- (1) Präferenzzonen; Realisierung der "funktionellen Integration", also Abbau von Hemmnissen für internationale Wirtschaftsbeziehungen.
- (a) Freihandelszonen und Zollunionen; Zonen ungehinderter Gütermobilität ohne bzw. mit gemeinsamen Zollltarifen gegenüber Drittländern.
 - (b) Freiverkehrszonen; Zollunion mit freier Faktormobilität. Dies bedeutet den Abbau sämtlicher Hemmnisse für die intrazonale Verschiebung von Arbeitskräften, Geldkapital und Unternehmerleistung. Generelle Wechselkursänderungen, die jeweils gegenüber dem gesamten Ausland wirken, sind jedoch weiter zulässig.
- (2) Wirtschaftsunionen; aufbauend auf der Existenz von Präferenzzonen werden im Zuge einer "institutionellen Integration" die intrazonal bedeutsamen wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Teilnehmerstaaten harmonisiert bzw. koordiniert, von gemeinsam besetzten Instanzen oder sogar von supranationalen Behörden getragen. Diese verschiedenen Möglichkeiten institutioneller Integration unterscheiden sich nur graduell und sind darum schwer trennbar. Für die vorzunehmende Analyse genügt es jedoch, generell von der Abstimmung bestimmter Bereiche staatlicher Ablaufpolitik zu sprechen.¹⁾ Außenwährungspolitisch bringt diese Integrationsform die Einführung fester Wechselkurse zwischen Mitgliedsländern mit sich.

1) Siehe Abschnitt D II 1.

Die Integrationsformen "Freihandelszone und Zollunion", "Freiverkehrszone" sowie "Wirtschaftsunion" erfüllen die oben gestellten Anforderungen - gegenseitige Abgrenzbarkeit, Realisierbarkeit und erkennbare Störungsmöglichkeit bei ihrer Verwirklichung durch die Sozialpartner - in ausreichendem Maß. Für diese verschiedenen Stufen der internationalen wirtschaftlichen Integration werden daher, nach der jeweils notwendigen Konkretisierung ihrer intendierten ökonomischen Wirkungen (Effekte) bzw. Abstimmungsziele dysfunktionale Aktionsmöglichkeiten der Sozialpartner aufgezeigt.

D Desintegrierende Wirkungsmöglichkeiten der Sozialpartner auf verschiedenen Stufen der internationalen wirtschaftlichen Integration

I Dysfunktionale Wirkungsmöglichkeiten beim Aufbau von Präferenzzonen

1. Intendierte ökonomische Effekte von Präferenzzonen

a) Positive Wirkungen von Freihandelszonen und Zollunionen

Die Analyse von desintegrierenden Wirkungsmöglichkeiten der Arbeitsmarktverbände in Freihandelszonen und Zollunionen erfordert im Hinblick auf das oben¹⁾ nur generell definierte Integrationsziel eine Konkretisierung in Form der durch diese Integrationsstufen realisierbaren güterwirtschaftlichen Einzeleffekte.

In der Regel kommt es durch die Beseitigung von Zöllen²⁾ und sonstigen Handelsbeschränkungen zu Preissenkungen und dadurch zu einer Intensivierung des Warenaustausches³⁾

1) Siehe Abschnitt C II 3.

2) Auf Probleme von Zollerhöhungen, zu denen es beim Aufbau von Zollunionen ebenfalls kommen kann, wird später eingegangen.

3) Es nimmt vor allem der Austausch von substitutiven Gütern und Diensten - auf die sich in der Regel die dauernden Handelshemmnisse (vor allem Schutzzölle) konzentrieren - zu. Dagegen unterliegt der Import von Waren, die im jeweiligen Staatsgebiet nicht, oder - im internationalen Vergleich - nur mit unverhältnismäßig hohen Kosten erzeugt werden können, nur zahlungsbilanzorientierten Restriktionen. (Vgl. Harald Jürgensen, Zollunionen, a.a.O., S. 463 f.)

zwischen den betreffenden Staaten, da sich dann bei "normalen" Verhaltensweisen der Marktteilnehmer¹⁾ die Nachfrage auf die jeweils billigeren Güter richtet. Dieser als "trade creation"²⁾ bezeichnete expansive Vorgang kann drei wesentliche - in bezug auf Präferenzzonen - interne Einzelwirkungen zeitigen:³⁾

- (a) Ersparnis aufgrund von Massenproduktion (economics of large scale production),
- (b) Erhöhung des Grades der intrazonalen Arbeitsteilung,
- (c) Intensivierung des intranationalen und intrazonalen Wettbewerbs.

1) Diese Verhaltensweisen implizieren einerseits eine Preissenkung um den Betrag des Zollaufschlags und andererseits eine negative Nachfrageelastizität in bezug auf den Preis.

2) Vgl. dazu Jacob Viner, The Customs Union Issue, New York 1950, S. 43 f. Ein Versuch zur empirischen Überprüfung dieses Effekts wurde z.B. von BALASSA unternommen. (Vgl. Bela Balassa, Trade Creation and Trade Diversion in the European Common Market, in: EJ, Vol. LXXVII (1967), S. 1 ff.)

3) Vgl. Hans Brüning, Wohlfahrtseffekte einer Zollunion, Diss. Münster 1969, S. 7; Richard G. Lipsey, The Theory of Customs Unions: A General Survey, in: EJ, Vol. LXX (1960), S. 496; Herbert Giersch, Einige Probleme der kleineuropäischen Zollunion, in: ZfgSt, 113. Bd. (1957), S. 618 ff.

Nicht diskutiert werden folgende ausschließlich statische Effekte, die zum einen im Hinblick auf die Themenstellung unergiebig sind und andererseits z.T. mit den behandelten Einzelwirkungen in Verbindung stehen:

- Produktions-, Konsum- und terms of trade Effekte (Vgl. dazu z.B. Wolf-Dieter Jurgeleit, Zur Theorie der Zollunion, Diss. Mainz 1970, S. 4 ff.; Rudolf Walter, Stand und Entwicklung der Zollunionstheorie, Diss. Gießen 1968, S. 111 ff.; Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 21 ff. und 57 ff.; Richard G. Lipsey, The Theory of Customs Unions: A General Survey, a.a.O., S. 503 f.),
- administrative Ersparnisse (Vgl. Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 65 ff.),
- 'inter-country' und 'inter-commodity substitution' Effekte (Vgl. dazu Richard G. Lipsey, The Theory of Customs Unions: A General Survey, a.a.O., S. 504; ders., The Theory of Customs Unions: a general equilibrium analysis, London 1970, S. 32 ff.).

Auf Wirkungen wie 'Optimierung des Handels' und 'relativer sowie absoluter Maximierung der Produktion' wird nicht eingegangen, da sie aufgrund ihrer Prämissen (Gültigkeit der ceteris-paribus-Bedingung, Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren, vollständige Konkurrenz auf allen Güter- und Faktormärkten) einer - hier nicht angestrebten - rein theoretischen Diskussion bedürfen.¹⁾

Die genannten drei Effekte können in den einzelnen Mitgliedsstaaten von Freihandelszonen und Zollunionen zusätzlich dazu führen, daß - im Vergleich zur Situation vor der Mitgliedschaft in einer Präferenzzone -

- Art und Umfang des Güterangebots zunimmt,
- die Güterpreise weniger stark steigen, stabil bleiben oder sinken,
- die Güterqualität weniger stark sinkt, konstant bleibt oder steigt.

ad (a): Interne Ersparnisse²⁾ aufgrund der Möglichkeit des Übergangs zur Massenproduktion können sich für den

1) Vgl. dazu Harald Jürgensen, Zollunionen, a.a.O., S. 464; Rolf Sannwald u. Jacques Stohler, Wirtschaftliche Integration, a.a.O., S. 15 ff. Hinsichtlich der Wohlfahrtswirkungen von Zollunionen fordert z.B. WATRIN nachdrücklich "... die Konstruktion von echten Theorien, die Auskünfte darüber ermöglichen, was Zollunionen denn tatsächlich bewirken." (Christian Watrin, Integrationstheorie, Was ist die EWG wert?, in: Vw-Ww-A, 24. Jg. (1970), Heft 31, S. 37.

2) Sie ergeben sich aus der Annahme, daß unter hier nicht näher zu untersuchenden Bedingungen bei steigenden Outputmengen die Inputs nicht im gleichen Maß anwachsen, so daß es zu fallenden Stückkosten kommt, die entweder die Gewinne oder über Preissenkungen die Realeinkommen der Nachfrager erhöhen.

einzelnen Betrieb unter zwei Aspekten ergeben. Zum einen gelangt er mit unterausgelasteten Anlagen bei Ausbringungssteigerungen in der Regel in Zonen der Kostendegression.¹⁾ Zum anderen kommt es bei Vollauslastung der gegebenen Anlagen zu Erweiterungsinvestitionen oder zur Erstellung völlig neuer - in der Regel produktiverer - Betriebsstätten; in beiden Fällen der Output-Erhöhung können Kostenvorteile für sämtliche betriebswirtschaftlichen Funktionalbereiche (Beschaffung, Produktion, Lagerung, Absatz, Finanzierung) erwachsen.²⁾ Zu beachten ist allerdings, daß es bei der Errichtung von Präferenzzonen in der Regel nur dann zur Einführung von Verfahren der Massenproduktion kommt, wenn die Gesamtnachfrage hinreichend homogen ist und wenn die jeweilige Binnen- und Exportnachfrage nicht groß genug war, um derartige Produktionsverfahren zu ermöglichen.³⁾ 'External economies' ergeben sich beim Übergang zur Massenproduktion dadurch, daß⁴⁾

- auf die jeweiligen Zulieferer ebenfalls größere Auftragsvolumina mit den genannten positiven Wirkungsmöglichkeiten entfallen,

1) Vgl. auch Erwin Veil, Die Wohlstandwirkungen ..., a.a.O., S. 39 f.; Jan Tinbergen, On the Theory of Economic Integration, in: Selected Papers, ed. by L.H. Klaassen, L.M. Koyck a. H.J. Witteveen, Amsterdam 1959, S. 143 ff.

2) Vgl. zu den möglichen Einzeleffekten vor allem Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 120 ff.; ferner Tibor Scitovsky, Economic Theory ..., a.a.O., S. 110 ff.; P.T. Ellsworth, The International Economy, New York - London 1964, S. 534 f.; Paul Erdman u. Peter Rogge, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Drittländer, Basel - Tübingen 1960, S. 34 ff.

3) Vgl. Erwin Veil, Die Wohlstandswirkungen ..., a.a.O., S. 40.

4) Vgl. P.T. Ellsworth, The International Economy, a.a.O., S. 535; ferner Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 143 ff.

- die Anwendung, die Verbreitung und die Weiterentwicklung des technischen Fortschritts gefördert wird,
- bei elastischem Arbeitsangebot und gestiegenem Arbeitskräftebedarf Zahl und Qualifikation der Arbeitnehmer steigen.

ad (b): Eine Erhöhung des Grades der internationalen Arbeitsteilung ergibt sich bei konstanten nationalen Faktorkosten und unveränderten Wettbewerbsbedingungen dann, wenn eine Umstellung der Produktion auf diejenigen Güter erfolgt, bei denen das jeweilige Land einen komparativen Kostenvorteil hat.¹⁾ Die Kostendifferenzen können aus internationalen Produktivitäts- und Arbeitskostenunterschieden, sowie aus einer international unterschiedlichen quantitativen Ausstattung mit Produktionsfaktoren herrühren.²⁾ Bei beiden Fällen sind im Zeitverlauf 'Spezialisierungsgewinne' möglich, wenn die zunächst extensive Produktionsausdehnung zu Verbesserungen der Input-Outputrelationen und somit zur Anwendung effizienterer Verfahren führt.³⁾ Die damit einhergehende Verbesserung der 'single factorial

-
- 1) Daraus resultiert tendenziell eine internationale Komplementarität der betroffenen Produktionsstrukturen.
 - 2) Vgl. Klaus Rose, Theorie der Außenwirtschaft, a.a.O., S. 276 ff.
 - 3) Es kommt also im Zuge der Produktionsausdehnung zu Produktivitätssteigerungen aufgrund eines technischen Fortschritts, der nicht in bereits bestehenden - z.B. überlinearen - Produktionsfunktionen berücksichtigt ist, sondern der völlig neue Input-Outputrelationen schafft.

terms of trade'¹⁾ kann die negativen Effekte der unter Umständen²⁾ ungünstiger gewordenen 'commodity terms of trade' kompensieren.

ad (c): Eine Intensivierung des intrazonalen sowie des intranationalen Wettbewerbs³⁾ ergibt sich nach der Beseitigung von Zöllen und sonstigen Handelshemmnissen nicht zwingend.⁴⁾ Auf den betroffenen Gütermärkten stellt sie sich sofort nur dann ein, wenn die geschaffenen Möglichkeiten zu Preissenkungen genutzt werden; die dann am billigsten anbietenden Produzenten müssen darüber hinaus genug freie Kapazitäten haben, um die sich auf sie konzentrierende Nachfrage zu befriedigen,⁵⁾

-
- 1) Im Unterschied zu den 'commodity terms of trade', also den realen internationalen Austauschverhältnissen sind die 'single factoral terms of trade' Ausdruck dafür, wieviele Importgüter ein Land pro Einheit der für Exportgüterproduktion aufgewendeten Produktionsfaktoren erhält. (Vgl. Wolfgang F. Stolper, Zölle, in: HdSW, 12. Bd. (1965), S. 456; ferner Herbert Giersch, Probleme stabilisierungskonformer Lohnpolitik, in: Kyklos, Vol. XX (1967), S. 150; zur Theorie der 'terms of trade' vgl. M.O. Clement, R.L. Pfister a. K.J. Rothwell, Theoretical Issues in International Economics, Boston 1967, S. 126 - 169; weitere Literaturhinweise finden sich ebenda, S. 170 - 172; Jacob Viner, Studies in the Theory of International Trade, New York, o.J., S. 558 f.
 - 2) Die 'commodity terms of trade' verschlechtern sich für ein Land mit dem Beitritt zu einer Präferenzzone dann, wenn aufgrund des damit verbundenen Zollabbaus seine Exportgüterpreise stärker sinken als die seiner Importgüter.
 - 3) Ein Versuch zur operationalen Definition der Wettbewerbsintensität findet sich bei Egon Görgens, Wettbewerb und Wirtschaftswachstum, Freiburg im Breisgau 1969, S. 100 ff.
 - 4) Vgl. Tibor Scitovsky, Economic Theory ..., a.a.O., S. 20.
 - 5) Vgl. ders., ebenda, S. 20; ferner Paul Erdman u. Peter Rogge, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ..., a.a.O., S. 30 f.

was zu einem Anpassungsdruck auf die übrigen Marktteilnehmer führen kann. Bei den in der Regel jedoch längerfristigen Anpassungsprozessen kommen - bei gesunkenen Güterpreisen - zwei Möglichkeiten in Betracht:

- Umstellung aller übrigen Produzenten auf die kostengünstigeren Verfahren,
- Ausscheiden der nicht umstellungsfähigen Betriebe aus dem Produktionsprozeß.

Ersteres führt neben einer Wettbewerbsintensivierung zu einem allgemeinen Anstieg der Produktivität, letzteres darüber hinaus zu einer Umlenkung der Produktionsfaktoren in produktivere Verwendungsmöglichkeiten,¹⁾ wobei allerdings faktor- und branchen- bzw. industriespezifische²⁾ Unterschiede bei nationalen und internationalen Verschiebungen zu beachten sind.

Bei der Fragestellung, welche Effekte sich im Zuge der Wettbewerbsintensivierung auf Gütermärkten auf dem Faktormarkt 'Arbeit'³⁾ ergeben, sind folgende Nebenbedingungen erforderlich:

- Konstanz der Verteilung des Nachfragevolumens⁴⁾ auf die einzelnen Länder der Präferenzzone, aber aufgrund

1) Vgl. dazu auch Paul Streeten, Economic Integration, a.a.O., S. 27; Tibor Scitovsky, Economies of Scale, Competition, and European Integration, in: AER, Vol. XLVI (1956), S. 89.

2) Es ist z.B. zwischen standortgebundenen und 'foot-loose' Industrien zu unterscheiden.

3) Im Hinblick auf die Themenstellung wird an dieser Stelle der Markt für den Produktionsfaktor Kapital nicht betrachtet.

4) Aufgrund der gegebenen Preiselastizität der Nachfrage kann die nachgefragte Gütermenge zugenommen haben, so daß nur die Nachfragequoten für die einzelnen Länder konstant bleiben können; von Nachfrageverschiebungen aufgrund national unterschiedlicher Nachfrageverhalten bei Preissenkungen wird abgesehen.

der Preissenkungen Konzentration auf die jeweils kostengünstigsten Betriebe.

- Konzentration der Nachfrage für die von den Handels-
erleichterungen betroffenen Güter auf ein Land der
Präferenzzone.

Die Diskussion der jeweils resultierenden Effekte erfolgt - bezugnehmend auf lohnpolitische Aktionsmöglichkeiten - später¹⁾ und nur im Hinblick auf die für Integrationsziele negativen Wirkungen. Bei der Aufzählung der intendierten ökonomischen Wirkungen von Präferenzzonen wurde eine Unterscheidung in Freihandelszone und Zollunion nicht vorgenommen. Diese Trennung ist zwar sowohl in wirtschaftstheoretischer wie -politischer Hinsicht von Bedeutung, ihre Konsequenzen unter dem Aspekt der Themenstellung sind jedoch aufgrund der damit zusammenhängenden Detailprobleme nur schwer überblickbar. Da der vorliegende Analyseansatz nur als ein erster Versuch gelten kann, die Einflußmöglichkeiten der Sozialpartner bei internationalen wirtschaftlichen Integrationsphänomenen zu erfassen, erschien es zu schwierig, in diesem Anfangsstadium integrationstheoretischer Überlegungen bereits diesbezügliche Aussagen zu wagen.

Ebenso wurde auf die Größe der an den Präferenzzonen beteiligten Länder, auf die der Präferenzzonen selbst und auf die davon ausgehenden Wirkungen nicht eingegangen.²⁾ Dieser Bezug wird jedoch - falls erforderlich -

1) Siehe Abschnitt D I 2.

2) Vgl. dazu Ingo Walter, International Economics, a.a.O., S. 547; Kurt W. Rothschild, Kleinstaat und Integration, in: Marktform, Löhne, Außenhandel, Wien - Frankfurt/Main - Zürich 1966, S. 189 ff.; Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 35 ff. und die dort in Fußnote Nr. 37 angegebene Literatur.

jeweils bei den Einzelpunkten der dysfunktionalen lohnpolitischen Wirkungsmöglichkeiten hergestellt.

Neben den bisher behandelten internen Effekten von Präferenzzonen aufgrund der ökonomischen Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern sind abschließend die Vorteile zu nennen, die sich für die Mitgliedstaaten gegenüber Drittländern ergeben.¹⁾ Nachstehende Wirkungen können aus 'internen' Effekten resultieren:

- Aufrechterhaltung bzw. Steigerung des Exportvolumens aufgrund der durch die Kostenvorteile ermöglichten Preisstabilisierung bzw. -senkung,²⁾
- Aufrechterhaltung bzw. Steigerung des Importvolumens aufgrund der durch Preissenkungen innerhalb der Präferenzzone hervorgerufenen Realeinkommensverbesserung.³⁾

Des weiteren sind folgende - als positiv zu betrachtende - Wirkungen möglich:

- Kapital-Attraktion aus Drittländern, wenn im Gegensatz zum unrentablen und/oder erschwerten Güterimport Kapitaltransfer in die Präferenzzone leichter möglich ist,⁴⁾

1) Vgl. dazu Mihovil Ante C.-Sain, Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf ein Drittland, München 1965, S. 11 ff.

2) Vgl. auch Paul Erdman u. Peter Rogge, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ..., a.a.O., S. 40.

3) Vgl. dazu M.O. Clement a.a., Theoretical Issues ..., a.a.O., S. 202; Paul Erdman u. Peter Rogge, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ..., a.a.O., S. 39.

4) Vgl. Herbert Giersch, Einige Probleme ..., a.a.O., S. 612 u. 618; Mordechai E. Kreinin, On the Dynamic Effects of a Customs Union, in: JPE, Vol. LXXII (1964), S. 195

- Handelsablenkung von Drittländern auf Mitgliedsstaaten der Präferenzzone, falls deren interne Zoll- und damit Preissenkungseffekte so stark sind, daß die Güterpreise des restlichen 'Auslandes' unterboten werden können.¹⁾

b) Positive Wirkungen von Freiverkehrszonen

Im Gegensatz zur Handelsenerweiterung im Rahmen von Freihandelszonen und Zollunionen ergibt sich - vom theoretischen Ansatz her - bei Freiverkehrszonen eine entgegengesetzte Wirkungsrichtung: War zuerst die Gütermobilität Ersatz für Faktorbewegung, so kann ceteris paribus die Erhöhung des internationalen Faktoraustausches ein tendenzielles Absinken des Güteraustauschvolumens bewirken.²⁾

Als wichtigste - mit der Liberalisierung der internationalen Faktorbewegungen - beabsichtigten Einzeleffekte sind zu nennen:

-
- 1) Vgl. dazu die Ausführungen zum 'trade diversion effect' bei Jacob Viner, *The Customs Union Issue*, a.a.O., S. 43 ff.; Vincent C. Frank u. Hans Sieber, *Wirkungen eines Präferenzraumes auf Drittländer*, in: *AW*, 23. Jg. (1968), S. 25 ff.; ferner Mordechai E. Kreinin, *On the 'Trade-Diversion' Effect of Trade Preference Areas*, in: *JPE*, Vol. LXVII (1959), S. 398 ff.
 - 2) Vgl. Bela Balassa, *The Theory ...*, a.a.O., S. 84; Robert A. Mundell, *International Trade and Factor Mobility*, in: *AER*, Vol. XLVII (1957), S. 321 ff.

- (a) Ermöglichung der räumlichen und beruflichen Mobilität¹⁾ des Faktors Arbeit,
- (b) Förderung des intrazonalen Transfers von kurz-, mittel- und langfristig gebundenem Kapital,
- (c) Sicherung der intrazonalen Niederlassungsfreiheit.

Unter räumlichen Aspekten resultiert aus diesen drei Effekten als Ziel:

- (d) Bildung optimal strukturierter Wirtschaftsräume.

Diese letzte Zielvorstellung begibt sich jedoch schon weit auf das Gebiet der ökonomisch determinierten räumlichen Verteilung von Wirtschaftsprozessen und wird somit von der gegebenen Themenstellung nicht mehr abgedeckt.²⁾

ad (a): Für Maßnahmen zur Förderung räumlicher Verschiebungen³⁾ des Faktors Arbeit innerhalb von Freiverkehrszonen ergeben sich zwei Ansatzpunkte.⁴⁾ Zum

-
- 1) Fragen der in diesem Zusammenhang auch genannten sozialen Mobilität (Wechsel der sozialen Position) liegen außerhalb der gegebenen ökonomischen Themenstellung. (Vgl. auch Winfried Driver, Die Integration des europäischen Arbeitsmarktes, Diss. Köln 1962, S. 169 und 174 f.; Gustav Hampel, Die Bedeutung der Sozialpolitik für die Europäische Integration, Kiel 1955, S. 44.)
 - 2) Vgl. zur damit angesprochenen Theorie der Regionalpolitik den Überblick von Elisabeth Lauschmann, Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik, Hannover 1970, II. Teil, S. 25 - 88 und die dazu gehörenden Literaturangaben S. 231 - 239.
 - 3) Vgl. dazu die Definition in Fußnote 1, S. 9.
 - 4) Die Betrachtung von Verschiebungen des Faktors Arbeit zwischen Mitgliedsländern von Präferenzzonen und Drittländern - auf die z.B. Yannopoulos aufmerksam macht - liegt außerhalb der Themenstellung. (Vgl. George N. Yannopoulos, Economic Integration and Labour Movements, in: Economic Integration in Europa, ed. by G.R. Denton, London 1969, S. 220.)

einen sind die an dieser Stelle nicht näher zu erläutern Schritte zur Beseitigung intranationaler Mobilitätshemmnisse zu nennen, durch die Friktionen zwischen in- und ausländischen Mobilitätswilligen vermieden werden sollen. Zum anderen kommen Maßnahmen in Betracht, die die Hindernisse der intrazonalen räumlichen Faktormobilität beseitigen. Unter dem Gesichtspunkt der Liberalisierung muß daher jeweils ein Abbau der Diskriminierung ausländischer Arbeitnehmer erfolgen, wobei Subjekte wie Adressaten dieser Bemühungen vor allem Sozialpartner und staatliche Instanzen sind. Ziel der Bemühung ist es, innerhalb einer Freiverkehrszone Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer herzustellen. Dazu muß seitens der jeweiligen staatlichen Instanzen eine intrazonale Abstimmung folgender gesetzlich geregelter Gebiete sichergestellt werden:

- Bereich der von Arbeitnehmerseite zu tragenden Sozialversicherungs- und Pflichtkrankenkasbeiträge,
- Bereich der gesetzlich fixierten Lohnnebenkosten; zu diesen von Arbeitgeberseite zu tragenden Leistungen gehören vor allem Sozialversicherungsbeiträge, Zahlungen an Familienkassen, von Unternehmerseite zu zahlende Steuern für Löhne und Gehälter und entsprechende sonstige soziale Kosten,¹⁾
- Bereich der sozialpolitisch motivierten Entlohnungsvorschriften; darunter fallen hauptsächlich Mindestlöhne, Zuwendungen aufgrund von Familienstand, Zahl der zu versorgenden Angehörigen, lebensalterabhängige

1) Vgl. Otto Bickendorf, Die Harmonisierung der Arbeitskosten im Gemeinsamen Markt, WWI-Studie zur Wirtschaftsforschung Nr. 4, Köln 1962, S. 11.

Zuschläge, Arbeitszeit- und Urlaubsregelungen sowie die steuerliche Berücksichtigung der angeführten sozialen personengebundenen Tatbestände.¹⁾

Darüber hinaus soll auch die Arbeitsaufnahme in allen Mitgliedsstaaten unter den gleichen Bedingungen möglich sein, die für die jeweils einheimischen Arbeitnehmer gelten. Diese Gleichstellung aller Arbeitnehmer bedarf einer Ergänzung²⁾ durch die Beseitigung

- zu großer intrazonaler Unterschiede bei den beruflichen Qualifikationsanforderungen der einzelnen Berufe,
- von Hindernissen, die der Umschulung von Mobilitätswilligen auf die jeweils geforderte berufliche Qualifikation entgegenstehen.

ad (b): Der Erhöhung der Kapitalproduktivität mittels verbesserter Faktorallokation dient die Förderung des intrazonalen Kapitaltransfers.³⁾ Die Reaktionsmöglichkeit von kurz-, mittel- und langfristigen Kapitalien auf internationale Zinsdifferenzen wird dadurch verbessert, daß Diskriminierungen ausländischer Titel auf den - meist institutionalisierten - Geld- und Kapitalmärkten aufgehoben werden.⁴⁾ Im einzelnen ist daher innerhalb von Freiverkehrszonen zu gewährleisten, daß

-
- 1) Dazu gehören auch Regelungen, welche Einnahmen und ab welcher Höhe der Lohn- bzw. Einkommenssteuer unterliegen.
 - 2) Vgl. dazu auch Walter Hoffmann, Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme einer europäischen Integration, in: SZfVSt, 90. Jg. (1954), S. 49 f.
 - 3) Vgl. auch Hans O. Lundström, Capital Movements and Economic Integration, Leyden 1961, S. 175 ff.
 - 4) Vgl. auch Ingo Walter, International Economics, a.a.O., S. 568 ff.; Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 92 ff.; Herbert Giersch, Einige Probleme ..., a.a.O., S. 630.

- für jeweils Gebietsfremde die Aufnahme von Geld- und Geldmarktpapieren sowie Emission und Kauf von Kapitalmarkttiteln nach den - auch für Inländer - geltenden Bestimmungen möglich ist,
- für in- und ausländische Geld- und Kapitalwerte die gleichen Bestandsgarantien bzw. Schutzbestimmungen gelten,¹⁾
- der Rücktransfer von Gewinnen und Erträgen aus Geld- und Kapitaleigentum in die jeweiligen Eigentümerländer unbehindert bleibt.²⁾

ad (c): Als dritter Einzeleffekt von Freiverkehrszonen wurde die Sicherung der intrazonalen Niederlassungsfreiheit genannt. Durch sie soll eine möglichst günstige räumliche Allokation des - als äußerst mobil zu betrachtenden³⁾ - Faktors 'Unternehmerleistung' gewährleistet werden.⁴⁾ Dies geschieht für die Mitgliedsländer von Präferenzzonen hauptsächlich durch:⁵⁾

- Gleichstellung Gebietsfremder mit Einheimischen bei Zulassung selbständiger Erwerbstätigkeit bzw. bei der Gründung und Leitung von Unternehmungen,
- gegenseitige Anerkennung von Befähigungs- bzw. Zulassungsnachweisen von Selbständigen.

1) Vgl. Günter Balbach, Europäische Wirtschaftsunion, a.a.O., S. 58 f.

2) Vgl. auch Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Bericht einer Sachverständigengruppe, Genf 1956, S. 126.

3) Vgl. Jacob Viner, International Trade and Economic Development, Glencoe Ill. 1952, S. 132.

4) Als Mobilitätsanreiz ist vor allem der sich ergebende Unternehmergewinn zu betrachten, der zumindest gedanklich vom Unternehmerlohn - dem hypothetisch angesetzten Gehalt des Unternehmers bei abhängiger Tätigkeit in einem gleichgearteten Betrieb - getrennt werden muß. (Vgl. Erwin von Beckerath u. J. Heinz Müller, Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Herne-Berlin 1971, S. 54.)

5) Vgl. auch Christian Gasser, Die Freizügigkeit des Unternehmers, in: AW, 17. Jg. (1962), S. 195 ff.

Alle drei angeführten Effekte - intrazonale Mobilität von Arbeit, Kapital- und Unternehmerleistung - können von jedem der Mitgliedsstaaten der Freiverkehrszone durch einseitige Maßnahmen ermöglicht werden. Eine gegenseitige Abstimmung und Koordination liegt jedoch nahe oder kann aus Effizienzgesichtspunkten erforderlich werden, so daß die analytische Trennung zwischen Präferenzzonen einerseits und Wirtschaftsunionen andererseits de facto nicht immer aufrechterhalten werden kann. Dies gilt auch in bezug auf den bisher ex definitione völlig ausgeklammerten Bereich der währungspolitischen Integration. Für die Beibehaltung einer getrennten Betrachtung spricht jedoch, daß gerade der Übergang zwischen diesen beiden Integrationsstufen die größten Realisierungsprobleme aufwirft.¹⁾

2. Probleme der Verwirklichung von Präferenzzonen bei dysfunktionalem Verhalten der Sozialpartner

Vor der Diskussion einzelner Aktivitäten, mit denen seitens der Sozialpartner die Realisierung von Präferenzzonen negativ tangiert werden kann, soll kurz auf Situationen hingewiesen werden, aus denen solche Interessenkollisionen resultieren.

Mit der Mitgliedschaft in einer Präferenzzone hat sich der Staat - repräsentiert durch seine politischen Handlungsträger - zu bestimmten ökonomischen und/oder poli-

1) Vgl. z.B. Paul Streeten, *Economic Integration*, a.a.O., S. 39.

tischen Zielen bekannt und sich zu entsprechenden Verhalten verpflichtet. Die Zielrealisierung ist jedoch - wie noch zu zeigen sein wird - in Frage gestellt, wenn sich dafür wichtige und autonome Gruppen - hier die Sozialpartner - gewollt oder ungewollt nicht zielkonform verhalten.

Bei der analytischen Betrachtung dieses dysfunktionalen Verhaltens bleibt unberücksichtigt, ob es erst nach den spürbaren Wirkungen staatlicher Maßnahmen zur Durchsetzung von Präferenzzonen einsetzt, oder ob es diese Effekte bereits zu antizipieren versucht. Dadurch sind Aussagen zum Thema möglich, ohne die Betrachtungsweise unnötig zu differenzieren. Es gestaltet sich jedoch der empirische Nachweis und die Zurechnung von dysfunktionalen Wirkungen sehr schwierig, da

- Ursachen-Wirkungsbeziehungen nur selten isolierbar und damit eindeutig zurechenbar sind, und
- die positive Haltung der autonomen Gruppen zum jeweiligen Integrationsziel - beabsichtigt oder unbeabsichtigt - mit dysfunktional wirkenden Forderungen bzw. Maßnahmen¹⁾ verbunden sein kann.

Entsprechend der oben vorgenommenen Einteilung in Freihandelszonen und Zollunionen einerseits und in Freiverkehrszonen andererseits werden im folgenden Möglichkeiten der Sozialpartner aufgezeigt, die hergestellte Freiheit des intrazonalen Warenverkehrs und die damit verbundenen Effekte nicht wirksam werden zu lassen bzw. die intrazonal ermöglichte Faktormobilität zu behindern.

1) Zu ihrer Begründung können Argumente wie

- Anpassung an internationale Standards,
- Vermeidung von Härten oder
- Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit

dienen.

a) Möglichkeiten der Kompensation
von Erleichterungen im intrazonalen Güterverkehr

Zur Analyse der Möglichkeiten der Sozialpartner, die Ausweitung des intrazonalen Güterverkehrs zu hemmen bzw. die dadurch beabsichtigten Effekte zu konterkarieren, bietet sich eine schrittweise und - soweit möglich - chronologische Betrachtungsweise der Vorgänge an. Die möglichen dysfunktionalen Reaktionen werden allerdings nicht daraufhin untersucht, inwieweit innerhalb der jeweiligen Volkswirtschaft solidarisches oder nichtsolidarisches Verhalten auf Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerseite die effektive Störwirkung beeinflußt, da dies nur am konkreten Einzelfall zu beurteilen ist.

Die wirtschaftliche Ausgangssituation zwischen den für die Bildung einer Präferenzzone in Frage kommenden Volkswirtschaften soll dadurch gekennzeichnet sein, daß sie untereinander bereits eine bestimmte Gütermenge zu einem bestimmten Preis austauschen, wobei Kosten- und Lohnniveau sowie Lohnstruktur jeweils als stabil angenommen werden.

Die Bildung einer Freihandelszone oder Zollunion und der damit einhergehende Zollabbau¹⁾ verändert die

1) Bei der Errichtung einer Zollunion kann es für einzelne Länder zu Zollerhöhungen kommen, falls der gemeinsame Außenzoll für bestimmte Güter über den entsprechenden, vorher erhobenen Zollsatz festgelegt wird. Solche negativen Effekte können jedoch vernachlässigt werden, da sie bei größerem Gewicht von vornherein die Bildung einer Zollunion in Frage stellen.

Bedingungen für den zwischenstaatlichen Gütertausch in der Weise, daß ein den Verkaufspreis der betreffenden Import- bzw. Exportgüter mitbestimmender Kostenfaktor entfällt.¹⁾

Dysfunktionales Verhalten der Sozialpartner in bezug auf die Realisierung der genannten Ziele ist gegeben:

- (a) wenn sie die Verwirklichung der angestrebten Güterpreissenkung unmittelbar behindern, oder
- (b) wenn sie - bei voller Weitergabe der Zollentlastung - die damit beabsichtigten Effekte nicht wirksam werden lassen.

Die Auswirkungen positiver Werte der Nachfrageelastizität auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten bleiben ebenso wie die Konsequenzen starren Nachfrageverhaltens undiskutiert. Die Beschränkung auf "normale" Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte erscheint gerechtfertigt, da alle mit Zollsenkungsmaßnahmen beabsichtigten Effekte dieses Verhalten unterstellen.

ad (a): Eine Nicht-Weitergabe von Zollsenkungen über entsprechende Preisnachlässe verursacht - bei unverändertem Gewerkschaftsverhalten - eine (relative oder absolute) Einnahmeerhöhung auf Unternehmerseite. Da dieser Wegfall von eindeutig feststellbaren Kostenbestandteilen keine - zumindest dem Einzelunternehmer zurechenbare - Leistung²⁾ darstellt, führt die Ein-

-
- 1) Auf Effekte eines gütergruppen- oder stufenweise erfolgenden Zollabbaus wird der Einfachheit halber nicht eingegangen.
 - 2) Als der Unternehmerseite pauschal zurechenbare Leistung könnte eine Zollsenkung dann angesehen werden, wenn sie von den Verbänden der Export- bzw. Importindustrien bei den politischen Instanzen erreicht worden ist.

nahmesteigerung zu einer Erlössteigerung um den gleichen Betrag. Daraus resultiert eine relative Schlechterstellung der Arbeitnehmer in den betreffenden Sektoren und insgesamt eine Einkommensverteilungsänderung zugunsten der Unternehmerseite. Den für dieses Verhalten vorgebrachten Rechtfertigungsargumenten - z.B. Auffangen von beabsichtigten Preiserhöhungen oder Kompensation von Kostensteigerungen - liegt dann dysfunktionales Verhalten der Unternehmer zugrunde, wenn sie damit eine entsprechende Verbesserung ihrer Einkommenssituation erreichen wollen.

Auf Arbeitnehmerseite kann diese Einkommensverteilungsänderung folgende Reaktionen hervorrufen:

- Die Organisationen der in den Export- bzw. Importsektoren Beschäftigten stellen Lohnforderungen, um an den steigenden Erlösen zu partizipieren.¹⁾ Können sie sich mit ihren Forderungen durchsetzen,²⁾ so erscheinen alle Versuche wirtschaftspolitischer Instanzen aussichtslos, die Unternehmer doch noch zu einer Weitergabe der Zollentlastung zu veranlassen.
- Die Organisationen aller übrigen Beschäftigten stellen Lohnforderungen zum Ausgleich für die entstandenen

1) Vgl. dazu Herbert Giersch, Probleme stabilisierungskonformer Lohnpolitik, a.a.O., S. 165; ferner Wilhelm Meinhold, Währungspolitische Konsequenzen der Lohnexpansion, in: Internationale Währungs- und Finanzpolitik, hrsg. v. W. Meinhold, Berlin 1961, S. 181.

2) Nach HOLBIK behaupten die Gewerkschaften der in den Import- bzw. Exportindustrien Beschäftigten, daß in den Produktionszweigen mit den wenigsten Schutzmaßnahmen gegenüber ausländischer Konkurrenz überdurchschnittlich hohe Löhne gezahlt werden. (Vgl. Karel Holbik, Die amerikanische Zollfrage und die "Pressure Groups", in: WWA, Bd. 82 (1959 I), S. 113.)

Realeinkommensverluste¹⁾ und/oder zur Aufrechterhaltung der gesamtwirtschaftlichen Lohnstruktur, falls Lohnerhöhungen in den Export- bzw. Importsektoren zugestanden wurden. Auch bei diesen Reaktionsmöglichkeiten sind - in bezug auf die Zollsenkungen - nachträgliche Preisrücknahmen in den Außenhandelssektoren nicht mehr vorstellbar. Es ergibt sich zudem die Gefahr von Preissteigerungen in den von Zollsenkungen nicht tangierten Bereichen, falls diese Unternehmer ihre alten Gewinnmargen (pro Stück) aufrecht erhalten wollen.

Für eine nicht-vollständige Weitergabe der Zollentlastung ergeben sich keine prinzipiell anderen dysfunktionalen Wirkungen. Es könnte allerdings argumentiert werden, daß dieses Verhalten nicht dysfunktional ist, solange durch den noch gewährten Preisnachlaß eine Erhöhung des Güteraustauschvolumens bewirkt wird. Einer Verwirklichung dieses Konzepts dürften jedoch kaum befriedigend zu lösende Operationalisierungsschwierigkeiten entgegenstehen.²⁾

Insgesamt zeigte sich, daß ein in bezug auf das angestrebte Integrationsziel dysfunktionales Verhalten der Unternehmer weitere, in gleicher Weise wirkende Aktivi-

-
- 1) Auf diese Verhaltensweise bei internationalen Integrationsvorgängen - allerdings im Zusammenhang mit Wechselkursänderungen - weist auch KANTZENBACH hin. (Vgl. Erhard Kantzenbach, Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Vorträge und Beiträge aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster, Heft 20, Göttingen 1959, S. 31 f.)
 - 2) So ist kaum exakt feststellbar, welche Preissenkung zu einer bestimmten als befriedigend angesehenen Steigerung des internationalen Güteraustauschvolumens führt.

täten der Gewerkschaften hervorrufen können. Die Gefahr des gegenseitigen Aufschaukelns und damit der Kumulierung dysfunktionaler Wirkungen ist umso größer, je flexibler die Sozialpartner auf Änderungen von Preisbestimmungsfaktoren reagieren können.

ad (b): Werden Zollsenkungen voll in den Preisen weitergegeben, so ist die wesentlichste Bedingung für die

- Erzielung von Ersparnissen aufgrund von Massenproduktion,
- Erhöhung des Grades der internationalen Arbeitsteilung,
- Intensivierung des intrazonalen und intranationalen Wettbewerbs

erfüllt. Es ist allerdings zu prüfen, ob die Realisierung dieser Effekte durch lohnpolitische Aktivitäten der Sozialpartner negativ beeinflußt werden kann. Zu diesem Zweck wird die durch Zoll- und damit Preissenkungen geschaffene Situation auf den Gütermärkten kurz charakterisiert:

Bei "normaler" und elastischer Nachfragerreaktion erhöht sich ceteris paribus die nachgefragte Gütermenge. Sind in den Unternehmungen die Produktionsfaktoren nicht voll beschäftigt, so ist ohne weiteres eine durch die jeweilige Produktionsfunktion determinierte Outputerhöhung möglich. Müssen jedoch die Produktionskapazitäten erweitert bzw. neue Produktionsstätten errichtet werden, so bestimmen die Situation auf den Faktormärkten und die Produktivität der neuen Anlagen das Ausmaß der Angebotserhöhung. Für beide Fälle ist außerdem der für die Outputsteigerung erforderliche Zeitaufwand zu beachten.

Die in oben genannten Situationen der Ausbringungssteigerung möglichen sinkenden totalen Durchschnittskosten führen zu Ersparnissen bei den Unternehmern, die sich in vollem Umfang als erlössteigernd auswirken. Die sich daraus ergebende Verschlechterung der Verteilungssituation für die Arbeitnehmerseite kann zu kompensatorischen Lohnforderungen in den entsprechenden Export- bzw. Importgüterindustrien führen. Die Ersparnisse aus Massenproduktion stehen dann nicht mehr vollständig der Unternehmenssphäre zur Verfügung, sondern werden - bei Realisierung des Ziels "Verteilungskonstanz" - zwischen Arbeitgeber- und -nehmerseite geteilt. Als dysfunktional kann diese Wirkung allerdings nur dann unterstellt werden, wenn im Zusammenhang mit Integrationsbestrebungen eine Beteiligung der tangierten Arbeitnehmer an den oben genannten Ersparnissen nicht beabsichtigt war, und ferner auch keine entsprechend motivierten Forderungen nach Preissenkungen aufgestellt wurden. In der bisher gesichteten Literatur und in den Dokumenten konnten jedoch keine Hinweise auf eine derartige Verwendung der Ersparnisse gefunden werden.

Die Erhöhung des Grades der internationalen Arbeitsteilung - in Form der Konzentration der Produktion bestimmter Güter auf einzelne Länder einer Präferenzzone - führt bei ausgelasteten Produktionskapazitäten zu einer steigenden Nachfrage auf den jeweiligen Faktormärkten. Falls die Verlagerung der Produktion aufgrund kompensatorischer Vorteile bei den Lohnkosten erfolgte, so sind dysfunktionale Wirkungsmöglichkeiten seitens der tangierten organisierten Arbeitnehmer unter folgenden Bedingungen denkbar:

- Vollbeschäftigung aller Arbeitskräfte,
- wirksame Durchsetzung von closed-shop Praktiken¹⁾ seitens der jeweils in Frage kommenden Gewerkschaften,
- geringe fachliche und räumliche Mobilität von unter- oder nichtbeschäftigten Arbeitnehmern (Phänomen der "non-competing groups").²⁾

In jeder dieser Situationen kann es zur Durchsetzung von sektoralen Lohnerhöhungen³⁾ durch die Gewerkschaften kommen, was ceteris paribus den intrazonalen Lohnkostenvorteil des betreffenden Landes für die in Frage kommenden Güter verringert oder aufhebt. Verursachen diese Lohnerhöhungen Preissteigerungen bei diesen Gütern, und kommt es daraufhin zur Erweiterung oder sogar zur Neu- bzw. Wiederaufnahme der Produktion in anderen Ländern der Präferenzzone, so nimmt damit der Grad der internationalen Arbeitsteilung wieder ab. Am Zustandekommen dieser dysfunktionalen Wirkungen sind sowohl die Gewerkschaften - aufgrund ihrer Angebots- und Lohnpolitik - als auch die Arbeitgeberseite - aufgrund ihrer Lohnzugeständnisse und ihres Preisverhaltens (z.B. Aufrechterhaltung eines bestimmten Stückgewinns) - beteiligt.

1) Vgl. dazu Albert Rees, The Economics of Trade Unions, Chicago 1963, S. 124 ff.

2) Vgl. zur Darstellung der Theorie der "non-competing groups" Rolf Peffekoven, Zölle und Lohnquote, Berlin 1966, S. 42 ff.

3) Darüber hinaus kann es bei genügend großen Anteil dieser Exportindustrien an der gesamten Güterproduktion und bei Berücksichtigung der Kreislaufzusammenhänge zu Erhöhungen des allgemeinen Lohnniveaus kommen. (Vgl. dazu auch Rolf Peffekoven, a.a.O., S. 45.)

Zu den gezeigten Störwirkungen kommt es allerdings nicht, wenn die konjunkturelle Entwicklung in den Ländern der Präferenzzone synchron verläuft, und sich daher Beschäftigungssituation sowie Lohn- und Preisentwicklung tendenziell angleichen.

Eng mit den aufgezeigten Realisierungsproblemen der internationalen Arbeitsteilung sind die der Intensivierung des intrazonalen und intranationalen Wettbewerbs verbunden. Wurde beim ersten Fragenkomplex generell auf die intrazonale Verteilung der Produktion abgestellt, so sollen nun noch Störungsmöglichkeiten der Sozialpartner in bezug auf die angestrebte Steigerung der Wettbewerbsintensität zwischen allen betroffenen Unternehmungen analysiert werden.

Das Ziel, durch Preissenkungen für Importgüter einen Anpassungsdruck auf bestimmte Branchen auszuüben, kann auf dem Faktormarkt Arbeit zu Versuchen der Unternehmer führen, entstehende Einnahmeverluste auf die Löhne zurückzuwälzen. Da eine Senkung der unmittelbar auf den Arbeitseinsatz bezogenen Entgelte (Zeit- oder Leistungslöhne einschließlich der Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, für bestimmte Funktionen und/oder gefährliche oder schmutzige Arbeiten)¹⁾ in der Regel weder durchsetzbar noch erwünscht ist,²⁾ bleiben für derartig motivierte Kür-

1) Vgl. Otto Bickendorf, Die Harmonisierung ..., a.a.O., S. 11.

2) Eine solche Forderung, die auch als Intensivierung des Wettbewerbs unter den Arbeitnehmern interpretiert werden könnte, wurde in der gesichteten Literatur mit keinem der genannten Integrationsziele in Zusammenhang gebracht.

zungen nur die restlichen, tarifvertraglich nicht abgesicherten Arbeitskostenbestandteile. Die wichtigsten dieser freiwilligen Zuwendungen der Arbeitgeber sind¹⁾

- Gratifikationen und ggf. Prämien,
- Zahlungen für nicht geleistete Arbeit (Urlaub, Feiertage, Krankheitstage),
- Sachleistungen und Ausgleichsvergütungen,
- Werbungs- und Ausbildungskosten für Arbeitnehmer,
- sonstige Zahlungen, die dem Schutz und der Erhaltung der Arbeitskraft dienen oder die Wohlfahrtscharakter besitzen.

Bewirkt eine Verminderung oder ein Entzug dieser Zuwendungen durch die von den Preissenkungen betroffenen Unternehmungen keine Abwanderung ihrer Arbeitskräfte, - wird also kein Zwang zur Umstellung auf kostengünstigere Verfahren oder zur Produktionseinstellung ausgeübt -, so liegt dysfunktionales Verhalten seitens der einzelnen Arbeitskräfte vor; ihre Reaktion trägt nicht nur nicht zur Realisierung der durch die Zollessenkungen angestrebten Integrationsziele bei, sondern sie läßt darüber hinaus eine in diesem Zusammenhang nicht beabsichtigte Senkung des Arbeitsinkommens pro Beschäftigten zu. Die Gewerkschaften versuchen zwar - und meist mit Erfolg - eine solche Nominallohnminderung zu verhindern. Es kann jedoch unterstellt werden, daß sie zugleich die sich daraus ergebende Freisetzung von Arbeitskräften in ihrem Bereich nicht hinnehmen wollen.²⁾ Im Fall der gleich-

1) Vgl. Otto Bickendorf, Die Harmonisierung ..., a.a.O., S. 11 f.

2) Vgl. Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 55.

bleibenden Verteilung des intrazonalen Nachfragevolumens auf die einzelnen Länder ergibt sich dann für einen großen Teil der freigesetzten Arbeitskräfte die Möglichkeit, in die restlichen - bei gleichem Nachfragevolumen notwendigerweise expandierenden - Unternehmungen der betroffenen Branchen auszuweichen. Weiter unten noch zu konkretisierende Widerstände gegen solche Verschiebungen sind - abgesehen von der Mobilitätsunwilligkeit der einzelnen Arbeitskräfte - vor allem von räumlich organisierten Gewerkschaften zu erwarten, die ggf. mit Abwanderungen von Mitgliedern rechnen müssen.

Konzentriert sich aufgrund der durch Preissenkungen entstandenen neuen Wettbewerbssituation das intrazonale Nachfragevolumen auf ein Land der Präferenzzone, so kann das seitens der Gewerkschaften unter folgenden Bedingungen in den übrigen Ländern zu Gegenmaßnahmen führen:

- Verlust gewerkschaftlichen Einflusses,
- Mitgliederverluste der Gewerkschaftsorganisationen,
- Existenzbedrohung von Einzelgewerkschaften.

Sind wirksame und ausreichende staatliche Maßnahmen zur Wiedereingliederung der durch die Preissenkungen freigesetzten Arbeitskräfte gegeben, so können gewerkschaftliche Widerstände nur noch auf weiterbestehende Eigeninteressen¹⁾ der vorhandenen Organisationsapparate zurückgeführt werden.

1) Vgl. Hartmut Schellhoss, Apathie und Legitimität - Das Problem der neuen Gewerkschaft, München 1967, S. 2 f.; ferner Günter Triesch, Die Macht der Funktionäre, Macht und Verantwortung der Gewerkschaften, Düsseldorf 1956 passim, und allgemein zu diesem Problem Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1957 (Neudruck der 2. Auflage Leipzig 1925).

Die Abwendung der durch die Wettbewerbsintensivierung entstandenen Auswirkungen können Gewerkschaften wie Arbeitgeber mittels Druck auf die staatlichen Entscheidungsinstanzen zu erreichen versuchen.¹⁾ Die dysfunktionalen Forderungen zielen ggf. unter Hinweis auf sonst entstehende Abhängigkeit vom Ausland²⁾ entweder auf³⁾

- Stützung der Nachfrage zu den ursprünglich (hohen) Preisen ab, oder auf
- Zahlung von Subventionen, um für die Unternehmungen Spielräume für Preissenkungen zu schaffen.

Neben diesen indirekten Wirkungsmöglichkeiten der Sozialpartner sind noch zwei - der Unternehmensseite zur Verfügung stehende - Aktionsbereiche zur Verhinderung der Wettbewerbsintensivierung zu nennen.⁴⁾ Zum einen können Unternehmen bei ihren Einkäufen ausländische Güter diskriminieren und darüber hinaus zu deren allgemeinem Boykott aufrufen (z.B. "buy-British" Kampagnen). Zum anderen kann der Warenverkehr durch intrazonale Marktabsprachen zwischen den Unternehmungen und/oder durch ein entsprechendes Verhalten einzelner multinationaler Konzerne restriktiv beeinflusst werden.⁵⁾

1) Vgl. dazu auch Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 54 ff.

2) Vgl. z.B. Eduard Kellenberger, Außenhandel, Neue und alte Theorie, Bern 1966, S. 97 ff.

3) Vgl. zu den damit angeschnittenen internationalen Wettbewerbsproblemen Willi Meyer, Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel, Freiburg im Breisgau 1967.

4) Vgl. zum folgenden Robert E. Baldwin, Nontariff Distortions of International Trade, Washington - London 1971, S. 11 f.

5) Vgl. dazu auch die Hinweise bei Clemens-August Andreae in Zusammenarbeit mit Dieter Schoen, Der größere Markt, Wirtschaftsintegration vom Atlantik bis zum Ural, Stuttgart 1966, S. 133 ff.; Ernst Heuss, Wettbewerbspolitik und europäische Integration, in: SZfVSt, 93. Jg. (1957), S. 493.

b) Behinderungen der intrazonalen
Faktormobilität

Auch in bezug auf die Errichtung von Freiverkehrszonen, in denen die unbehinderte räumliche Verschiebung von Arbeitskräften, Kapital und Unternehmerleistung ermöglicht werden soll, ist zu prüfen, ob seitens der Sozialpartner mit dysfunktionalen Wirkungsmöglichkeiten gerechnet werden muß. Freie intrazonale Faktormobilität - also sowohl Zuwanderung wie Abwanderung von produktiven Faktoren - wird bei dieser Analyse nicht als Alternative zur entsprechenden Gütermobilität betrachtet,¹⁾ sondern als zusätzliches Instrument zur weiteren Intensivierung der wirtschaftlichen Integration.²⁾

Möglichkeiten der Sozialpartner, unmittelbar auf Inhalt und Durchsetzung staatlicher hoheitlicher Maßnahmen der Integrationsförderung einzuwirken,³⁾ bleiben im folgenden außer Betracht; die dabei zu untersuchenden Mechanismen formeller und informeller Interessenvertretung durch gesellschaftliche Gruppen ist nicht Gegenstand der Themenstellung.

-
- 1) Vgl. z.B. Malcolm R. Fisher, Wage Determination in an Integrating Europe, Leyden 1966, S. 59; Robert A. Mundell, International Trade ..., a.a.O., S. 321.
 - 2) Vgl. auch Ingo Walter, International Economics, a.a.O., S. 565; Rolf Sannwald u. Jacques Stohler, Wirtschaftliche Integration, a.a.O., S. 195; Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 87 f.
 - 3) Ziele solcher Aktivitäten sind vor allem staatliche Zugeständnisse an die jeweiligen Gruppen in Form von
 - Ausnahmeregelungen,
 - Übergangsfristen,
 - materiellen Anpassungshilfen.Vgl. dazu auch den kurzen Hinweis bei Elisabeth Liefmann-Keil, Ökonomische Theorie der Sozialpolitik, Berlin - Göttingen - Heidelberg 1961, S. 377.

Zu Beginn der Untersuchung von Behinderungen bei intra-zonalen Verschiebungen von Arbeitskräften ist kurz auf eine beiden Sozialpartnern zur Verfügung stehende Wirkungsmöglichkeit hinzuweisen. Diese besteht in der Duldung bzw. Unterstützung der psychologischen Diskriminierung¹⁾ von Zu- bzw. Abwanderern. Als Instrumente sind dazu vor allem die diesen Gruppen zur Verfügung stehenden Medien der Massenkommunikation geeignet.

Von Gewerkschaftsseite muß sowohl bei Zu- als auch bei Abwanderungen von Arbeitskräften mit dysfunktionalen Aktionen gerechnet werden, da sich in beiden Fällen für sie negative Wirkungen ergeben können.²⁾ Im Fall der Zuwanderung bestehen diese in Befürchtungen, daß die neuen Arbeitskräfte mit den Gewerkschaftsmitgliedern in Konkurrenz um Arbeitsplätze treten und/oder einen Druck auf die absolute oder relative Steigerung des Lohnniveaus ausüben.³⁾ Hinzu kommt, daß⁴⁾

1) Vgl. dazu Winfried Driver, Die Integration ..., a.a.O., S. 240 ff.; Alfred Sauvy, Psycho-Social Aspects of Migration, in: Economics of International Migration, Proceedings of a Conference held by the International Economic Association, ed. by B. Thomas, London - New York 1958, S. 297 ff.; Internationales Arbeitsamt (Hrsg. Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 119.

2) Vgl. auch H. Bachmann, Die allgemeinen Aspekte ..., a.a.O., S. 291.

3) Vgl. Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 90; Rolf Sannwald u. Jacques Stohler, Wirtschaftliche Integration, a.a.O., S. 198; Helmut Meinhold, Internationale Arbeiterwanderung - gesehen unter dem Blickpunkt der engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa, in: FA, Bd. 17 (1956/57), S. 388; Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 199; F. W. Meyer u. H. Willgerodt, Der wirtschaftspolitische Ausgangswert internationaler Lohnvergleiche, in: Internationale Lohngefälle - Wirtschaftspolitische Folgerungen und statistische Problematik, hrsg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bonn (1956), S. 48; Herbert Studders, Zur Integration der europäischen Arbeitskraft, Bevölkerungs- und arbeitspolitische Unterlagen, Frankfurt/Main 1952, S. 21 f.

4) Vgl. Gerd Elvers, Gewerkschaftspolitik und Marktwirtschaft, München 1968, S. 118 f.

- ausländische Arbeitnehmer mehr an der Maximierung ihrer Einkommen als an Arbeitszeitverkürzungen interessiert sind,
- ausländische Arbeitnehmer schwerer gewerkschaftlich zu organisieren sind, als einheimische Arbeitskräfte.

Als Gegenmaßnahmen stehen den Gewerkschaften folgende Möglichkeiten zur mengenmäßigen Beschränkung des ausländischen Arbeitskräfteangebots zur Verfügung:

- Einschränkungen bei der Zulassung ausländischer Arbeitskräfte zur Berufsausbildung oder -ausübung in bestimmten Branchen. Dieses Vorgehen bietet sich vor allem bei der Existenz gewerkschaftseigener Ausbildungsstätten oder bei starker Einflußmöglichkeit auf die für Berufsausbildung und -zulassung zuständigen Institutionen an.
- Durchsetzung von closed-shop Klauseln¹⁾ in Tarifverträgen. Dies bedeutet eine vollständige Kontrolle über das Arbeitskräfteangebot, da nur Gewerkschaftsmitglieder für Neueinstellungen in Frage kommen. Die Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte kann dann mittels generell oder selektiv verfügbarer Beitrittstops erfolgen oder durch Festsetzung prohibitiv hoher Aufnahmegebühren für neue bzw. ausländische Gewerkschaftsmitglieder.²⁾

Union-shop Klauseln in Tarifverträgen, die die Arbeitgeber verpflichten, neuingestellte Arbeitskräfte innerhalb einer bestimmten Frist zum Gewerkschaftsbeitritt zu bewegen, stellen auf die Sicherung des gewerkschaft-

1) Vgl. dazu Albert Rees, The Economics ..., a.a.O., S. 124 ff.

2) Vgl. ders., ebenda, S. 127 f.

lichen Mitgliederbestandes ab.¹⁾ Sie sind im vorliegenden Zusammenhang nur insoweit von Bedeutung als sie de facto die beim closed-shop angeführten Wirkungen zeitigen.

Neben diesen - bei gegebener Entlohnung - vor allem auf das Arbeitskräfteangebot wirkenden Maßnahmen steht den Gewerkschaften auch die Veränderung der Lohnhöhe als Aktionsparameter zur Verfügung. Mit absoluten oder relativen Lohnsenkungen könnte der Anreiz zur Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte entfallen, eine starke Anhebung der Entlohnung könnte zu einem Verzicht der Unternehmerseite auf die Einstellung weiterer Arbeitskräfte führen.²⁾ Beide Handlungsalternativen setzen jedoch die Gültigkeit realitätsferner Prämissen³⁾ voraus und vernachlässigen außerdem gesamtwirtschaftliche Kreislaufzusammenhänge. Lohnsenkungen oder -erhöhungen können daher - zumindest bei ihrem isolierten Einsatz - nicht als Mittel der Gewerkschaften angesehen werden, Zuwanderungen ausländischer Arbeitskräfte zu verhindern.

1) Vgl. Albert Rees, The Economics ..., a.a.O., S. 129 ff.

2) Vgl. zu letzterem die Argumentation bei F.W. Meyer u. H. Willgerodt, Der wirtschaftspolitische Aussagewert ..., a.a.O., S. 48 ff.

3) So müssen unter anderem folgende Bedingungen erfüllt sein:

- Möglichkeit zur Durchsetzung spürbarer Lohnerhöhungen bzw. -senkungen,
- Reagibilität der Wanderung von Arbeitskräften auf Veränderungen der Lohnhöhe,
- fehlende Überwälzungsmöglichkeiten der Unternehmer auf die Produktpreise.

Ebenso wie bei den Arbeitnehmerorganisationen der Zuwanderungsländer sind auch bei denen der Abwanderungsländer mobilitätshindernde Aktivitäten denkbar. Die betroffenen Gewerkschaften müssen bei zeitweiligem oder totalem Verlust ihrer Mitglieder mit einer Verringerung ihrer Machtposition¹⁾ rechnen.²⁾ Sie können folgende Gegenmaßnahmen ergreifen:

- Lohnforderungen zur Angleichung der Entlohnung an das Lohnniveau der Zuwanderungsländer. Dieses Vorgehen ist nicht nur bei räumlicher Reagibilität der Arbeitnehmer auf intrazonal unterschiedliche Lohnhöhen zu erwarten, sondern kann ganz allgemein zur Begründung von Lohnforderungen angeführt werden.³⁾
- Drohung mit dem Verlust von Unterstützungsleistungen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme hängt vom Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Abwanderungswilligen ab und von Umfang und Bedeutung der gewerkschaftlichen Sozialleistungen.
- Zusammenwirken mit den Gewerkschaften der Zuwanderungsländer. Dieses Vorgehen besteht de facto in Absprachen zur Diskriminierung von zuwandernden Arbeitskräften seitens einzelner Gewerkschaften. Offensichtlicher als die beiden oben genannten Aktionsmöglichkeiten wider-

1) Vgl. zum Macht-Begriff Erhard Fürst, Die Machttheorien der Einkommensverteilung, in: Beiträge zur Theorie der Einkommensverteilung, hrsg. v. H. Frisch, Berlin 1967, S. 145 ff.

2) Wandern lediglich arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder ab, so ergibt sich zwar eine Entlastung der Gewerkschaftskasse, zugleich aber auch eine Schwächung ihrer Arbeitsmarktposition.

3) Vgl. z.B. die in den Niederlanden im Jahre 1965 festgestellten Bestrebungen, das Lohnniveau auf das der Nachbarländer anzuheben. (Vgl. Heinz Umrath, Niederländische Lohnpolitik, in: GMH, 18. Jg. (1967), S. 372.)

sprechen derartige Vorgehensweisen dem von den internationalen Gewerkschaftsbewegungen verfolgten Ziel der allgemeinen Freizügigkeit von Arbeitnehmern.¹⁾ Daher dürften solche Absprachen - zumindest offiziell - nicht als gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen in Frage kommen.

Insgesamt ergibt sich, daß den Gewerkschaften nur wenige - und meist indirekt wirkende - Mittel zur Verfügung stehen, um Abwanderungen von Arbeitskräften aus ihrem Organisationsbereich zu verhindern. Zudem dürfen ihre Gegenmaßnahmen gegenüber der Öffentlichkeit nicht als mobilitätshindernd motiviert werden, soll ein offener Widerspruch zu den erklärten Zielen internationaler Gewerkschaftsorganisationen vermieden werden.

Überlegungen zur Behinderung der intrazonalen Arbeitskräftemobilität durch die Arbeitgeberseite erfordern zunächst die Klärung eines scheinbaren Widerspruchs. Dieser liegt darin, daß die wesentlichsten Anstöße zur Mobilität der Arbeitskräfte - Angebot von Arbeitsplätzen und/oder vergleichsweise hohe Löhne - Aktionsparameter der Unternehmer sind. In bezug auf die Behinderung der Zuwanderung von Arbeitskräften kann diese Antinomie gelöst werden, wenn in einem Land der Freiverkehrszone zugleich strukturelle und regionale Vollbeschäftigung und Erwerbslosigkeit²⁾ besteht und die inländischen Arbeitskräfte zunächst keine Mobilitätsbereitschaft zeigen. Erwarten die voll und überbeschäftigten inländischen Unternehmer einen baldigen Abbau

1) Vgl. dazu Herbert Studders, Zur Integration ..., a.a.O., S. 21.

2) Vgl. auch Helmut Meinhold, Internationale Arbeiterwanderungen, a.a.O., S. 390.

dieser Haltung und bevorzugen sie inländische Arbeitskräfte, so können sich folgende Verhaltensweisen ergeben:

- Ausländische Arbeitskräfte werden - in bezug auf die Beschäftigungsmöglichkeiten - als letzte eingestellt und als erste entlassen (last in - first out Verhalten).¹⁾
- Ausländische Arbeitskräfte werden bei Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen versteckt diskriminiert. Dies kann z.B. durch ihre ausschließliche Verwendung in bestimmten Abteilungen und für bestimmte Tätigkeiten erfolgen.

Diese Verhaltensweisen sind durch allgemeine Diskriminierungsverbote kaum zu verhindern und können - falls sie in den Abwanderungsländern bekannt sind - die intrazonale Mobilitätswilligkeit erheblich senken.

Versuche der Arbeitgeberseite, die Abwanderung von beschäftigten oder erwerbslosen Arbeitskräften zu verhindern, sind - im Gegensatz zu den Behinderungen der Zuwanderung - leichter zu motivieren. Als wichtigste Befürchtungen sind Ausfall von Konsumnachfrage, Verkleinerung des Arbeitskräftereservoirs und Verschlechterung der Zukunftserwartung (vor allem in bezug auf die Entwicklung einer Region)²⁾ zu nennen. Folgende mobilitäts-hindernde Maßnahmen der Arbeitgeberseite kommen in Betracht:

1) Vgl. auch Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 120 f.

2) Vgl. Winfried Driver, Die Integration ..., a.a.O., S. 242.

- Halten von Arbeitskräften in der Unternehmung. Um Entlassungen und die dann befürchtete Abwanderung von Arbeitskräften zu vermeiden, können die einzelnen Unternehmungen in verstärktem Maß zu Kurzarbeit und Teilzeitbeschäftigung übergehen. Des weiteren besteht die Möglichkeit zum - allerdings die Arbeitsproduktivität senkenden - Horten von Arbeitskräften oder aber zur Vornahme versteckter Lohnsenkungen (Wegfall tarifvertraglich nicht abgesicherter Geld- und Sachleistungen).
- Bindung von Arbeitskräften an die Unternehmung. Dieser Effekt geht vor allem von freiwilligen betrieblichen Sozialleistungen aus. Dazu zählen z.B. Versorgungsleistungen bei Arbeitsunfähigkeit und Invalidität, Alters- und Ruhegelder, Unterstützungen zum Erwerb von Wohnungseigentum und betriebliche Ertrags- bzw. Substanzbeteiligungen.¹⁾
- Formell oder informell organisiertes Zusammenwirken zwischen den Unternehmungen einer Region oder einer Branche, um Freisetzung von Arbeitskräften möglichst zu verhindern.

Alle diese Maßnahmen zur Behinderung der intrazonalen Mobilität von Arbeitskräften können sich - in Verbindung mit den oben angedeuteten Möglichkeiten der Diskriminierung durch Massenmedien - in einem kollektiven Druck²⁾ der Arbeitgeber- bzw. Unternehmerseite auf Mobilitätswillige bemerkbar machen. Treten dann noch

1) Vgl. Gustav Hampel, Die Bedeutung ..., a.a.O., S. 47.

2) Vgl. auch Winfried Driver, Die Integration ..., a.a.O., S. 242.

gleichgerichtete Aktivitäten von Arbeitnehmerorganisationen hinzu, so ist das Integrationsziel "freie intrazonale Mobilität von Arbeitskräften" mit Sicherheit nicht mehr in vollem Umfang realisierbar. Dies wird besonders dann deutlich, wenn - wie es bei Bewohnern von Grenzgebieten der Fall ist - ein intrazonaler Wechsel des Arbeitsplatzes nicht notwendigerweise mit einem intrazonalen Wohnortwechsel verbunden ist, und von staatlicher Seite keine Abwanderungs- bzw. Zuwanderungshindernisse bestehen.

Die Möglichkeiten der Sozialpartner zur Behinderung des intrazonalen Kapitaltransfers sind in bezug auf die zinsinduzierten Bewegungen von kurz-, mittel- und langfristigem Geldkapital nicht von Bedeutung. Dies geht jedoch nur unter der - hier als realitätsnah unterstellten - Prämisse, daß sowohl die Zinshöhe von staatlichen oder unabhängigen geldpolitischen Instanzen unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt wird,¹⁾ als auch die auf den Kapitaltransfer (Zu- und Abwanderung) wirkenden Modalitäten.

Für die Behinderung der intrazonalen Mobilität des Faktors Unternehmerleistungen gilt ähnliches, soweit es sich um Ausländerdiskriminierungsverbote und um die gegenseitige Anerkennung von Befähigungs- bzw. Leistungsnachweisen handelt. Diesbezügliche Regelungen werden entweder durch staatliche Instanzen getroffen oder in Selbstverwaltungsorganen der Arbeitsmarktverbände. Falls letztere nicht im Sinne der genannten Integrationsziele handeln, so ist mit entsprechenden ho-

1) Das Verhalten der Sozialpartner wird also insoweit berücksichtigt, als es unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten notwendig ist.

heitlichen Maßnahmen seitens der politischen Handlungsträger zu rechnen, da sich die Verpflichtung dazu aus den eingegangenen Integrationsverträgen ergibt.

In beiden Bereichen - intrazonale zinsorientierte Geld- und Kapitalbewegungen und Mobilität des Faktors Unternehmerleistung - sind also von den Sozialpartnern kaum Gegenmaßnahmen zu erwarten: Beide Seiten verfügen nicht über wirksam einzusetzende Aktionsparameter; auch ist anzunehmen, daß sie sich nicht in offenen Widerspruch zu ggf. allgemein akzeptierten Integrationszielen setzen wollen.

Als nächstes ist zu prüfen, welche Behinderungen durch das Verhalten der Sozialpartner auf gewinn- und/oder wachstumsorientierten (Real) Kapitaltransfer ergeben können. Da von dieser Fragestellung auch Neugründungen bzw. Erweiterungen von Unternehmungen und Produktionsstätten¹⁾ erfaßt werden, gelten die folgenden Überlegungen auch für Beeinträchtigungen der intrazonalen Mobilität von Unternehmerleistung.

Von den Gewerkschaften im Zuwanderungsland sind keine unmittelbar die Errichtung neuer Unternehmungen bzw. Betriebe behindernden Aktivitäten zu erwarten, da sich dadurch ceteris paribus das Arbeitsplatzangebot und damit die Arbeitskräftenachfrage erhöht. Die Kapitalzuwanderung kann jedoch wesentlich durch die Organisationssituation der Arbeitnehmerseite und durch die Verhaltensweisen der Gewerkschaften beeinträchtigt werden.

1) Vgl. z.B. Rolf Sannwald u. Jacques Stohler, Wirtschaftliche Integration, a.a.O., S. 199.

Es wird also unterstellt, daß in einem bestimmten Land einer Freiverkehrszone notwendige und auch hinreichende Bedingungen für gewinn- oder wachstumsorientierten Kapitalimport bzw. für die Zuwanderung des Faktors Unternehmerleistung vorhanden sind. Diese absoluten oder auch komperativen Vorteile bleiben jedoch z.B. bei nach dem Berufsprinzip organisierten Gewerkschaften ungenutzt, weil die Kapital- bzw. Arbeitgeberseite die Unsicherheit und die Kosten nicht tragen will, die sich aus der Notwendigkeit zu einer Vielzahl einzelner und kaum aufeinander abstimmbaren Tarifverhandlungsvorgängen ergeben. Muß darüber hinaus noch mit aggressivem und unkalkulierbarem Verhalten der Gewerkschaften gerechnet werden und ggf. auch mit selbständigen Aktionen ihrer Mitglieder, so ist die zurückhaltende Reaktion der zuwandernden Faktoren verständlich.

Es kann sich demnach die Situation ergeben, daß die Integrationsziele "intrazonale Mobilität von Realkapitalinvestitionen bzw. Unternehmerleistung" von Arbeitnehmerseite bejaht werden, die Organisationssituation und die Verhaltensweisen formeller oder informeller Arbeitnehmergruppen die Realisierung dieser Ziele - hier der Zuwanderung - erheblich beeinträchtigt.

Den Gewerkschaften und auch den Arbeitgeberverbänden der Abwanderungsländer stehen keine Möglichkeiten zur Verfügung, den mit diesen Verschiebungen verbundenen "Export von Arbeitsplätzen bzw. Produktionsstätten" direkt zu verhindern. Unter den gegebenen Bedingungen bleibt ihnen lediglich der Versuch, in den von ihnen beeinflussbaren Bereichen keinen Anlaß zu solchen "Exporten" zu geben.

Auf Arbeitgeberseite im Zuwanderungsland kann sich - ebenso wie oben für die Arbeitnehmerseite gezeigt - die Konstellation ergeben, daß bei offizieller Zustimmung zu den Integrationszielen durch die Wettbewerbssituation auf einzelnen Märkten ein Realkapitalimport bzw. die Zuwanderung von Unternehmerleistung de facto verhindert wird. Des weiteren sind auch direkt gegen die Neugründung von ausländischen Unternehmungen bzw. gegen ihre Produktionstätigkeit gerichtete Aktivitäten seitens Arbeitgebergruppen denkbar. Die Wirksamkeit solcher Aktivitäten muß jedoch aufgrund des festzustellenden Mangels an Solidarität auf Arbeitgeberseite¹⁾ als äußerst gering veranschlagt werden.

II Störungsmöglichkeiten im Rahmen von Wirtschaftsunionen

1. Koordinierungsziele von Wirtschaftsunionen

Nach der Analyse möglicher dysfunktionaler Wirkungen der Sozialpartner in Präferenzonen werden nun die Störungsmöglichkeiten dieser gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen von Wirtschaftsunionen untersucht. Das erfordert - analog dem Vorgehen bei den Präferenzonen - zunächst eine Konkretisierung der oben²⁾ nur generell definierten Ziele von Wirtschaftsunionen in Form ihrer beabsichtigten Koordinierungsziele.

1) Vgl. dazu Joseph H. Kaiser, Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin 1956, S. 106 ff.; Karl Heinz Weigand, Zur Solidarität der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt, Neustadt/Weinstraße o.J., S. 45 ff.

2) Siehe Punkt C II 3.

Mit der Beteiligung an einer Wirtschaftsunion versuchen die jeweiligen politischen Instanzen der einzelnen Volkswirtschaften intrazonal verbindliche Abstimmungsmechanismen zu schaffen. Unter dem Aspekt der dadurch entstehenden vielgestaltigen Verpflichtungen zur gegenseitigen intrazonalen Abstimmung sollen folgende Bereiche betrachtet werden:

- Finanzpolitik,
- Geld-, Kredit- und Außenwährungspolitik,
- staatliche Lohnpolitik.

Von diesen Sektoren der Ablaufspolitik wird unterstellt, daß sie auch im Hinblick auf die Realisierung internationaler Integrationsziele zu den wichtigsten Aktionsbereichen staatlicher Wirtschaftspolitik zählen,¹⁾ und daß die von ihnen angestrebten Abstimmungsziele der geforderten Analyse zugänglich sind.

1) Diese Hypothese gilt in der wissenschaftlichen Diskussion für die Fiskal-, Geld-, Kredit- und Währungspolitik als allgemein akzeptiert. (Vgl. z.B. Heinz Haller, Finanzpolitik, Tübingen - Zürich 1957, S. 274; Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Finanz- und steuerpolitische Harmonisierungsvorschläge, in: Finanzpolitik, hrsg. v. H.G. Recktenwald, Köln - Berlin 1969, S. 465; Hans Möller, Probleme der Geld- und Kreditpolitik bei Währungskonvertierbarkeit, in: Geld- und Bankpolitik, hrsg. v. E. Dürr, Köln - Berlin 1969, S. 415.)
Bezüglich der Lohn- bzw. Einkommenspolitik (SCHARRER verwendet beide Begriffe synonym!) wird erst in den neuesten Veröffentlichungen auf die "offene einkommenspolitische Flanke" hingewiesen und eine Einbeziehung der Tarifpartner in eine international abgestimmte Wirtschaftsablaufpolitik gefordert. (Vgl. z.B. Hans-Eckart Scharrer, Monetäre Integration in der EWG, Initiativen und Probleme, in: HJb, 16. Jahr (1971), S. 90 ff.)

a) Abstimmung der Finanzpolitik

Wie sich aus der Charakterisierung der verschiedenen Stufen wirtschaftlicher Integration ergibt, ist eine intrazonale Abstimmung der Finanzpolitik bei den einzelnen Integrationsstufen in unterschiedlicher Art und Intensität erforderlich. Da der Aufbau einer Wirtschaftsunion die Realisierung vorgelagerter Integrationsformen voraussetzt, können alle ökonomisch relevanten Formen zwischenstaatlicher Diskriminierung zumindest auf dem Gebiet der Zwangsabgaben - also der Einnahmen aus Zöllen und Steuern¹⁾ - als abgebaut angenommen werden.²⁾ Demnach verbleibt noch als wichtige finanzpolitische Aufgabe eine Koordination³⁾ auf der

-
- 1) SCHMÖLDERS glaubt sogar an eine automatische Anpassung der Steuersysteme. (Vgl. Günter Schmolders, Internationale Finanzpolitik, in: Internationale Währungs- und Finanzpolitik, hrsg. v. W. Meinhold, Berlin 1961, S. 144.) Im Gegensatz dazu stehen nach KAMITZ einer solchen Anpassung die "größten praktischen Schwierigkeiten" entgegen. (Vgl. Reinhard Kamitz, Integrierung der Finanzpolitik, in: Wirtschaftsfragen der freien Welt, hrsg. v. E. v. Beckerath, F. W. Meyer u. A. Müller-Armack, Frankfurt/Main o.J. (1957), S. 439.)
 - 2) Demgegenüber stellt z.B. GAST fest, daß die einzelnen Mitgliedsstaaten des Gemeinsamen Marktes ihr Finanzwesen grundsätzlich so gestalten, "... wie es ihr innenpolitisches und wirtschaftliches Leben erfordert." (Georg Gast, Finanzpolitische Probleme des Gemeinsamen Marktes, in: FA, Bd. 20 (1959/60), S. 169.)
 - 3) Eine internationale Koordination der Budgetpolitik wird in der wissenschaftlichen Literatur einerseits als kaum durchführbar betrachtet (KANTZENBACH, SCHMÖLDERS, ZIMMERMANN), andererseits jedoch als leicht hingestellt (ROMETSCH). (Vgl. Erhard Kantzenbach, Möglichkeiten und Grenzen ..., a.a.O., S. 79; Günter Schmolders, Internationale Finanzpolitik, a.a.O., S. 137; Horst Zimmermann, Problems of Harmonizing European Fiscal Policies, in: Integration of National Economies, Internal and External Problems of the E.E.C., hrsg. v. Deutschen Komitee der AIESEC e.V., Köln - Sülz o.J. (1963), S. 24; Sieghard Rometsch, Monetäre Integration - das Problem einer Währungsunion im Gemeinsamen Markt, Frankfurt/Main 1968, S. 105.)

Ausgabenseite der einzelnen Staatsbudgets.¹⁾ Zweck dieser Abstimmung ist es, durch Erhöhung oder Senkung von Staatsausgaben - variable Teile der öffentlichen Investitionen, des Staatskonsums und der Transferzahlungen - zur Realisierung von ökonomischen Zielen der Wirtschaftsunion beizutragen.²⁾

Die charakteristischen Merkmale der genannten Ausgaben sind:

- unmittelbare Beeinflussung der Einkommen ihrer Empfänger,³⁾
- eindeutige Bestimmbarkeit ihrer Empfänger,
- exakte Dosierbarkeit der Ausgabenhöhe.

Schon diese Eigenschaften lassen im Hinblick auf die gegebene Fragestellung folgenden Schluß zu:

-
- 1) Vgl. dazu auch Heinz Haller, Probleme der Harmonisierung der Finanz- und Steuerpolitik im Gemeinsamen Markt, in: Wirtschafts- und Finanzpolitik im Gemeinsamen Markt, Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, A. Sozialwissenschaftliche Schriften, Hannover 1963, S. 60.
Auf die enge Verflechtung zwischen Budget-, Geld- und Kreditpolitik sei jedoch ausdrücklich hingewiesen. (Vgl. Karl Socher, Koordination des Einsatzes geld- und finanzpolitischer Instrumente, Berlin 1971, S. 53 ff.; Sieghardt Rometsch, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 104; Günter Schmolders, Internationale Finanzpolitik, a.a.O., S. 149; Heinz Haller, Finanzpolitik, a.a.O., S. 273.)
 - 2) Für JOHNSON ist es dagegen eine offene Frage, "... whether there needs to be coordination of national fiscal policies (in einer Währungsunion, d. Verf.)." (Harry G. Johnson, Problems of Stabilization Policy in an Integrated World Economy, in: Demand Management - Globalsteuerung, ed. by H. Giersch, Tübingen 1972, S. 244.)
 - 3) Vgl. H. Jörg Thieme, Geld- und fiskalpolitische Prozeßsteuerung in der Marktwirtschaft - Alternative Stabilisierungskonzepte, in: 25 Jahre Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. C. Cassel, G. Gutmann, H. J. Thieme, Stuttgart 1972, S. 233; Warren L. Smith, Über die Wirksamkeit der Geldpolitik, in: Geld- und Bankpolitik, a.a.O., S. 345.

Auf das spezifische Ziel staatlicher Ausgabenvariation, die Einnahmeveränderungen bestimmter Wirtschaftssubjekte zu steuern, kann von dritter Seite kein direkter Einfluß ausgeübt werden. Da indirekte Wege zur Beeinflussung der handelnden Instanzen - z.B. politischer Druck - in die Untersuchung nicht einbezogen werden, ergeben sich für die vorliegende Problemstellung keine Ansatzpunkte.

b) Abstimmung der Geld-, Kredit- und
Außenwährungspolitik

Mit der Verflechtung zur intrazonalen Abstimmung der nationalen Geldpolitik wird eine einheitlich ausgerichtete Steuerung der monetären Gesamtnachfrage in einer Wirtschaftsunion angestrebt.¹⁾ Die strategischen Faktoren dieser Politik sind Zins, Geldmenge und Liquidität in den Mitgliedsländern.²⁾

Die Beeinflussung der genannten Faktoren durch die jeweiligen Instanzen mit geld- und kreditpolitischen Instrumenten³⁾ zielt auf die Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs in den einzelnen Ländern ab, um auf diese Weise

-
- 1) Vgl. auch Ralph-René Lucius, Währungsintegration ohne wirtschaftliche und politische Integration, Frankfurt/Main 1972, S. 16.
 - 2) Vgl. dazu Ernst Dürr, Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik, Frankfurt/Main 1966, S. 21 ff.
 - 3) Darunter werden die Diskont-, Offenmarkt- und Mindestreservpolitik verstanden, sowie direkte Eingriffe in den Geld-, Kredit- und Kapitalmarkt. (Vgl. dazu Ernst Dürr, Prozeßpolitik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, hrsg. v. W. Ehrlicher u.a., Göttingen 1968, S. 207 f.)

zur wirtschaftlichen Stabilität im gesamten Bereich der Wirtschaftsunion zu gelangen.¹⁾ Dieser Zustand ist dadurch gekennzeichnet, daß dann das Volumen der effektiven Nachfrage Preisstabilität bei Vollbeschäftigung sichert,²⁾ ohne die Wachstumschancen zu beeinträchtigen. Nach WEBER³⁾ - der offensichtlich eine solche Situation unterstellt - bedeutet das vor allem die Angleichung der Kostenentwicklung in allen beteiligten Ländern mit den Mitteln der Geldpolitik; eine nähere Spezifizierung von "Angleichung" und von "Kosten" fehlt bei ihm jedoch. Dies kann als Hinweis dafür angesehen werden, daß konkrete Aussagen über die Herstellung einer Gleichgewichtssituation in einer Wirtschaftsunion mit Mitteln der Geld- und Kreditpolitik erhebliche Schwierigkeiten bereitet.⁴⁾

Außenwährungspolitische Instrumente können zwischen den einzelnen Ländern einer Wirtschaftsunion nicht mehr zum Einsatz kommen. Bereits die Freiverkehrszone war durch ein Diskriminierungsverbot gegenüber den Währungen der Teilnehmerstaaten gekennzeichnet; im Rahmen von Wirt-

-
- 1) Demnach wird ausgeschlossen, daß eine wirtschaftliche Gesamtstabilität im Raum der Wirtschaftsunion angestrebt wird, die Instabilitäten in Teilräumen bewußt in Kauf nimmt.
 - 2) Vgl. z.B. Otmar Emminger, Die Rolle der Währungspolitik in der europäischen Integration, in: Integration durch Währungsunion? Integration Through Monetary Integration?, hrsg. v. H. Giersch, Tübingen 1971, S. 68.
 - 3) Vgl. Wilhelm Weber, Möglichkeiten und Grenzen einer harmonisierten Wirtschaftspolitik in Europa, in: EWG und EFTA in wissenschaftlicher Diskussion, hrsg. v. E. Lagler, Berlin 1961, S. 110.
 - 4) Vgl. auch Sieghardt Rometsch, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 112.

schaftsunionen sind darüber hinaus Wechselkursänderungen nicht mehr zulässig, so daß auch in dieser Hinsicht Binnenmarktverhältnisse herrschen.¹⁾

Die zu diesem Zweck notwendig werdende Ermittlung der "richtigen" Währungsrelationen²⁾ zwischen den Wirtschaftsunionsländern erfordert jedoch die Einführung einer Übergangszeit. Durch sie erhalten die jeweiligen währungspolitischen Instanzen die Möglichkeit, mittels flexibler Anpassungsvorgänge - Willgerodt fordert z.B. "schnelle kleine Korrekturen" - die gleichgewichtigen und damit endgültigen Wechselkurse zu finden.³⁾ Es fehlen allerdings zuverlässige Kriterien für die Feststellung des "endgültigen Gleichgewichts" ebenso, wie für die zu seiner Herstellung notwendigen Vornahme der Wechselkurskorrekturen.

Neben diesen - durch die gegenseitigen ökonomischen Beziehungen bedingten - Abstimmungsaufgaben bringen die ökonomischen Beziehungen von Wirtschaftsunionstaaten zu Drittländern einen weiteren Abstimmungs-

-
- 1) Vgl. Hans Willgerodt u.a., Wege und Irrwege zur europäischen Währungsunion, Freiburg/Breisgau 1972, S. 72; ders., EWG, Elemente einer Währungsunion, in: Vw-Ww-A, 25. Jg. (1971), Heft 43, S. 35.
 - 2) Vgl. auch Otmar Issing, Integrationsprozeß, Währungspolitik und Wechselkurse in der EWG, in: KuK, 2. Jg. (1969), S. 281; siehe auch Fritz W. Meyer, Die internationale Währungsordnung im Dienste der stabilitätspolitischen Grenzmarke und die Möglichkeit einer Reform, in: 25 Jahre Marktwirtschaft in ..., a.a.O., S. 283 f.
 - 3) Vgl. Hans Willgerodt u.a., Wege und Irrwege ..., a.a.O., S. 72 f. u. 74.

aspekt mit sich.¹⁾ Der unterschiedliche Grad der Verflechtung dieser Staaten mit den Ländern der Außenwelt kann Konflikte beim Einsatz der geld- und währungspolitischen Instrumente mit sich bringen und zusätzliche Störungsgelegenheiten für die Sozialpartner schaffen. Auf die damit zusammenhängenden Probleme wird jedoch nicht gesondert eingegangen; zum einen sind sie aufgrund ihrer Komplexität einer theoretischen Analyse schwer zugänglich, zum anderen sind sie zu einem großen Teil mit denen identisch, die sich zwischen den einzelnen Ländern der Integrationszonen ergeben.²⁾

Aus den aufgezeigten Gründen sollen in bezug auf die Fragestellung des Themas folgende Feststellungen zur geld- und währungspolitischen Abstimmung genügen:

- Die Instanzen der Geld- und Kreditpolitik versuchen, mit ihrem Instrumentarium über die Beeinflussung der strategischen Faktoren monetärer Konjunkturpolitik die Ziele Preisstabilität und/oder Vollbeschäftigung zu realisieren. Mit den verfügbaren Instrumenten kann jedoch z.T. nur indirekt auf diese strategischen Faktoren der Geldpolitik und auf die die effektive Nachfrage bestimmenden monetäre Einkommen der Wirtschaftssubjekte Einfluß genommen werden.³⁾

1) Vgl. z.B. Sieghardt Rometsch, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 127 ff.; Hans-R. Krämer, Wirtschaftliche und rechtliche Probleme der monetären Integration in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Tübingen 1966, S. 70.

2) Vgl. Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 262.

3) Vgl. Warren L. Smith, Über die Wirksamkeit der Geldpolitik, a.a.O., S. 345.

- Aufgabe der außenwährungspolitischen Instanzen in bezug auf die Verwirklichung der Wirtschaftsunion ist die Ermittlung der intrazonal "richtigen" Wechselkurse. Das Fehlen dafür geeigneter eindeutiger Kriterien und der aus diesem Grund notwendige Übergangszeitraum lassen vielfältige Einflußfaktoren wirksam werden.

Es ist zu prüfen, ob die Sozialpartner mit ihren Aktivitäten auf dem Arbeitsmarkt sowohl die angestrebte Steuerung der monetären Gesamtnachfrage, wie auch die Ermittlung der zu fixierenden Währungsrelationen beeinflussen können. Wenn dies der Fall ist, so hängt es auch vom Verhalten dieser gesellschaftlichen Gruppen ab, ob und in welchem Ausmaß die geld- und außenwährungspolitischen Ziele einer Wirtschaftsunion verwirklicht werden können.

c) Abstimmung der staatlichen Lohnpolitik

ca) Ziele einer intrazonal abgestimmten Lohnpolitik

Dem Ziel, die Abstimmung der staatlichen Lohnpolitik innerhalb einer Wirtschaftsunion sicherzustellen, liegen zwei wichtige Annahmen zugrunde:

- Staatliche lohnpolitisch wirksame Maßnahmen und Ziele werden in den einzelnen Staaten der Wirtschaftsunion als gegeben bzw. erforderlich betrachtet.
- Die Notwendigkeit zur Abstimmung dieser Maßnahmen und Ziele innerhalb einer Wirtschaftsunion wird im Hinblick auf deren Realisierung anerkannt.

Als Teil der staatlichen Einkommenspolitik, also der direkten, bewußten und planmäßigen Beeinflussung¹⁾ von Höhe und Struktur aller privater Einkommen²⁾ durch den Staat, zielt die Lohnpolitik auf die Beeinflussung der Entgelte aus unselbständiger Arbeit ab. Instrumental eingesetzt dient sie zusammen mit der Nichtlohn-Einkommenspolitik vor allem zur Sicherung von Preisstabilität und Vollbeschäftigung³⁾ und wirkt somit im Sinne der Stabilisierungsziele der Wirtschaftsunion.

-
- 1) Vgl. dazu Friedrich Larenz, Untersuchungen zur Einkommenspolitik, Tübingen 1968, S. 6; Heinz Eckert, Einkommenspolitik, Beiträge des Deutschen Industrieinstituts, 5. Jg. (1967), Heft 10, S. 10 ff.; Heinz Salowsky, Einkommenspolitik im Ausland, Beiträge des Deutschen Industrieinstituts, 6. Jg. (1968), Heft 1, S. 5 f.

Im Gegensatz dazu versteht KRENGEL unter Einkommenspolitik "... die Gesamtheit aller wirtschaftspolitischen und politischen Maßnahmen, deren Ziel es ist, die Entstehung, Verteilung und Verwendung der Einkommen und des Vermögens ... zu verändern". (Rolf Krengel, Was ist Einkommenspolitik?, in: Einkommenspolitik in der modernen Wirtschaftsordnung, hrsg. v. H. Beykirch, Köln - Deutz 1965, S. 25 f.) Bei dieser Definition ist eine klare Trennung von Einkommens- und sonstiger Wirtschaftspolitik nicht möglich.

- 2) Darunter sind neben den Lohneinkommen auch die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, aus Besitz und die unverteilteten Gesellschaftsgewinne zu verstehen. (Vgl. zur Einteilung der Nicht-Lohn- und Gehaltseinkommen OECD (Hrsg.), Die Grundlagen einer Politik der Preise, Gewinne und übrigen Nichtlohneinkommen, Zweiter Bericht über eine Politik der stabilen Preise, Paris 1964, künftig zitiert als "OECD, Die Grundlagen einer Politik ...", S. 92 f.)
- 3) Vgl. dazu Sieghardt Rometsch, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 92; Friedrich Larenz, Untersuchungen zur Einkommenspolitik, a.a.O., S. 7; Heinz Eckert, Einkommenspolitik, a.a.O., S. 11; Alberto Campolongo, Incomes Policy, Mailand 1966, S. 14; Kurt W. Rothschild, Einkommenspolitik oder Wirtschaftspolitik?, in: Probleme der Einkommenspolitik, hrsg. v. E. Schneider, Tübingen 1965, S. 64; OECD (Hrsg.), Policies for Price Stability, Paris 1962, S. 23.
- (Fortsetzung S. 85)

Die Lohnpolitik kann aber auch eine "gerechtere Einkommensverteilung" anstreben,¹⁾ ein einkommenspolitisches Ziel, das gleichrangig neben die anderen gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen tritt; zu seiner Realisierung könnten alle wirtschaftspolitischen Instrumente eingesetzt werden.

Eine strikte Trennung in Objekt- und Subjektcharakter der Lohnpolitik ist jedoch bei näherer Betrachtung nicht aufrechtzuerhalten. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß bei Tarifautonomie die staatliche Stabilitätspolitik nur solange mit lohnpolitischen Mitteln verfolgt werden kann, wie die den Stabilitätszielen gleichberechtigten verteilungspolitischen Ziele nicht negativ tangiert werden. Ist dies jedoch der Fall, und stimmen die staatlichen Ziele mit denen der Sozialpartner nicht überein,²⁾ so können Arbeitnehmer wie Arbeitgeber versuchen, ihre Verteilungszielsetzungen trotzdem zu realisieren. Die Verwirk-

Sie kann auch zur Realisierung außenwirtschaftlicher und/oder außenwährungspolitischer Ziele eingesetzt werden. (Vgl. dazu Jürgen Rohwedder, Untersuchungen über Zahlungsbilanzprobleme bei Stufenflexibilität und freier Flexibilität der Wechselkurse, Tübingen 1969, S. 10 f.; Friedrich A. Lutz, Lohn, Inflation und Zahlungsbilanz, Tübingen 1967, S. 37 f.)

Die gleiche Konsequenz ergibt sich aus der von BÖHI durchgeführten Untersuchung. (Vgl. Hans Böhi, Grundsätze und Methoden zur Ermittlung der richtigen Währungsrelation zum Ausland, Bern 1944, S. 85 ff.)

- 1) Vgl. z.B. Friedrich Larenz, Untersuchungen zur Einkommenspolitik, a.a.O., S. 13 f.
- 2) Liegt diese Übereinstimmung nicht vor, so kann sich folgende Konstellation ergeben:
Die staatlichen Instanzen vernachlässigen bewußt einkommens- bzw. verteilungspolitische Ziele. Wenn die Interessen der Sozialpartner dadurch nicht beeinträchtigt werden, sind von ihrer Seite keine diesbezüglichen Störwirkungen zu erwarten.

lichung staatlicher Stabilitätsziele und damit auch der Integrationsziele kann dadurch erheblich gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werden.¹⁾

Aus diesen Gründen wird - wie neuerdings auch im Rahmen der EWG anerkannt²⁾ - eine intrazonale Ab-

-
- 1) Auf die Probleme und Gefahren, die sich aus der Residualisierung von lohn- bzw. einkommenspolitischen Zielen gegenüber den übrigen gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen ergeben, weist besonders KLAUS hin. (Vgl. Joachim Klaus, Lohnpolitik und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, SVSP, N.F. Bd. 51, Berlin 1969, S. 102.) Vgl. ferner Siegfried Katterle, Einkommenspolitik und Verteilungskonflikte in einer freiheitlichen Gesellschaft, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung, hrsg. v. F. Lenz, C. Föhl u. C. Köhler, Berlin 1968, S. 303 ff.; Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Grundkriterien für die Festsetzung der Löhne und damit zusammenhängende Probleme einer Lohn- und Einkommenspolitik, Sammlung Studien, Reihe Sozialpolitik Nr. 19, Brüssel 1967 (künftig zitiert als "EWG-Studien 19/1967"), S. 82.
- 2) Vgl. Rat und Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bericht an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft. "Werner-Bericht" (endgültiger Text), Sonderbeilage zum Bulletin 11 - 1970 der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1970 (künftig zitiert als "Werner-Bericht"), S. 12 f. u. S. 20; ferner Walter Stock, Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Berlin 1972, S. 79 ff.; Hans-Eckart Scharer, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 91 f.; L. H. J. Crijns, Incomes Policies and European Economic Community, in: The Labour Market and Inflation, ed. by A. D. Smith, London - Melbourne - Toronto - New York 1968, S. 68 f.; Sieghardt Rometsch, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 98; ähnlich auch Hans-R. Krämer, Die Bemühungen der EWG um die Einrichtung einer Währungsunion, Kieler Diskussionsbeiträge zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen Nr. 6, Kiel 1970, S. 20. Überraschenderweise finden sich im Vorschlag des DGB für einen Stufenplan zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion in der EWG weder Hinweise auf lohn- und einkommenspolitische Prozesse im aufzubauenden Integrationsraum, noch Vorstellungen über mögliche Beteiligungsformen der Sozialpartner an der für diesen Raum (Fortsetzung S. 87)

stimmung der staatlichen Einkommenspolitik und damit auch der Lohnpolitik erforderlich, sowie die Berücksichtigung der Sozialpartner bei Festlegung und Durchführung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik in den Ländern der Wirtschaftsunion. Das Abstimmungsziel wäre bezüglich der Lohn-Einkommensseite:¹⁾

Festlegung aller Beteiligten auf allgemein akzeptierte Kriterien zur Bestimmung von Lohnhöhe und/oder deren Veränderung im Gebiet der Wirtschaftsunion.

Die Realisierung dieses lohnpolitischen Ziels einer Wirtschaftsunion erfordert die Lösung folgender beiden interdependenten Teilaufgaben:

- (a) Auffinden von geeigneten Kriterien zur Bestimmung von Lohnstruktur²⁾ und Lohnhöhe.
- (b) Auffinden von Konzepten für eine intrazonal abgestimmte Lohnpolitik.

durchzuführenden gemeinsamen Wirtschaftspolitik. (Siehe Deutscher Gewerkschaftsbund, Vorschlag für einen Stufenplan zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Dieter Gehrman u. Sabine Harmsen, Monetäre Integration in der EWG, Dokumente und Bibliographie, Hamburg 1972, S. 213 - 216.)

- 1) Als Lohn-Einkommen sind alle aufgrund von Einzel- und/oder Kollektivarbeitsbeiträgen (Tarifverträgen) bezahlten Entgelte an abhängig Beschäftigte anzusehen.
- 2) Diese ergibt sich aufgrund interpersoneller, beruflich bedingter, interregionaler, interindustrieller und interbetrieblicher Lohndifferenzen. (Vgl. Erwin Scheele, Gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik in der Marktwirtschaft, Düsseldorf 1969, S. 30 f.) Die Orientierung der Löhne an der jeweiligen Branchenproduktivität, die ebenfalls strukturierend wirkt, wird - wie in der Literatur üblich - zu den Bestimmungsfaktoren des Lohnniveaus gerechnet.

ad (a): Lohnpolitik für einen integrierten Wirtschaftsraum wird in vielen Veröffentlichungen zur Integrations-
theorie und zur Integrationspolitik als Teilbereich der
zu integrierenden bzw. zu "harmonisierenden" Sozialpoli-
tik betrachtet.¹⁾ In diesem Rahmen kommt von den für die
Fixierung einer intrazonal einheitlichen Lohnstruktur mög-
lichen Kriterien - z.B. jeweilige regionale Lebenshal-
tungskosten, persönliche Qualifikationen, gleicher Lohn
für gleiche Arbeit - nur letzterem praktische Bedeutung
zu. Dieses Kriterium ist - allerdings nur in bezug auf
die Angleichung von Männer- und Frauenlöhnen - eindeutig
und operational definiert und z.B. im EWG-Vertrag und in
der Europäischen Sozial-Charta kodifiziert.²⁾ Die For-
derung nach gleicher Entlohnung für männliche und weib-
liche Arbeitskräfte läßt sich jedoch aus dem - für alle
hier in Frage kommenden Volkswirtschaften gültigen - Prin-
zip der Gleichheit aller Staatsbürger herleiten. Es han-
delt sich demnach bei dieser lohnpolitischen Forderung

-
- 1) Vgl. z.B. das monatlich erscheinende Bulletin der Euro-
päischen Gemeinschaften, hrsg. v. Generalsekretariat der
Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel;
ferner den ebenfalls von dieser Kommission jährlich her-
ausgegebenen "Gesamtbericht über die Tätigkeit der Ge-
meinschaften", Brüssel-Luxemburg; vgl. auch Otto Bicken-
dorf, Die Harmonisierung ..., a.a.O., passim; Bela Balas-
sa, The Theory ..., a.a.O., S. 211 ff.; Elisabeth Lief-
mann-Keil, Ökonomische Theorie ..., a.a.O., S. 366 ff.;
Helmuth Meinhold, Soziale Aspekte der europäischen wirt-
schaftlichen Integration, in: SF, 6. Jg. (1957), S. 7.
- 2) Siehe Art. 119 des Vertrages zur Gründung der Europäi-
schen Wirtschaftsgemeinschaft, abgedruckt in: Hans-R.
Krämer, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, a.a.O.,
S. 141; Art. 4 Absatz 3 der Europäischen Sozial-Charta,
abgedruckt in: Schriftenreihe zum Handbuch für Europäi-
sche Wirtschaft, Bd. 26, Baden-Baden - Bonn (1962), S. 18
Der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gilt al-
so nicht allgemein, wie es Liefmann-Keil irrigerweise
im Zusammenhang mit Artikel 119 EWG-Vertrag unterstellt.
(Vgl. Elisabeth Liefmann-Keil, Ökonomische Theorie ...,
a.a.O., S. 376.)

nicht um ein spezifisches internationales Integrationsziel, sondern lediglich um die redundante Bekräftigung eines jeweils bereits national gültigen Ziels staatlicher Lohnpolitik. Andere Maßstäbe zur Errichtung einer einheitlichen Lohnstruktur in Wirtschaftsunionen finden in der gesichteten Integrationsliteratur kaum Beachtung.¹⁾

Im Gegensatz dazu wurden Kriterien zur Bestimmung der Lohnhöhe bzw. ihrer Veränderungen in einem integrierten Wirtschaftsraum eingehender diskutiert. Folgende Maßstäbe werden genannt:

- Außenhandelserfordernisse; PEN weist darauf hin, daß auch in einem integrierten Europa durch eine 'zu aggressive Lohnpolitik' Gefahren für den Devisenbestand eines beteiligten Landes und für die 'reibungslose Finanzierung seiner Einfuhr' entstehen könnten.²⁾ Da solche monetären Außenhandelsprobleme zwischen den Ländern einer Wirtschaftsunion ex definitione nicht existieren können, entfällt jede weitere Diskussion

1) Vgl. stellvertretend für die pauschale Behandlung dieses Problemkreises in der Literatur Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 75. Nur PEN befaßt sich mit Problemen der Lohnstruktur in einem integrierten Wirtschaftsraum. Er lehnt die Anwendung des Kriteriums "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" generell ab; neben der Art der Arbeit müßte nach seiner Meinung auch die lokale Arbeitsproduktivität berücksichtigt werden, da es sonst zu lokaler Unterbezahlung bzw. zu lokalem Beschäftigungsrückgang komme. (Vgl. Jan Pen, Europäische Lohnpolitik, in: GMH, 14. Jg. (1963), S. 582 f.)

An anderer Stelle verweist er auf die Arbeitsbewertung als Instrument zur intrazonalen Vereinheitlichung der Lohnstruktur, räumt ihr aber zugleich keine Realisierungschancen ein. (Vgl. ders., Tarifautonomie in einem integrierten Europa, in: Die Autonomie der Gewerkschaften in einem integrierten Europa, Zwölftes Europäisches Gespräch in der Engelsburg Recklinghausen, hrsg. v. H. Beykirch u. H. Küppers, Köln - Deutz 1964, S. 120.)

2) Vgl. ders., Europäische Lohnpolitik, a.a.O., S. 583 f.

dieses Kriteriums zur intrazonalen Orientierung der Lohnhöhe.¹⁾

- Grenzproduktivität des Faktors Arbeit; nach BYÉ bestehen bei teilweiser intrazonaler Spezialisierung und bei Immobilität der Arbeitskräfte im Integrationsraum "sehr starke Lohnausgleichstendenzen".²⁾ Die Gültigkeit dieser aus dem Theorem des internationalen Ausgleichs der Faktorpreise hergeleiteten Aussage muß jedoch bezweifelt werden, denn die dazu notwendigen Annahmen³⁾ sind in der Realität nicht vorzufinden.
- Gesamtwirtschaftliche bzw. Branchenproduktivitätsentwicklung; die Orientierung von Lohnerhöhungen am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs, die als die wichtigste und - implizit oder explizit - als die am häufigsten unterstellte Lohnregel gelten kann, wird meist auch für die Lohnbildung in Integrationsräumen vorgeschlagen.⁴⁾ Doch selbst der von manchen

-
- 1) Eine Lohnorientierung an der Außenhandelsentwicklung eines Wirtschaftsunionstraumes gegenüber Drittländern ist zwar theoretisch denkbar, ein Hinweis auf entsprechende Überlegungen konnte jedoch nicht gefunden werden.
 - 2) Maurice Byé, Erklärung, in: Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 160. Ähnlich kann auch die Aussage TINBERGENS interpretiert werden, daß "... in the third phase (der Integration, d. Verf.) equality of wage rates will be realized ..." (Jan Tinbergen, On the Theory ..., a.a.O., S. 148; vgl. auch ebenda, S. 145.)
 - 3) Vgl. dazu Klaus Rose, Theorie der Außenwirtschaft, a.a.O. S. 285 ff.
 - 4) Vgl. z.B. Hans-Eckart Scharrer, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 92; L. H. J. Crijns, Incomes Policies ..., a.a.O., S. 69; EWG-Studien 19/1967, S. 68; Bela Balassa, The Theory ..., a.a.O., S. 212; Jan Pen, Europäische Lohnpolitik, a.a.O., S. 583; Otto Bickendorf, Die Harmonisierung der ..., a.a.O., S. 88; Friedhelm Fabers, Internationale Lohnpolitik, in: Lohnpolitik und Lohn-technik heute, hrsg. v. H. Bayer, Berlin 1962, S. 254 f.; Rolf Sannwald u. Jacques Stohler, Wirtschaftliche Inte- (Fortsetzung S. 91)

Autoren ausdrücklich geübte Verzicht auf eine feste Koppelung zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung¹⁾ kann die schwerwiegenden methodischen Mängel und die statistischen Probleme des Produktivitätskriteriums²⁾ nicht überdecken und seine Anwendbarkeit rechtfertigen bzw. ermöglichen. Die Bedeutung der Produktivitätsregel für die einheitliche Bestimmung der Lohnhöhe in einem integrierten Wirtschaftsraum soll anhand der Aussagen eines diesen Themenkreis berührenden EWG-Gutachtens verdeutlicht werden. Obwohl in diesem Gutachten wesentliche Mängel der produktivitätsorientierten Lohnpolitik erkannt werden und die Expertengruppe daher "... zu keinem optimistischen Gesamturteil kommt, so möchte sie nicht mißverstanden werden. Selbstverständlich ist die jeweilige Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität eine der wichtigsten Richtlinien der Lohnpolitik. Durch sie werden zumindest auf mittlere und lange Sicht, für die Lohnentwicklung eindeutige Grenzen gesetzt."³⁾ Diese widersprüchliche und mit inhaltlich nicht bestimmten bzw. auch derzeit nicht bestimmaren

gration, a.a.O., S. 165; André Philip, Social Aspects ..., a.a.O., S. 251; Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 110.

Vgl. ferner die Hypothese, daß durch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik in den einzelnen Welthandelsländern Zahlungsbilanzungleichgewichte und damit auch weltweite Inflationstendenzen verhindert werden könnten. (Siehe BIZ, Siebenundzwanzigster Jahresbericht, 1. April 1956 - 31. März 1957, Basel 1957, S. 23.)

- 1) Vgl. Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 110 f.; Jan Pen, Europäische Lohnpolitik, a.a.O., S. 584.
- 2) Vgl. zur Kritik an der produktivitätsorientierten Lohnpolitik EWG-Studie 19/1967, S. 74 - 84; Eberhard R. Dall'Asta, Theorie der Lohnpolitik, Berlin 1971, S. 131 - 136 und die in diesem Abschnitt angegebene Literatur.
- 3) EWG-Studien 19/1967, S. 94.

Termini¹⁾ geführte Argumentation zeigt, daß der Forderung nach einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik in einer Wirtschaftsunion nur deklaratorische Bedeutung zukommt. Die Voraussetzungen zu ihrer Realisierung waren weder zum Zeitpunkt der zitierten Aussage gegeben, noch sind sie es heute.

- Konstanz der totalen Arbeitskosten; dieses Konzept strebt die intrazonale Nivellierung der gesamten Arbeitskosten - also der Lohnkosten und der Sozialkosten - pro Produktionseinheit an.²⁾ Damit wird der Spielraum für Lohnerhöhungen von der Veränderung des spezifischen Sozialaufwandes bestimmt.³⁾ Dies bedeutet eine von Gewerkschaftsseite nicht akzeptierbare Residualisierung der Lohnentwicklung und - bei konstanten Soziallasten - die praktisch nicht realisierbare Bindung von Lohnerhöhungen an die Produktivitätssteigerung. Es ergibt sich also, daß auch diesem Kriterium zur intrazonalen Lohnfindung keine integrationspolitische Bedeutung zukommt.

-
- 1) Es können unter realitätsnahen Prämissen weder die "Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität" methodisch und statistisch befriedigend festgestellt werden, noch sind unter den für die lohnpolitischen Prozesse getroffenen Annahmen die Begriffe "Richtlinien der Lohnpolitik", "mittlere und lange Sicht" und "eindeutige Grenzen" operational zu definieren.
 - 2) Vgl. Jan Pen, Tarifaautonomie ..., a.a.O., S. 117; Ursula Niemann, Lohn- und Sozialpolitik in der westeuropäischen Integration, in: WWI-M, X. Jg. (1957), S. 260; Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 45.
 - 3) Vgl. dazu Konzept und Kritik der "kostenniveauneutralen Lohnpolitik", bei dem - analog zum vorliegenden Konzept - die Entwicklung der spezifischen Kapitalkosten den Lohnerhöhungsspielraum bestimmt. (Siehe SVR, JG 1964/65: Stabiles Geld - stetiges Wachstum, Stuttgart - Mainz 1965, Ziff. 248, S. 136 ff.; Joachim Klaus, Die Konzertierte Aktion als Instrument der Neuen Wirtschaftspolitik, in: Neue Wege der Wirtschaftspolitik, SVSP, N.F. Bd. 67, Berlin 1972, S. 14 ff.)

- Existenz- und Reallohnsicherung; zur Durchsetzung dieser Kriterien werden zwei Forderungen erhoben:¹⁾ Einführung eines Mindestlohnes zur Sicherung eines minimalen Lebensstandards aller Arbeitnehmer in einer Wirtschaftsunion; Anpassung der Löhne an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Da der Verwirklichung dieser Forderungen keine methodischen und praktisch unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegenstehen, ist die Verwendung der oben genannten Kriterien im Rahmen einer Wirtschaftsunion möglich. Die lohnpolitische Relevanz beider Maßstäbe vermindert sich jedoch erheblich, wenn das intrazonale Lohnniveau über dem Existenzminimum liegt und Reallohnsicherung - die nicht mit dem Ziel "Aufrechterhaltung der Verteilungssituation" zu verwechseln ist - nur eines von mehreren Argumenten zur Begründung von Lohnforderungen darstellt.

ad (b): Konzepte für die Lohnpolitik in einer Wirtschaftsunion sind alle die Handlungsschematas, die den intrazonalen Einsatz von Kriterien zur Lohnbestimmung regeln. Möglich sind folgende Konzeptionen:

- Niveau- bzw. Strukturnivellierung; wird in allen Ländern der Wirtschaftsunion bei der Lohnbemessung streng nach einem einzigen Prinzip - z.B. "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" - verfahren, so ergibt sich sowohl ein einheitliches Lohnniveau als auch eine

1) Vgl. André Philip, Social Aspects ..., a.a.O., S. 251; Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 75.

einheitliche Lohnstruktur. Eine integrationspolitische Bedeutung dieses Konzepts ist jedoch nicht gegeben, da die von ihm geforderte bewußte Vernachlässigung regional und branchenweise unterschiedlicher Produktionsbedingungen erhebliche Realisierungsprobleme mit sich bringt;¹⁾ die durch diese Konzeption implizierte strikte Lohnniveau- und -strukturnivellierung wird daher auch nirgends gefordert.

- Zuwachs-Nivellierung; unter Verzicht auf die Beeinflussung der Lohnstruktur sollen bei diesem Konzept nur die Lohnsteigerungen intrazonal angeglichen werden. Da auch bei dieser Vorgehensweise regional und branchenspezifisch unterschiedliche Entwicklungen nicht Rechnung getragen wird und darüber hinaus zusätzliche Realisierungsprobleme auftauchen²⁾ kommt auch diesem Konzept geringe integrationspolitische Bedeutung zu. Auch SCHARRER, der seine Anwendung fordert, betont - allerdings mit Hinweis auf die national unterschiedliche Gewerkschaftsmentalität - die Undurchführbarkeit dieser Konzeption.³⁾

1) Vgl. dazu EWG-Studien 19/1967, S. 68 und S. 66 f.

2) Vgl. dazu EWG-Studien 19/1967, S. 68 und S. 64 ff. Problematisch sind auch folgende Durchsetzungsfragen:

- Soll die Lohnstruktur des Ausgangszeitpunktes fixiert werden (Problem: Wahl des geeigneten Zeitpunkts) oder bleibt die Lohnstruktur völlig uneinflußt (Problem: Herbeiführen von unterschiedlichen Zuwachsraten des Lohnniveaus über Änderungen der Lohnstruktur)?
- Sollen die Zuwachsraten absolut gleich sein (Problem: Veränderungen der Lohnstruktur) oder erfolgt ein prozentual gleicher Aufschlag (Problem: Vergrößerung der absoluten Unterschiede zwischen den einzelnen Löhnen)?

3) Vgl. Hans-Eckart Scharrer, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 92.

- Maximumanpassung; von Gewerkschaftsseite aber auch von den Wirtschaftsunionisländern mit dem höchsten Lohnniveau wird als Konzept für eine intrazonale Lohnpolitik die Anpassung der Löhne in den einzelnen Wirtschaftsunionisländern an das jeweils höchste Lohnniveau gefordert.¹⁾ Auch auf dieses Verfahren trifft - ebenso wie auf die beiden vorherigen - der Vorwurf der Undifferenziertheit zu. Es kommt daher als staatlicherseits akzeptiertes Konzept nicht in Betracht.
- Angleichung der Maßstäbe und ihrer Anwendung; im Zuge dieses auch als "Harmonisierung" der Lohnpolitik bezeichneten Vorgehens sollen in den Ländern einer Wirtschaftsunion Lohnniveau und -struktur an einheitlichen - den jeweiligen wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechenden - Kriterien ausgerichtet werden.²⁾ Dies müßte durch Einigung auf einen - ähnlich der von der Fiskalpolitik her bekannten formula flexibility - bestimmten Maßnahmenkatalog erfolgen. Die Realisierungschancen dieser Konzeption sind aufgrund der Einsatzmöglichkeit unterschiedlicher Lohnfindungskriterien am größten im Vergleich zu den bisher behandelten Verfahren. Es ergibt sich allerdings die Gefahr, daß durch Ausarbeitung eines sehr differenzierten Maßnahmen- und Einsatzkatalogs

1) Vgl. Jan Pen, Tarifautonomie ..., a.a.O., S. 115; Karl Casserini, Internationale Lohnpolitik, in: Lohnpolitik und Lohntechnik heute, hrsg. v. H. Bayer, Berlin 1962, S. 276 f.; analog dazu wird auch die Anpassung an das intrazonal fortschrittlichste Tarifrecht gefordert. (Vgl. Peter Peschel, Die Lage der Arbeitnehmer in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft DGB-VHS: Arbeit und Leben, München 1964, S. 62 f.)

2) Vgl. EWG-Studien 19/1967, S. 68 f.

zur Lohnpolitik de facto der "nicht harmonisierte" status quo erhalten wird, also alle bisher üblichen Richtlinien und Verfahren der Lohnfindung weiter in den einzelnen Ländern der Wirtschaftsunion Anwendung finden.

Für die Beeinflussung der Nichtlohn-Einkommen, die sowohl aus Effizienz- wie auch aus Symmetriegründen erforderlich ist,¹⁾ müßte gelten:

Direkte und einheitliche Festsetzung zulässiger Nichtlohn-Einkommensmargen bzw. -summen; hilfsweise käme auch eine indirekte Beeinflussung der Nichtlohn-Einkommen in der Wirtschaftsunion in Betracht.

Gegenstand der Nichtlohn-Einkommenspolitik sind die²⁾

- Einkommen aus selbständiger Tätigkeit (persönliche Einkommen aus Unternehmen, Einkommen von Einzelunternehmern und Personalgesellschaften, Einkommen Selbständiger),
- unverteilte Gesellschaftsgewinne,
- persönliche Einkommen aus Besitz (Nettomieten, Pachten, Zinsen, Dividenden).

1) Die Wirksamkeit einkommenspolitischer Maßnahmen ist in Frage gestellt, wenn nur die Lohn-Einkommen beeinflusst werden, und sich die Höhe aller übrigen Einkommensarten weiter autonom entwickeln kann. Mit einer - aufgrund der unterstellten Tarifautonomie - nur auf freiwilliger Basis möglichen Mitarbeit der Gewerkschaftsseite bei einkommenspolitischen Maßnahmen kann nur dann gerechnet werden, wenn auch die Beeinflussung der Einkommen aller übrigen gesellschaftlichen Gruppen sichergestellt ist. (Vgl. Joachim Klaus u. Manfred Gömmel, Realisierungsprobleme der Einkommenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: C-JbFSW, 11. Bd. (1972), S. 81 f.)

2) Vgl. OECD, Die Grundlagen einer Politik ..., a.a.O., S. 91.

Die Einflußnahme auf diese Einkommenskategorien kann direkt - über entsprechende Besteuerungssysteme¹⁾ oder Vorschriften - oder indirekt - über preis- und wettbewerbspolitische Maßnahmen - erfolgen. Es ist offensichtlich, daß diese Beeinflussungsprozesse nicht unmittelbar Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitsmarktparteien sind. Die intrazonale Abstimmung der Nichtlohn-Einkommenspolitik wird also nicht mehr von der gegebenen Fragestellung abgedeckt.

cb) Voraussetzungen einer intrazonal
abgestimmten Lohnpolitik

Im Gegensatz zur Finanz-, Geld- und Außenwährungspolitik sind bei der Lohnpolitik die Arbeitsmarktparteien unmittelbar Gegenstand der staatlichen Aktivitäten. Daher sind neben den Zielen einer staatlichen Lohnpolitik auch die Voraussetzungen aufzuzeigen, die für eine effiziente Durchsetzung einer intrazonal abgestimmten Beeinflussung der Lohnbildung als unabdingbar betrachtet werden.

Für alle Länder der Wirtschaftsunion wird - aufbauend auf die in Verbindung mit der Arbeitskräftemobilität geforderten Abstimmung - eine Vereinheitlichung folgender gesetzlich geregelter Bereiche vorausgesetzt:²⁾

1) Vgl. Emilio Gerelli, Profits Taxation as an Instrument of Incomes Policy, in: Probleme der Einkommenspolitik, a.a.O., S. 111 ff.

2) Vgl. auch R. Colin Beever, European Unity and the Trade Union Movements, Leyden 1960, S. 48.

- (a) hoheitliche Regelung der wichtigsten Arbeitsmarktaktivitäten der Sozialpartner,
- (b) Möglichkeiten zu fallweisen staatlichen Eingriffen in den Lohnbildungssektor.

ad (a): Als wichtige zu vereinheitlichende Gebiete im Bereich der Arbeitsmarktparteien sind Koalitions-, Arbeitskampf- und Tarifrecht sowie Schlichtungswesen zu nennen.

Die aus Gründen der intrazonalen Vergleichbarkeit notwendige Vereinheitlichung des Koalitionsrechts wirkt bezüglich des Rechts des einzelnen, zur Wahrung und Förderung seiner Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden und ihnen anzugehören,¹⁾ keine Abstimmungsprobleme auf. Selbst wenn diese positive Koalitionsfreiheit in den einzelnen Wirtschaftsunionenländern nicht expressis verbis kodifiziert ist, so kann sie doch aufgrund der der Untersuchung vorangestellten Voraussetzungen für wirtschaftliche Integrationsprozesse de facto als gegeben betrachtet werden. Im Gegensatz dazu ist die negative Koalitionsfreiheit - die Möglichkeit des einzelnen, jeder Koalition fernzubleiben²⁾ - intrazonal nicht ohne weiteres zu unterstellen. Es ist zu be-

-
- 1) Vgl. dazu Thilo Ramm, Koalitionsrecht, in: HdSW, Bd. 6 (1959), S. 28 ff; Oswald von Nell-Breuning, Koalitionsfreiheit, in: StL, Bd. 4 (1959), Sp. 1106 ff.
 - 2) BIEDENKOPF zählt - in einer weiteren Auslegung - auch die Ausdehnung vertraglicher Normensetzung auf Nichtmitglieder von Koalitionen zur negativen Koalitionsfreiheit. (Vgl. Kurt H. Biedenkopf, Grenzen der Tarifautonomie, Karlsruhe 1964, S. 93.)

rücksichtigen, daß von bestehenden Koalitionen - vor allem seitens der Gewerkschaften - versucht wird, den Beitritt von Nichtorganisierten (Außenseitern) herbeizuführen. Die zu diesem Zweck dienenden "closed shop" - und/oder "union shop" - Tarifvertragsklauseln bedeuten für nicht-organisierte Arbeitnehmer einen mittelbaren gewerkschaftlichen Organisationszwang und damit eine Beeinträchtigung ihrer freien Arbeitsplatzwahl. Die Klauseln stehen also im Widerspruch zu den angestrebten Integrationszielen. In gleicher Weise integrationsfeindlich ist die tarifrechtlich zulässige Privilegierung organisierter Arbeitnehmer durch zusätzliche, arbeitsvertraglich fixierte Leistungen gegenüber Außenseitern einzustufen.

Ohne die Vereinheitlichung der rechtlich zulässigen Austragungsformen von Arbeitskämpfen sieht sich eine intrazonal abgestimmte Lohnpolitik ungleich privilegierten Adressaten gegenüber. Streik und Aussperrung als wichtigste Mittel des kollektiven Arbeitskampfes¹⁾ müssen als einheitlich kodifizierte Rechtsinstitute in allen Wirtschaftsunionenländern verankert sein. Besonders von Bedeutung sind die Kriterien für die Rechtmäßigkeit eines Streiks - z.B. Bindung an die Ausrufung durch formelle Gruppen, an die erfolgte vollständige Ausschöpfung aller Möglichkeiten, sich kampfflos zu eini-

1) Vgl. dazu Theodor Tomandl, Streik und Aussperrung als Mittel des Arbeitskampfes, Wien - New York 1965; ferner Peter Lerche, Verfassungsrechtliche Zentralfragen des Arbeitskampfes, Bad Homburg v.d.H. - Berlin - Zürich 1968, S. 23 ff.

gen, an vorgeschaltete geheime Urabstimmungen, an faire Kampfführung, u.ä.¹⁾ - und an seine Zulässigkeit für bestimmte Sektoren - z.B. öffentlicher Dienst oder Ärzteschaft.

Um die Gleichartigkeit der Adressaten einer intrazonal abgestimmten Lohnpolitik und die Vergleichbarkeit der jeweils geschlossenen Tarifverträge zu gewährleisten, bedarf es eines einheitlichen Tarifrechts im Gebiet der Wirtschaftsunion.²⁾ Die wichtigsten Regelungen beziehen sich hierbei auf die Tariffähigkeit der Arbeitsmarktparteien,³⁾ auf die Tarifhoheit, - das Recht, innerhalb eines bestimmten rechtlichen Freiheitsraumes die Arbeitsverhältnisse mittels Tarifverträgen zu regeln (Tarifautonomie)⁴⁾ - und auf die Grenzen der Tarifautonomie - die Gemeinwohlbindung.⁵⁾

-
- 1) Für die Bundesrepublik wird z.B. die Forderung nach der "Sozialadäquanz" eines Arbeitskampfes aufgestellt, die anhand von acht Prinzipien zu beurteilen ist. (Vgl. Alfred Hueck und Hans Carl Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts, 2. Bd. Berlin - Frankfurt/Main 1957, S. 651 ff.)
 - 2) Vgl. dazu z.B. die Gegenüberstellung des Tarifvertragsrechts in den einzelnen EWG-Ländern in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Recht und Praxis der Tarifverträge in den sechs Ländern der EWG, Sammlung Studien, Reihe Sozialpolitik, Nr. 6, Brüssel 1963, S. 11 ff.
 - 3) Vgl. zu den Merkmalen der Tariffähigkeit Alfred Hueck u. Hans Carl Nipperdey, Lehrbuch des Arbeitsrechts, a.a.O., S. 289 ff.; Hans Carl Nipperdey, Tarifvertrag, in: HdSW, Bd. 10 (1959), S. 288; Hans Reichel u. Otfried Wlotzke, Tarifvertragswesen und Tarifrecht, in: Sozialpolitik in Deutschland, Heft 19 (1961), S. 4.
 - 4) Vgl. Wilhelm Reuss, Die Stellung des kollektiven autonomen Arbeitsrechts im Rechtssystem, in: AuR, 6. Jg. (1958), Nr. 11, S. 324; Oswald von Nell-Breuning, Koalitionsfreiheit, a.a.O., Sp. 1108 f; Werner Weber, Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie als Verfassungsproblem, Berlin 1965, S. 7.
 - 5) Vgl. dazu Werner Weber, Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie ..., a.a.O., S. 26.

Die vierte wesentliche Voraussetzung einer intrazonal abgestimmten Lohnpolitik ist die Vereinheitlichung des Schlichtungswesens, da sonst bereits aus prozeduralen Gründen unterschiedlich lange und heftige Arbeitsmarktkonflikte innerhalb einer Wirtschaftsunion möglich sind. Als 'Schlichtung' gelten vor allem die Prozeduren, die zwischen dem Abbruch von ergebnislosen Tarifverhandlungen und dem Ergreifen von Kampfmaßnahmen eingeleitet werden.¹⁾ Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang eine intrazonal einheitliche Regelung darüber, ob die Parteien den in der Regel unter Hinzuziehung Dritter zustandekommenden Schlichtungsvorschlag ablehnen können, oder bei Existenz bestimmter Bedingungen²⁾ annehmen müssen.

ad (b): Neben den die Arbeitsmarktaktivitäten der Sozialpartner regulierenden Gesetzesnormen ist zur Durchführung einer gemeinsamen Lohnpolitik in den Ländern einer Wirtschaftsunion auch die Angleichung folgender staatlicher Eingriffsmöglichkeiten³⁾ im Arbeitsmarktprozess notwendig:

-
- 1) Darunter fallen also nur Hilfeleistungen zur Beendigung von Kollektivstreitigkeiten (Interessenkonflikten), jedoch nicht die zur Beilegung von Auseinandersetzungen über die Auslegung bereits bestehender Tarifverträge (Rechtskonflikte) erforderlichen Maßnahmen. (Vgl. Gerhard Erdmann, Schlichtung, in: StL, Bd. 6 (1961), Sp. 1138; Hansjörg Weitbrecht, Effektivität und Legitimität der Tarifautonomie, Berlin 1969, S.192 f.; ferner Benjamin Aaron (Ed.), Labor Courts and Grievance Settlement in Western Europe, Berkeley - Los Angeles - London 1971.)
 - 2) Diese können z.B. im Kräfteverhältnis in den Schlichtungsgremien, in der Art der Beteiligten (neben Tarifpartnern staatliche Instanzen und/oder unabhängige Dritte) und in der der Beschlußfassung bestehen.
 - 3) Die im folgenden genannten Eingriffsmöglichkeiten stellen - im Gegensatz zur staatlichen Einkommenspolitik - nicht auf eine direkte Beeinflussung von Höhe und Struktur der Lohn-Einkommen ab.

- Streikverbote und Dienstverpflichtungen auf Arbeitnehmerseite zur zwangsweisen Aufrechterhaltung des Arbeitsangebotes;
- Aussperrungsverbote zur zwangsweisen Aufrechterhaltung der Nachfrage nach Arbeitskräften auf Arbeitgeberseite; ferner ist auch die zeitweise Übernahme der gesamten unternehmerischen Verantwortung durch den Staat möglich ("seizure").¹⁾
- Zwangsschlichtung zur Beendigung von schwebenden Arbeitsmarktkonflikten; die zuständigen staatlichen Instanzen fällen entweder selbst eine bindende Entscheidung oder erklären einen von anderer Seite vorgebrachten, von den Parteien aber nicht angenommenen Schiedsspruch für verbindlich.²⁾ Dagegengerichtete Arbeitskämpfe dürfen nicht zulässig sein.
- Zwangseingriffe bezüglich der Lohnhöhe;³⁾ diese legen als Lohnstopp die von den Arbeitsmarktparteien ausgehandelten Löhne als Obergrenze fest oder sie fixieren diese vorgegebene Lohnhöhe und lassen damit auch keine Abweichungen nach unten zu. Beim Lohndiktat zwingen die zuständigen staatlichen Instanzen den Tarifpartnern autonom bestimmte Löhne auf.

1) Vgl. dazu Gordon F. Bloom a. Herbert R. Northrup, *Economics of Labor Relations*, Homewood 1965, S. 817; Richard A. Lester, *Economics of Labor*, New York - London 1964, S. 483 f.; Lloyd G. Reynolds, *Labor Economics and Labor Relations*, Englewood Cliffs 1964, S. 290.

2) Vgl. Werner Weber, *Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie ...*, a.a.O., S. 44; Alfred Kuhn, *Labor Institutions and Economics*, New York - Chicago - San Francisco - Atlanta 1967, S. 144 ff.; Richard A. Lester, *Economics of Labor*, a.a.O., S. 484 ff.

3) Vgl. dazu auch Urs Lendi, *Stabilitäts- und wachstumsorientierte Einkommenspolitik und ihre Ergänzung durch die kurz- und längerfristige allgemeine Wirtschaftspolitik*, Zürich - St. Gallen 1969, S. 245; Erich Arndt, *Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik*, Tübingen 1957, S. 115.

Alle diese präventiv oder reaktiv angelegten Eingriffe in Auseinandersetzungen auf dem Arbeitsmarkt können - mit Hinweis auf die staatliche Verantwortung für das Gesamtwohl¹⁾ - in gesamtwirtschaftlichen Ausnahmesituationen (Wiederaufbauphasen, extreme Ungleichgewichtszustände, innere und äußere Notstände) gerechtfertigt werden. Es ist jedoch zu prüfen, ob die zur Herstellung intrazonal gleicher Rahmenbedingungen als erforderlich betrachtete Vereinheitlichung der oben genannten Zwangsmaßnahmen de facto durchführbar ist. Selbst bei Einigung aller Wirtschaftsunionen auf bestimmte - die Anwendung der verschiedenen Eingriffsmöglichkeiten regelnde - Kriterien verbleiben erhebliche Entscheidungsspielräume hinsichtlich der Feststellung einer gesamtwirtschaftlichen Ausnahmesituation und Art und Umfang des Mitteleinsatzes.

2. Realisierungsprobleme von Wirtschaftsunionen bei dysfunktionalem Wirken der Sozialpartner

Die spezielle Datenkonstellation, aus der sich die zu diskutierenden Realisierungsprobleme von Wirtschaftsunionen ergeben, wird anhand folgender Überlegungen deutlich:

1) Vgl. Erich Arndt, Sozialpolitik und Lohnpolitik, in: Sozialpolitik und Sozialreform, hrsg. v. E. Boettcher, Tübingen 1957, S. 272; Jules Backman, Wage Determination, Toronto - New York - London 1959, S. 303.

Bei vollständiger wirtschaftlicher und damit auch politischer Integration herrschen Binnenmarktverhältnisse im Integrationsraum. Daher unterscheiden sich die Beeinträchtigungen staatlicher Maßnahmen der Wirtschaftspolitik durch Aktionen der Sozialpartner nicht von denen bisher innerhalb einer Volkswirtschaft bekannten Störmöglichkeiten. Die Analyse dieser Beeinträchtigungen unter internationalen Integrationsaspekten ist dann nicht mehr berechtigt.

Die Unterstellung einer solchen vollständigen Integrationssituation ist jedoch beim derzeitigen Stand der internationalen Beziehungen nicht realistisch.¹⁾ Analysegegenstand ist daher das als realisierbar betrachtete "Primärstadium" einer Wirtschaftsunion,²⁾ das freie Güter- und Faktormobilität garantiert und zur Abstimmung der staatlichen Wirtschaftspolitik aller beteiligten Länder verpflichtet. Die jeweiligen wirtschaftspolitisch relevanten Charakteristika - vor allem im Bereich der Sozialpartner - bleiben jedoch weiter bestehen und sind Ursache für die zu betrachtenden Konfliktmöglichkeiten.

Auf eine zeitliche Spezifizierung dieser Konterkarierungseffekte - etwa analog zu der von der Geldpolitik her bekannten lag-Einteilung - wird bewußt verzichtet. Dies erscheint gerechtfertigt, da die Erkenntnisse über diese Störungen durch die Arbeitsmarktparteien weder theoretisch ausreichend gesichert, noch empirisch getestet sind.

1) Vgl. auch Hans-R. Krämer, Wirtschaftliche und rechtliche Probleme ..., a.a.O., S. 126.

2) Vgl. auch Sieghardt Rometsch, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 54.

a) Störungen der intrazonalen Geld-,
Kredit- und Außenwährungspolitik

aa) Wirkungsminderungen bei geld-
und kreditpolitischen Maß-
nahmen

Aufgabe dieses Abschnitts ist eine Untersuchung der Instrumente, Verhaltensweisen und intrazonalen Übertragungsmechanismen, mit denen die Sozialpartner eine einheitliche Entwicklung der strategischen Faktoren der Geldpolitik in einer Wirtschaftsunion verhindern können.¹⁾

- Eine diesbezügliche Störmöglichkeit ist gegeben, wenn
- die nationalen geld- und kreditpolitischen Instanzen ihre Diskont-, Offenmarkt- und Mindestreservepolitik sowie ihre sonstigen direkten Eingriffsmöglichkeiten intrazonal koordiniert einsetzen, um eine bestimmte Zinshöhe, Geldmenge oder Liquiditätssituation zu realisieren, und
 - die Sozialpartner in den einzelnen Ländern im Zuge der Durchsetzung ihrer lohnpolitischen Ziele - beabsichtigt oder unbeabsichtigt - darauf hinwirken, die Erzielung der angestrebten Werte der strategischen Faktoren der Geldpolitik zu verhindern.²⁾

1) Auf Geld- und Kapitalbewegungen zwischen Mitgliedern einer Wirtschaftsunion und Drittländern, von denen bei Konvertibilität und festen Wechselkursen erhebliche Störwirkungen ausgehen können, wird aufgrund der auf intrazonale Prozesse abgestellten Themenvorgabe nicht eingegangen.

2) Den Werten der strategischen Faktoren kann in der jeweiligen Zielfunktion der Sozialpartner unterschiedliches Gewicht beigemessen werden. So können die Arbeitnehmer stark an einem gesamtwirtschaftlich niedrigem Zinsniveau interessiert sein, um "arbeitslose" Zinseinkommen gering zu halten (vgl. dazu auch den Hinweis bei Ernst Dürr, Prozeßpolitik, a.a.O., S. 237); die Arbeitgeberseite dürfte dagegen bei überwälzbarer Zinskostenbelastung aber angespannter Finanzlage der Unter-
(Fortsetzung S. 106)

Aufgrund dieser Konstellation ergibt sich folgende konkrete Fragestellung:

Wie und mit welchem Erfolg kann die expansive bzw. kontraktive Beeinflussung von strategischen Faktoren der Geldpolitik in einer Wirtschaftsunion durch

- (a) Arbeitnehmer- bzw. Gewerkschaftsseite,
- (b) Unternehmer- bzw. Arbeitgeberverbandseite¹⁾

beeinträchtigt oder sogar vereitelt werden?

Die Beantwortung dieser Frage erfolgt in der Weise, daß zunächst die jeweils im nationalen Bereich möglichen Störaktivitäten kurz dargestellt werden. Im Anschluß daran ist zu prüfen, ob beim Auftreten derartiger Aktivitäten in einem Wirtschaftsuniionsland damit zu rechnen ist, daß dann auch in den übrigen Mitgliedsstaaten Störwirkungen bzw. ein entsprechendes Störverhalten initiiert werden.

nehmungen viel mehr an einer ausreichenden gesamtwirtschaftlichen Liquiditätssituation liegen. (Vgl. z.B. Hans-Jürgen Falk, Die gesamtwirtschaftliche Orientierung privater Investitionen in der global gesteuerten Marktwirtschaft, Diss. Nürnberg 1970, S. 58 f.)

- 1) Im Gegensatz zu den Gewerkschaften, die hauptsächlich die Arbeitnehmerrolle ihrer Mitglieder vertreten (sollen), kann die Arbeitgeberseite nicht nur in der Rolle des Tarifvertragspartners als repräsentiert betrachtet werden. Zumindest ihre Rolle als Investor - und damit als Nachfrager nach Arbeit und Kapital - ist in die Analyse mit einzubeziehen, um die Interdependenz zwischen diesen beiden Entscheidungsbereichen zu berücksichtigen. Diesem Tatbestand ist hinsichtlich der verbandlichen Repräsentation dann Rechnung getragen, wenn die Arbeitgeber- und Investorinteressen von einem einzigen Verband vertreten werden. Im Fall der BRD weist z.B. die Existenz der BDA und des BDI auf eine verbandlich getrennte Interessenrepräsentation hin.

ad (a): Der Zins als strategischer Faktor einer intrazonal abgestimmten Geldpolitik tritt als Geld- und Kapitalmarktzins in Erscheinung, wobei ersterer auch die Soll- und Habenzinsen der Banken im Verkehr mit dem Publikum umfaßt.¹⁾ Die geldpolitischen Beeinflussungsmöglichkeit dieser Zinsarten hängt zum einen davon ab, in welchem Ausmaß ihre Höhe an die des jeweiligen Diskontsatzes²⁾ gebunden ist;³⁾ im Rahmen einer Wirtschaftsunion kann zwar ein einheitlich festgelegter Diskontsatz unterstellt werden,⁴⁾ nicht aber eine intrazonal einheitliche Bindung aller übrigen Zinssätze

1) Vgl. Ernst Dürr, Prozeßpolitik, a.a.O., S. 217.

2) Vgl. zur Definition und zu den Wirkungen der Diskontpolitik, Günter Schmolders, Geldpolitik, Tübingen - Zürich 1968, S. 246 ff.; Otto Pfleiderer, Diskontpolitik, in: HdSW, Bd. 2, (1959), S. 614 ff.; Otto Bachmann, Entwicklung und Stand der Notenbankpolitik in den Ländern des Gemeinsamen Marktes und Möglichkeiten einer zukünftigen Gestaltung, Diss. Freiburg/Schweiz 1968, S. 22 ff.; Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Die währungspolitischen Instrumentarien in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1962, S. 30 ff.

3) Eine modelltheoretische Analyse dieses Zusammenhangs findet sich bei Peter Bernholz, Die Reaktionen der Banken auf Maßnahmen der Zentralbank und ihre Auswirkungen auf Geld- und Kreditmärkte, in: Studien zur Geldtheorie und monetäre Ökonometrie, hrsg. v. G. Bombach, SVSP, N.F. Bd. 66, Berlin 1972, S. 76 f.

4) Diese Annahme erscheint deshalb berechtigt, weil alle in Frage kommenden Notenbanken über dieses "klassische" geldpolitische Instrument verfügen, und für seine Handhabung jeweils nur eine einzige nationale Instanz notwendig ist. (Vgl. dazu International Information Centre for Local Credit (Ed.), Economic Policy in Practice, The Hague, 1968, S. 17 f.; Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Die währungspolitischen Instrumentarien ..., a.a.O., S. 30 ff.)

an ihn.¹⁾ Die Möglichkeiten der Zinsbeeinflussung sind aber auch von der Offenmarktpolitik abhängig.²⁾ Selbst wenn dieses geldpolitische Instrument intrazonal einheitlich ausgestaltet und eingesetzt wird, so hängt seine Wirksamkeit - abgesehen von der instrumentellen Ausstattung und von den Einsatzbedingungen³⁾ entscheidend vom Verhalten der An- bzw. Verkäufer der Offenmarktpapiere ab. Der aufgrund der indirekten Wirkungen von Diskont- und Offenmarktpolitik gegebene Handlungsspielraum ermöglicht einen störenden Einfluß von seiten der Sozialpartner, der nun unter dem Aspekt der intrazonalen Übertragungsmechanismen zu konkretisieren ist.

Besteht z.B. in einem Wirtschaftsuniionsland auf Arbeitnehmerseite bei intrazonal vorgenommenen Diskont- und damit Sparzinssenkungen weiter ein Interesse an den ursprünglich hohen Sparzinsen, oder aber bei Diskonterhöhungen aus o.g. Gründen⁴⁾ an niedrigen Kapitalmarktzinsen, so ergibt sich die Frage nach den Durchsetzungsmöglichkeiten dieser Ziele mit Hilfe der

-
- 1) Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß der Einsatz des gleichen Instruments in den einzelnen beteiligten Ländern unterschiedliche Wirkungen haben kann. (Vgl. Otmar Emminger, Die Rolle der Geldpolitik in einer koordinierten Europäischen Konjunkturpolitik, in: Währungspolitik im Wandel der Zeit, hrsg. v. J. Abs u.a., Frankfurt/Main 1966, S. 120 f.)
 - 2) Offenmarktpolitik wirkt zwar auch auf die gesamtwirtschaftliche Liquiditätssituation, sie ist aber - vor allem aufgrund der zu unterstellenden Elastizität des Geldsystems - in erster Linie Zinspolitik. (Vgl. Otto Pfleiderer, Offenmarktpolitik, in: HdSW, Bd. 8 (1964), S. 81; ferner auch Hans-Jürgen Falk, Die gesamtwirtschaftliche Orientierung ..., a.a.O., S. 96.)
 - 3) Vgl. dazu Alfred Bosch, Offenmarktpolitik, in: StL, Bd. 5 (1960), Sp. 1158 f.
 - 4) Siehe Fußnote 2, Seite 105.

gewerkschaftlichen Aktionsparameter Lohnhöhe und Arbeitsangebot.

Die expansive Beeinflussung des Zinsniveaus und damit auch der Sparzinsen mittels Forderungen nach Lohnerhöhungen ist bei gesamtwirtschaftlicher Gültigkeit folgender Prämissen möglich:

- Existenz eines bestimmten Substitutionsverhaltens der Unternehmer; der Wert der dieses Verhalten kennzeichnenden Substitutionselastizität¹⁾ muß kleiner als null sein, d.h., die Unternehmerseite wird auf gewerkschaftliche Lohnerhöhungsforderungen mit Substitution von Arbeitskräften durch Kapital reagieren.
- Finanzierung der durch das Substitutionsverhalten notwendig werdenden Investitionen über Geld- und Kapitalmarktmittel; die Selbstfinanzierungsfähigkeit der Unternehmungen muß also insgesamt gering sein.
- Spürbare Zinserhöhungen auf den Geld- und Kapitalmärkten bei steigender Nachfrage nach Finanzierungsmitteln; damit wird ein relativ unelastisches Geldversorgungssystem unterstellt.
- Parallelentwicklung zwischen Geld- und Kapitalzinsniveau einerseits und den Sparzinsen andererseits; die Leitzinseigenschaften des Diskontsatzes werden demnach nicht nur für den Geld- und Kapitalmarkt ausgeschaltet, sondern auch für die Bestimmung der Sparzinsen.

1) Vgl. zur Darstellung der Substitutionselastizität Helmut Frisch, Die CES-Funktion, in: ZfN, Bd. XXIV (1964), S. 419 ff.

Bezüglich des den Unternehmern unterstellten Substitutionsverhaltens zeigt sich, daß es - im Hinblick auf den damit einhergehenden Produktivitätssteigerungseffekt - als Reaktionshypothese den gewerkschaftlichen Lohnforderungen zugrundeliegen kann.¹⁾ Die gewünschte expansive - also zinssteigernde - Wirkung ist aber auch davon abhängig, ob die Gewerkschaften in erforderlichem Umfang - gesamtwirtschaftlich oder auf Branchenebene - Lohnforderungen durchsetzen können, und ob sie zugleich einen dann möglichen Beschäftigungsrückgang²⁾ in Kauf nehmen.

Sollten die beiden letztgenannten Bedingungen zutreffen und die gewerkschaftlichen Lohnforderungen tatsächlich am Substitutionsverhalten der Unternehmer orientierbar sein, so wäre die erste der oben angeführten Prämissen erfüllt. Ebenso kann für die übrigen drei jeweils eine räumlich und zeitlich begrenzte Gültigkeit nicht ausgeschlossen werden.

-
- 1) Vgl. z.B. Adolf Sturmthal, Der Einfluß der Lohnpolitik auf Produktivität und Preisniveau, WWI-Studie zur Wirtschaftsforschung Nr. 8, Köln 1963, S. 29 ff; ähnlich auch Viktor Agartz, Expansive Lohnpolitik, in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln, 6. Jg. (1953), S. 245 ff.
 - 2) Zur zumindest kurzfristigen Freisetzung von Arbeitskräften kommt es dann, wenn aufgrund der durchgesetzten Lohnerhöhungen
 - Grenzbetriebe ihre Produktion einstellen,
 - der Auslastungsgrad in den Unternehmungen reduziert wird, also die Substitutionselastizität zwischen 0 und -1 liegt,
 - ein so hoher Kapitaleinsatz erfolgt, daß es sogar bei geringerem Arbeitseinsatz zu steigendem Ausstoß kommt, also die Substitutionselastizität kleiner als -1 ist.

Nichts berechtigt allerdings zur Annahme, daß die gleichzeitige und friktionsfreie Realisierung aller vier Prämissen in einem Umfang unterstellt werden kann, der den Gewerkschaften in einem Wirtschafts-unionsland eine expansive Beeinflussung der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen und damit auch intrazonal angestrebten Sparzinsentwicklung gestattet. Damit entfällt die Grundbedingung für das Wirksamwerden eines intrazonalen Übertragungsmechanismus von entsprechenden Störungsmöglichkeiten.

Diese Feststellung gilt auch im Hinblick auf die kontraktive Beeinflussung des Zinsniveaus einer Wirtschaftsunion durch den Einsatz der gewerkschaftlichen Aktionsparameter Lohnhöhe und Arbeitsangebot. Für die Verwirklichung dieses Gewerkschaftsziels konnten bereits im nationalen Bereich keine geeigneten Ansatzpunkte gefunden werden.

Insgesamt ergibt sich also für die Diskontpolitik im Rahmen einer Wirtschaftsunion, daß von Gewerkschaftsseite die Wirkungen einer intrazonal einheitlich vorgenommenen Diskontsatzveränderung auf die Höhe der übrigen Zinssätze nicht verhindert bzw. konterkariert werden können.

Geldmenge und Liquidität als weitere strategische Faktoren der Geldpolitik werden unter dem Aspekt ihrer Beeinflussung durch die jeweiligen nationalen Gewerkschaften nicht getrennt betrachtet.¹⁾ Die aus beiden

1) Die Berechtigung dazu läßt sich z.B. aus den Ausführungen Schmölders' zur Liquiditätstheorie des Geldes herleiten. (Vgl. Günter Schmölders, Geldpolitik, a.a.O., S. 96 ff.)

Faktoren resultierende Liquiditätssituation der einzelnen Wirtschaftssubjekte ist durch deren Verfügungsmöglichkeit und ihre Verhaltensweisen bezüglich Zentralbankgeld, Buchgeld und Geldsubstitute gekennzeichnet.¹⁾ In Verbindung mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und dem Geldschöpfungsspielraum der Geschäftsbanken resultiert daraus die mögliche monetäre Nachfrage in den einzelnen Staaten der Wirtschaftsunion. Die evident starke Abhängigkeit der "Liquiditätssituation" vom Verhalten der Geschäftsbanken und der übrigen privaten Wirtschaftssubjekte macht deutlich, daß nur eine indirekte Beeinflussung dieser Situation durch die intrazonal abgestimmte Geldpolitik möglich ist. Damit ergibt sich auch die Gelegenheit für störende Einflüsse durch die Sozialpartner.

Im Hinblick auf die Gewerkschaften ist allerdings festzustellen, daß die Beeinflussung von Geldmenge und Liquidität - schon aufgrund des hohen Abstraktionsgrades und der schwierigen Operationalisierung dieser beiden Begriffe²⁾ - kein offiziell angestrebtes Ziel dieser gesellschaftlichen Gruppierung darstellt.³⁾ Ein offenkundiger Zielkonflikt zwischen Gewerkschaften und geld-

1) Vgl. zur Definition von Zentralbankgeld und Buchgeld Günter Schmolders, Geldpolitik, a.a.O., S. 79 ff.; ferner zur Begriffsbestimmung von Geldsubstituten Ernst Dürr, Wirkungsanalyse ..., a.a.O., S. 36 ff.; ders., Die Ausgestaltung der Geldpolitik aufgrund der neueren geldtheoretischen Erkenntnisse und wirtschaftspolitischen Erfahrungen, in: Geldtheorie und Geldpolitik, hrsg. v. C. A. Andreae, K. H. Hansmeyer, G. Scherhorn, Berlin 1968, S. 85 ff.

2) Vgl. dazu Günter Schmolders, Von der "Quantitätstheorie" zur "Liquiditätstheorie" des Geldes, in: Geld- und Bankpolitik, a.a.O., S. 82 ff.; F. W. Paish, Was ist Liquidität eigentlich?, ebenda, S. 285 ff.

3) Dem Verfasser sind keine Quellen bekannt, in denen dieses Ziel als Bestandteil eines Zielkatalogs der Gewerkschaften angeführt wird.

politischen Instanzen scheidet daher aus. Zu prüfen ist jedoch, ob die Realisierung offizieller liquiditätspolitischer Ziele in einer Wirtschaftsunion durch die Arbeitnehmerseite eines Teilnehmerstaates negativ beeinflußt werden kann.

Bei einer auf die intrazonale Verknappung der Geldmenge und Liquidität gerichteten Geldpolitik ergibt sich die Frage nach den expansiven Wirkungsmöglichkeiten nationaler Gewerkschaften bezüglich der der Liquiditätssituation. Von den dafür in Frage kommenden gewerkschaftlichen Aktionsparametern werden als wichtigste die Lohnerhöhungen betrachtet.

Bei unelastischem Geldsystem - z.B. strenger Bindung der umlaufenden Geldmenge an ein Währungsmetall (Goldstandard)¹⁾ - ist durch Lohnerhöhungen keine Geldmengenvermehrung möglich; es erfolgt dann lediglich eine Umverteilung des vorhandenen Geldvolumens zugunsten der Lohnempfänger. Derartige Währungssysteme können jedoch in keinem der Wirtschaftsunionenländer unterstellt werden.

Bei realistischereise als elastisch anzunehmenden Geldsystemen²⁾ ist im Fall von Lohnerhöhungen eine im Umfang

1) Vgl. Otmar Issing, Leitwährung und internationale Währungsordnung, Berlin 1965, S. 33.

2) Diese Elastizität ergibt sich sowohl aus der Geldschöpfungsfähigkeit der Geschäftsbanken, der Veränderungsmöglichkeit der Geldumlaufgeschwindigkeit und der Verwendungsmöglichkeit von Geldsubstituten.

der Lohnerhöhungen vorzunehmende Geldmengenvermehrung - selbst bei restriktiver Geldpolitik - möglich.¹⁾ Dieser Tatbestand wurde von HICKS - analog zum o.g. Goldstandard - als "Labour Standard" bezeichnet²⁾ und - nicht nur von ihm³⁾ - so interpretiert, daß die Tarifpartner mit der Festsetzung der Lohnhöhe auch gleichzeitig die Geldmenge und damit das Preisniveau bestimmen; falls also ceteris-paribus die Gewerkschaften Lohnerhöhungen durchsetzen bzw. Lohnsenkungen verhindern können, so verursachen sie auch bei restriktiver Geldpolitik Preissteigerungen⁴⁾ bzw. Beschäftigungsrückgang⁵⁾ und wirken

-
- 1) Vgl. dazu vor allem Ernst Dürr, Wirkungsanalyse ..., a.a.O., S. 307 ff.; ferner Hans-Jürgen Falk, Die gesamtwirtschaftliche Orientierung ..., a.a.O., S. 130 ff.; Harry G. Johnson, Probleme der Effizienz der Geldpolitik, in: KuK, 1. Jg. (1968), S. 127 ff.; Otmar Issing, Monetäre Probleme der Konjunkturpolitik in der EWG, Berlin 1964, S. 69 ff.
 - 2) Vgl. John R. Hicks, Economic Foundations of Wage Policy, in: EJ, Vol. LXV (1955), S. 391. Auch PEDERSEN unterstellt dem Lohnniveau einen entscheidenden Einfluß auf die Situation im monetären Bereich. (Vgl. Jørgen Pedersen, A Chapter of the History of Monetary Theory and Policy, in: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, Das Inflationsproblem, E. Schneider zum 60. Geburtstag, hrsg. v. G. Bombach, Tübingen 1960, S. 33.)
 - 3) Vgl. auch H. A. Turner a. D. A. S. Jackson, On the Determination of the General Wage Level - A World Analysis; or 'Unlimited Labor for ever', in: EJ, Vol. LXXX (1970), S. 846; Alfred Bosch u. Reinhold Veit, Theorie der Geldpolitik, Tübingen 1966, S. 2 ff.; Christiane Busch-Lüty, Gesamtwirtschaftliche Lohnpolitik, Basel - Tübingen 1964, S. 11 f.; Siegfried Wendt, Probleme des Masseneinkommens in der neuzeitlichen Industriewirtschaft, Berlin 1956, S. 18 f.;
 - 4) Die ceteris-paribus Klausel unterstellt, daß die Nachfragewünsche aller übrigen Gruppen, die ebenfalls durch das elastische Geldsystem finanzierbar sind, nicht geltend gemacht werden. Des weiteren wird damit ein bestimmtes Preisverhalten der Unternehmer - die volle Überwälzung der Lohnkostensteigerungen auf die Produktpreise - als gegeben unterstellt.
 - 5) Der Schluß von BOSCH und VEIT, daß sich bei restriktiver Geldpolitik nur ein Rückgang der Beschäftigung und einer der Preise ergibt, setzt die wirksame Verminderung der (Fortsetzung S. 115)

dysfunktional im Sinne einer auf die intrazonale Preisstabilität gerichteten Geldpolitik.

Gegen die Zulässigkeit des Begriffs "Labour Standard" und gegen die Realitätsnähe der von ihm unterstellten Wirkungszusammenhänge sind jedoch folgende Bedenken anzumelden:

- "Labour Standard" kann nicht als korrespondierender Begriff zu "Goldstandard" gebraucht werden. Letzterer unterstellt die vorhandene Goldmenge als alleinige Determinante der Geldmenge; der "Labour Standard" bezieht sich jedoch nur auf die durch Arbeitsmarktentscheidungen beeinflussten Veränderungen der Geldmenge und deckt damit nur einen - die Höhe des nominellen Sozialprodukts bestimmenden - Entscheidungsbereich ab.
- Die Sozialpartner legen zwar auch bei restriktiver Geldpolitik die Lohnhöhe autonom fest, mit dem selben Grad an Autonomie werden aber auch die übrigen Ansprüche an das Sozialprodukt fixiert.

Insgesamt ist also in bezug auf die intrazonale Liquiditätssituation festzustellen, daß bei restriktiver Geldpolitik in einer Wirtschaftsunion expansive und damit dysfunktionale Wirkungen von den Gewerkschaften eines Teilnehmerstaates ausgehen können.

Zu prüfen ist nun, ob Übertragungsmechanismen auftreten können, die die in einem Wirtschaftslandsland festzustellenden Störwirkungen intrazonal weiter verbreiten.¹⁾

Geldmenge voraus. Gerade das wird jedoch von HICKS - den BOSCH und VEIT an dieser Stelle zitieren - bestritten. (Vgl. Alfred Bosch u. Reinhold Veit, Theorie der Geldpolitik, a.a.O., S. 3.)

- 1) Die zur intrazonalen Angleichung bzw. Veränderung der Lohnstruktur durchgesetzten Lohnerhöhungen werden im vorliegenden Zusammenhang ausgeklammert. Auf sie wird im Abschnitt D II 2 b) eingegangen.

Da annahmegemäß intrazonal freie Faktormobilität gegeben ist, kann die in einem Teilnehmerstaat unerwünscht geschaffene Liquidität auf den Güter- und Geld- bzw. Kapitalmärkten der übrigen Mitgliedsländern wirksam werden. Ist intrazonal restriktive Geldpolitik ein Zeichen für Übernachfrage im gesamten Integrationsraum, so erhöht die zusätzlich geschaffene Liquidität die Güternachfrage und/oder über den Geldschöpfungsmultiplikator die Geldmenge in den übrigen Wirtschaftsunionenländern. Letzteres kann zu einer intrazonalen Ausweitung der Liquidität führen, die weit über das Volumen hinausgeht, das in einem einzigen Land der Wirtschaftsunion durch dysfunktionales Verhalten der Arbeitnehmerseite neu geschaffen wurde. Das gesamte Ausmaß dieser Liquiditätsausweitung ist nur dann abschätzbar, wenn sowohl über die Geldschöpfungsmöglichkeiten als auch über die Zahlungsmodalitäten in den einzelnen Teilnehmerländern Informationen vorliegen.

Kontraktive Wirkungen nationaler Arbeitnehmerorganisationen auf die intrazonale Liquiditätssituation bei expansiver Geldpolitik sind nur indirekt denkbar. Gewerkschaftliche Arbeitsmarktaktivitäten, die als zu-rechenbare und gesamtwirtschaftlich relevante Nebenwirkungen eine Geldvernichtung, Senkung der Umlaufgeschwindigkeit oder Nichtverwendung von Geldsouragaten mit sich bringen, konnten jedoch nicht festgestellt werden.

Insgesamt ist also bei der einheitlichen Beeinflussung von Geldmenge und Liquiditätssituation in einer Wirtschaftsunion mit unterschiedlichen Störmöglichkeiten seitens der Gewerkschaften zu rechnen. Bei intrazonal restriktiver Beeinflussung dieser beiden strategischen

Faktoren der Geldpolitik können von Arbeitnehmerseite expansive Wirkungen ausgelöst werden, dagegen sind kontraktive Wirkungen bei intrazonal expansiver Geldmengen- und Liquiditätspolitik nicht feststellbar.

ad (b): Die konterkarierenden Wirkungsmöglichkeiten der Arbeitgeberseite eines Wirtschaftsuniionslandes im Hinblick auf eine intrazonal abgestimmte Geldpolitik werden als erstes für den Fall einer restriktiven Zinspolitik untersucht. Mit Bestrebungen zur Durchkreuzung dieser Politik ist - zumindest theoretisch - deshalb zu rechnen, weil bei Fremdfinanzierung Geld- und Kapitalzinsen Kosten darstellen und damit vor allem bei langfristigen Investitionsvorhaben ins Gewicht fallen können.¹⁾ Eine Konfliktsituation ergibt sich demnach bei intrazonal durchgeführter Diskontsatzserhöhung und zinssteigernden Offenmarktoperationen durch die geldpolitischen Instanzen.

Es stellt sich die konkrete Frage, ob die Arbeitgeberseite - im jeweils nationalen Rahmen - ein Durchschlagen dieser Maßnahmen auf das allgemeine Zinsniveau verhindern kann. Eine zufriedenstellende Antwort ist aus zwei Gründen nicht möglich:

- Der exakte Übertragungsmechanismus zwischen Diskontsatz einerseits und Geld-, aber auch Kapitalmarktzins andererseits ist - bei freier Soll- und Habenzinsbildung - nicht bekannt.²⁾ Der sich aus Plausi-

1) Vgl. auch Klaus Wieners, Geldpolitik und Wirtschaftswachstum, Freiburg/Breisgau 1969, S. 16 f.

2) Vgl. dazu Hans-Jürgen Falk, Die gesamtwirtschaftliche Orientierung ..., a.a.O., S. 76 ff.

bilitätsüberlegungen und aus empirischen Untersuchungen ergebenden Zinszusammenhang läßt keine gesicherten Aussagen zu.

- Die Einflußmöglichkeiten der Unternehmer auf die Zinsgestaltung der Geschäftsbanken und sonstiger Kreditgeber lassen sich nicht in ausreichendem Maß konkretisieren.

Selbst wenn es gelingt, diese beiden Einwände auszuräumen, so ist noch zu klären, ob de facto auf Arbeitgeber- bzw. Unternehmerseite ein starkes Interesse an niedrigen Zinsen unterstellt werden kann. Dieses zumindest in der "reinen" ökonomischen Theorie¹⁾ unterstellte Interesse wird durch das empirische festgestellte Investitionsverhalten der Unternehmer nicht bestätigt. Die von FALK durchgeführte umfassende Analyse der Investitionsdeterminanten ergab, daß die Kreditkosten in vielen Fällen²⁾

- überhaupt keine Rolle spielen, da die Unternehmer über ausreichende Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung verfügen,
- auch bei Anlage- und Lagerinvestitionen nicht berücksichtigt werden,
- im Verhältnis zu den übrigen Investitionskosten nicht ins Gewicht fallen,

1) Geldtheoretische Überlegungen bleiben außer Betracht. Hier werden die Grenzen für die Erklärungsfähigkeit der Realität sichtbar, die der ökonomischen Theorie aufgrund ihres derzeit üblichen partialanalytischen Ansatzes gesetzt sind. Die spätestens an dieser Stelle notwendig werdende Verknüpfung zwischen den de facto nicht zu trennenden Unternehmerverhaltensweisen in der realen und monetären Sphäre erfordern neue, ggf. übergreifende Erklärungsversuche. Von solchen Ansätzen ist allerdings die heutige ökonomische Theorie noch weit entfernt. (Vgl. dazu auch den Hinweis bei H. Jörg Thieme, Geld- und fiskalpolitische Prozeßsteuerung ..., a.a.O., S. 235.)

2) Vgl. Hans-Jürgen Falk, Die gesamtwirtschaftliche Orientierung ..., a.a.O., S. 80.

- steuerlich voll abzusetzen sind,
- auf die Abnehmer überwältzt werden können.

Hinsichtlich der konterkarierenden Wirkungsmöglichkeiten der Arbeitgeberseite bei restriktiver Zinspolitik im Rahmen einer Wirtschaftsunion muß also festgestellt werden, daß dafür weder ein Wirkungsmechanismus noch eine starke Motivation gefunden werden konnte.

Das oben gefundene Ergebnis trifft mit noch mehr Berechtigung für die Durchsetzung einer expansiven Zinspolitik zu. Bei Diskontsatzsenkung und entsprechenden Offenmarktoperationen entfällt auch das oben unter bestimmten Bedingungen denkbare Kostenmotiv für den Zinssenkungen entgegengerichtete Maßnahmen seitens der Arbeitgeber.

Insgesamt ergibt sich für die Diskontpolitik im Rahmen einer Wirtschaftsunion, daß von Arbeitgeberseite die Wirkungen einer intrazonal einheitlich vorgenommenen Diskontsatzänderung auf die Höhe der übrigen Zinssätze nicht beeinträchtigt wird.

Im Fall einer intrazonal restriktiven Liquiditätspolitik versuchen die geldpolitischen Instanzen, eine Verringerung der effektiven Geldmenge und eine Verminderung des Liquiditätsgrades der Geldsubstitute durchzusetzen. Zu prüfen ist, ob die Arbeitgeberseite dieser Liquiditätsverknappung entgegenwirken will und diese Haltung auch realisieren kann.

Solange das gesamte intrazonale Geldsystem - wie schon bei den Ausführungen zum "Labour Standard" - als elastisch

angenommen werden muß, gilt die Feststellung, daß die Geldmengen- und Liquiditätssituation lediglich Niederschlag bzw. Folge ökonomischer Aktivitäten sind.¹⁾ Es könnte also - analog zum "Labour Standard" - auch von einem "Unternehmer Standard" gesprochen werden, da das unternehmerische Einkommensanspruchsverhalten ebenfalls die gesamte monetäre Situation einer Volkswirtschaft kennzeichnet. Daraus folgt, daß je nach Geltendmachung und Grad der Realisierungsmöglichkeit dieser Einkommensansprüche eine intrazonal abgestimmte restriktive Liquiditätspolitik von Arbeitgeberseite durchkreuzt werden kann.

Die auf Unternehmerseite konstatierte Analogie zu den auf Gewerkschaftsseite festgestellten Störungsmöglichkeiten einer restriktiven Liquiditätspolitik in einer Wirtschaftsunion gilt ebenfalls für ihre intrazonale Übertragungsmechanismen. Auch die aufgrund der Durchsetzung unternehmerischer Einkommensansprüche in einem Wirtschaftsunionsland entstandene Liquiditätsausweitung kann in den übrigen Teilnehmerstaaten über den Geldschöpfungsmultiplikator zu einer Ausweitung der Geldmenge führen.

De facto trifft das für die kontraktive Liquiditätspolitik gefundene Ergebnis auch für die expansive Liquiditätspolitik zu, die intrazonal eine Geldmengenvermehrung, Erhöhung der Geldschöpfungsfähigkeit der Geschäftsbanken und Steigerung des Liquiditäts-

1) Vgl. dazu Günter Schmolders, Geldpolitik, a.a.O., S. 117; ferner Harald Scherf, Untersuchungen zur Theorie der Inflation, Tübingen 1967, S. 61 u. 114.

tätsgrades der Geldsubstitute anstrebt. Eine solche Politik kann im wesentlichen nur die Bedingungen für eine Expansion des gesamten Geld- und Liquiditätsvolumens einer Wirtschaftsunion schaffen. Der eigentliche Expansionsprozeß wird jedoch erst durch das Verhalten der Wirtschaftssubjekte ausgelöst, von denen die Arbeitgeber bzw. die Unternehmer eine wichtige Gruppe darstellen. Ohne ihr expansives Nachfrageverhalten sind ceteris-paribus die angestrebten geldpolitischen Ziele nicht zu realisieren.

Insgesamt ist festzustellen, daß sowohl eine kontraktive wie auch eine expansive Liquiditätspolitik in einer Wirtschaftsunion von Arbeitgeber- bzw. Unternehmerseite durchkreuzt bzw. zur Wirkungslosigkeit verurteilt werden kann.

ab) Behinderungen von Maßnahmen der Außenwährungspolitik

Die Beantwortung der Frage, ob die Realisierung der außenwährungspolitischen Ziele einer Wirtschaftsunion durch die Sozialpartner gestört oder sogar verhindert werden kann, erfordert zunächst Klarheit über die angestrebten Ziele und über die konkrete Aufgabenstellung bzw. die Maßnahmen der zuständigen Instanzen. Das Integrationsziel "fixe Wechselkurse zwischen allen Ländern der Wirtschaftsunion" wurde bereits mehrfach genannt und resultiert als logische Konsequenz aus der Forderung nach Binnenmarktverhältnissen im Integrations-

raum.¹⁾ Damit entfällt auch die Existenzgrundlage für intrazonale Außenwährungspolitik.²⁾ Die letzte Aufgabe dieses wirtschaftspolitischen Teilbereichs besteht demnach in der Ermittlung und Fixierung³⁾ der "richtigen" Wechselkursrelationen⁴⁾ zwischen den Wirtschaftsunionenländern. Zur Beantwortung der oben genannten Frage sind daher eine Definition dieser "richtigen" Wechselkurse⁵⁾ notwendig, sowie Infor-

-
- 1) Vgl. auch SVR, JG 1971/72, Währung, Geldwert, Wettbewerb - Entscheidungen für Morgen -, Stuttgart - Mainz 1971, Ziff. 284, S. 100.
Nach AUST sind allerdings auch zwischen den Mitgliedern eines "Integrationsraumes" Wechselkursänderungen möglich. (Vgl. Eberhard Aust, Der Zahlungsbilanzausgleich unter Integrationsbedingungen, in: Währungspolitik in der europäischen Integration, hrsg. v. H. Rieber, Baden-Baden 1964, S. 229.)
 - 2) Vgl. auch Fritz Abb, Ist eine Harmonisierung der Konjunkturpolitik in der EWG erforderlich?, in: ZfgStW, 123. Bd. (1967), S. 226.
 - 3) Die Frage, ob dies unter Beibehaltung einzelner Landeswährungen oder durch die Schaffung einer einheitlichen Wirtschaftsunionswährung erfolgen soll, ist für die vorliegende Problemstellung ohne Bedeutung. (Vgl. dazu Günter Schmolders, Psychologische Aspekte einer europäischen Währungspolitik, in: Währungspolitik in der europäischen Integration, a.a.O., S. 13 ff.)
 - 4) Feste und "richtige" Wechselkurse sind also - wie ISSING zurecht feststellt - nicht Instrument sondern Resultat der Integrationsstufe Wirtschafts- und Währungsunion. (Vgl. Otmar Issing, Integrationsprozeß, Währungspolitik ..., a.a.O., S. 281 f.)
 - 5) Die folgende Definition trifft auch für die Wechselkurse zwischen den Wirtschaftsunionenländern einerseits und Drittländern andererseits zu. Zu beachten ist allerdings, daß diesen Beziehungen ex definitione keine integrierte Wirtschaftspolitik zugrunde liegt, die einen einmal gefundenen Wechselkurs stabilisieren kann. Die fehlende ordnungs- und prozeßpolitische Abstimmung muß daher - wie für das EWG-Drittländer-Verhältnis gefordert - durch eine flexible Wechselkursanpassung ersetzt werden. (Vgl. dazu Alfred Müller-Armack u.a., Stabilität in Europa. Strategien und Institutionen für eine europäische Stabilitätsgemeinschaft, Düsseldorf - Wien 1971, S. 91 f.; (Fortsetzung S. 123)

mationen über die Möglichkeiten ihrer Ermittlung.¹⁾

Bezeichnet man - mit HUPPERT - die Wahrung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen den Ländern einer Wirtschaftsunion als 'bedeutendstes Integrationsproblem',²⁾ so können nur die Wechselkursrelationen "richtig" sein, die diesem Stabilitätspostulat genügen. Seine Konkretisierung führt zur Forderung nach einem außen- und einem binnenwirtschaftlichen Gleichgewichtszustand für jedes beteiligte Land.³⁾

Ersterer - also Zahlungsbilanzgleichgewicht - herrscht bei einem Null-Saldo der autonomen intrazonalen Transaktionen; der Bestand an Währungsreserven (Gold- und Devisen) in jedem Land der Wirtschaftsunion muß also unverändert bleiben, und zwar ohne korrigierende Vor- nahme induzierter staatlicher Transaktionen, wie intra-

Wilhelm Hankel, Währungspolitik, Geldwertstabilisierung, Währungsintegration und Sparerenschutz. Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1971, S. 172 ff.)

- 1) Die Folgen einer Fixierung von "falschen" Wechselkursen werden nicht behandelt, da sich diese Diskussion zu weit von der vorgegebenen Fragestellung entfernt. (Für den Fall eines falschen Aufwertungssatzes vgl. z.B. Otmar Issing, Marginalien zur "außenwirtschaftlichen Absicherung" im Jahresgutachten 1966/67 des Sachverständigenrates der Bundesrepublik Deutschland, in: ZfN, Bd. 27 (1967), S. 416 ff.)
- 2) Vgl. Walter Huppert, Systematik der Integration ..., a.a.O., S. 466.
- 3) Gegenüber Drittländern wird - wie in Fußnote 5, S. 122 gefordert - das Zahlungsbilanzgleichgewicht durch flexible Wechselkurse automatisch hergestellt.

zonaler Stützungskredit oder Schuldentilgungen.¹⁾ Von binnenwirtschaftlichem Gleichgewicht in einer Volkswirtschaft kann dann gesprochen werden, wenn bei hohem Beschäftigungsgrad (Vollbeschäftigung) aller Produktionsfaktoren und bei stabilem Preisniveau stetiges und angemessenes Wachstum gesichert ist;²⁾ dabei soll sich die Einkommens- und Vermögensverteilung zumindest nicht verschlechtern.

Die Ermittlung der gesuchten Wechselkursrelationen könnte in der Weise erfolgen, daß bei zunächst intrazonal flexiblen Wechselkursen die einzelnen Länder der Wirtschaftsunion innerhalb einer bestimmten

-
- 1) Vgl. dazu Robert A. Mundell, The Appropriate Use of Monetary and Fiscal Policy for Internal and External Stability, in: Readings in Money, National Income and Stabilization Policy, ed. by W. L. Smith a. R. L. Teigen, Homewood/Illinois - Georgetown/Ontario 1970, S. 612; Klaus Rose, Theorie der Außenwirtschaft, a.a.O., S. 21; James Edward Meade, The Theory of International Economic Policy, Bd. I, The Balance of Payments, London - New York - Toronto 1951, S. 9 ff.; ferner Erich Schneider, Zahlungsbilanz und Wechselkurs, Tübingen 1968, S. 73 f.; Klaus Grewe, Ist eine Wirtschaftsunion ..., a.a.O., S. 29; Carl Föhl, Außenwirtschaftliches und binnenwirtschaftliches Gleichgewicht, in: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, hrsg. v. H. Jürgensen, Göttingen 1964, S. 607 ff.
 - 2) Vgl. dazu E. S. Kirschen u.a., International vergleichende Wirtschaftspolitik, Berlin 1967, S. 6 ff.; Norbert Kloten, Internationale Stabilität und nationales Wirtschaftswachstum, in: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung, hrsg. v. A. E. Ott, Tübingen 1967, S. 72 f.; Carl Föhl, Außenwirtschaftliches und binnenwirtschaftliches Gleichgewicht, a.a.O., S. 615; siehe auch § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I, S. 582); Artikel 104 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, abgedruckt in: Hans-R. Krämer, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, a.a.O., S. 137.

Frist binnen- und außenwirtschaftliches Gleichgewicht herstellen und die sich dann ergebenden Paritäten als "richtig" akzeptieren und sie vertraglich fixieren. Bei diesem Verfahren sind allerdings folgende Voraussetzungen unabdingbar:

- Realisierung eines stabilen Gleichgewichts in allen beteiligten Ländern,
- simultane Herstellung der binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichtssituation, um einer gegenseitigen negativen Beeinflussung beider Gleichgewichtszustände zu begegnen,
- intrazonal einheitliche Interpretation der Gleichgewichtszustände,
- vollständige intrazonale Abstimmung aller staatlichen wirtschaftspolitisch relevanten Maßnahmen, um bei Einigung auf gemeinsame Ziele einander konterkarierende Mitteleinsätze auszuschließen,
- Einigung über den Anpassungszeitraum.

Es ist offensichtlich, daß bei realitätsnaher Betrachtung die Verwirklichung dieser Bedingungen - ausgenommen derjenigen der Zielinterpretation und des zeitlichen Anpassungsbedarfs - als derzeit unmöglich beurteilt werden muß. Die unumgänglich notwendigen Kriterien für die Herstellung und Aufrechterhaltung eines gesamtwirtschaftlichen und damit letztlich intrazonalen Gleichgewichts sind nicht verfügbar.

Im Anschluß an die vorletzte Voraussetzung - in der die Interdependenz¹⁾ zwischen den "monetaristischen" und den "ökonomistischen" Integrationsverfahren deut-

1) Vgl. dazu auch den kurzen Hinweis von Hans Willgerodt, Voraussetzungen einer europäischen Währungsunion, in: Ordo, 23. Bd. (1972), S. 51 f.

lich wird,¹⁾ bietet sich folgender Lösungsweg an: Alle Wirtschaftsunionenländer verpflichten sich bei flexiblen Wechselkursen innerhalb eines bestimmten Zeitraums, den oben genannten Gleichgewichts- und Abstimmungsbedingungen so weit wie möglich zu entsprechen.²⁾ Am Ende der gesetzten Frist werden die intrazonalen Wechselkurse fixiert.³⁾

Dieses Vorgehen nimmt zwei Wirkungsmechanismen als gegeben an:

-
- 1) Vgl. dazu die kurze Darstellung des monetaristischen und des ökonomistischen Standpunkts bei Hans-Eckart Scharrer, *Monetäre Integration ...*, a.a.O., S. 78 f.; siehe auch Beate Kohler u. Gert Schlaeger, *Wirtschafts- und Währungsunion für Europa*, Bonn 1971, S. 128 ff.
 - 2) Vgl. dazu z.B. die Stufenpläne zur Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion in der EWG bei Rainer Hellmann, *Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Eine Dokumentation*, Baden-Baden 1972, S. 54 ff.; Hans Willgerodt u.a., *Wege und Irrwege ...*, a.a.O., S. 79 ff.; *Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Pläne und Probleme*, Berichte des DII zur Wirtschaftspolitik, Jg. 4 (W)/Nr. 10 (1970), S. 7 ff.
Auf die sich für die staatlichen Instanzen ergebenden institutionellen und funktionalen Realisierungsfragen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Für die Beantwortung der vorgegebenen speziellen Fragen sind sie - insbesondere im Hinblick auf die hier unterstellte uneingeschränkte Autonomie der Sozialpartner - von nachgeordneter Bedeutung.
 - 3) Vgl. dazu auch Helmut Gröner, *Probleme einer europäischen Währungsunion*, in: *Ordo*, 22. Bd. (1971), S. 311. Zu beachten ist, daß mit diesem Verfahren Zahlungsbilanzprobleme zwischen den einzelnen Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion nicht völlig zu beseitigen sind. Die in der ökonomischen Realität nicht zu vermeidenden intrazonalen Ungleichgewichte werden jedoch in regionalpolitische Probleme 'transformiert', zu deren Lösung nur eine gemeinsam getragene Strukturpolitik imstande ist. (Vgl. dazu auch Probleme einer gemeinschaftlichen EWG-Währung, Berichte des DII zur Wirtschaftspolitik, Jg. 3 (W)/Nr. 3 (1969), S. 18; Herbert Giersch, *Marktintegration, Wechselkurs und Standortstruktur*, in: *Fundamentale Fragen künftiger Währungspolitik*, hrsg. v. F. Bochud, Basel - Tübingen 1965, S. 54; James Edward Meade, *Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung*, Tübingen - Zürich 1955, S. 158 f.)

- Es akzeptiert in Anlehnung an die Position ISSINGS¹⁾ die neuen Wechselkurse als Resultat eines - wenn auch nicht bis zur letzten Konsequenz durchgeführten - Integrationsprozesses; die neu gefundenen Wechselkursrelationen sind demnach zumindest "richtiger" als die zu Beginn des Angleichungsprozesses.²⁾
- Es rechnet aber auch mit der von MEADE³⁾ behaupteten Fähigkeit fester Wechselkurse, auf ein intrazonales Gleichgewicht hinzuführen.

Aus den bisher angestellten Überlegungen zur Ermittlung der "richtigen" intrazonalen Wechselkurse folgt, daß die dazu notwendigen Anpassungsprozesse der wichtigste Ansatzpunkt für störende Aktivitäten der Sozialpartner sind. Es stellt sich also die Frage:

Wie und mit welchem Erfolg kann die Herstellung der postulierten Gleichgewichtszustände und die Fixierung "richtiger" Wechselkurse durch

1) Siehe Fußnote 4, Seite 122.

2) Falls weiterhin regionale Zahlungsbilanzungleichgewichte von erheblichem Ausmaß bestehen, so sollte nach einem Vorschlag von Gröner für die EWG überlegt werden, "... ob man unter diesen Umständen überhaupt am Ziel einer europäischen Währungseinheit festhalten soll oder ob es nicht besser wäre, optimale Währungsräume mit flexiblen Wechselkursen abzugrenzen." (Helmut Gröner, Probleme ..., a.a.O., S. 298, Fußnote 12.) Dies stellt jedoch nur eine Scheinlösung dar, da sich die Bestimmung optimaler Währungsräume als sehr problematisch erweist. (Vgl. dazu Josef Fischer, Faktormobilität und internationale wirtschaftliche Integration - Ein Beitrag zur Theorie der optimalen Währungsräume, Diss. Nürnberg 1972, bisher unveröffentlicht.)

3) Vgl. James Edward Meade, Probleme nationaler ..., a.a.O., S. 152 und 158 ff.

- (a) Arbeitnehmer- bzw. Gewerkschaftsseite,
 - (b) Arbeitgeber- bzw. Unternehmerseite
- beeinträchtigt oder sogar vereitelt werden?

Die unmittelbare Beeinflussung der für die Außenwährungspolitik zuständigen Instanzen (Noten- bzw. Zentralbank und/oder die jeweilige Regierung) durch Arbeitnehmer- und -geberseite ist allerdings nicht Gegenstand der Themenstellung. Von Bedeutung sind jedoch die Interessen der Sozialpartner an bestimmten Wechselkursrelationen bzw. an ihren Veränderungen. Daher wird im folgenden nicht die Haltung dieser Gruppierungen zur Vorgehensweise - also Vor- und Nachteile von flexiblen Wechselkursen aus der jeweiligen Sicht - diskutiert, sondern die Einstellung der Arbeitsmarktparteien zum Ergebnis, also zur Auf- bzw. Abwertung gegenüber den ursprünglichen Paritäten. Die diesbezüglich vorgebrachten Argumente kommen an keiner Stelle der Untersuchung mehr zur Sprache, schlagen sich aber de facto in der Lohn-, Preis- und Beschäftigungspolitik von Gewerkschaften und Arbeitgeberseite nieder.

ad (a): In bezug auf die Gewerkschaften ist festzustellen, daß ihre wirtschaftspolitischen Zielkataloge in der Regel keine konkreten währungspolitischen Vorstellungen beinhalten. Es kann daher angenommen werden, daß von Arbeitnehmerseite nur dann Aktionen zu erwarten sind, wenn die Realisierung ihrer lohn- und beschäftigungspolitischen Ziele durch Wechselkursänderungen negativ tangiert werden.

Im Fall einer Aufwertung verbessern sich die "terms of trade" des Aufwertungslandes. Geben die Exporteure und Importeure dieses Landes die mit den damit implizierten Preiseffekten - relative Verteuerung der Exporte und relative Verbilligung der Importe - möglichen Auswirkungen weiter, so können die Gewerkschaften des aufwertenden Landes folgende negativen Effekte befürchten:

- Beschäftigungsrückgang;¹⁾ er ergibt sich in Exportgüterindustrien, in denen aufgrund der gestiegenen Verkaufspreise eine Verringerung des Absatzzuwachses oder sogar ein absoluter Absatzrückgang eintritt; er kann aber auch Produktionsbereiche treffen, die in Substitutionskonkurrenz zu Einfuhrgütern stehen und aufgrund der gesunkenen Importgüterpreise Absatzverluste erleiden.²⁾
- Geldlohnrückgang; dieser liegt vor, wenn von Unternehmerseite die durch Beschäftigungsrückgang entstandenen Verluste in Form eines Abbaus außertariflich gewährter Geldleistungen auf die Arbeitnehmer zurückgewälzt werden.
- Reallohnrückgang; er ist unter der Voraussetzung möglich, daß Unternehmer aufwertungsbedingte Exportverluste auf die Preise ihrer Inlandgüter weiterwälzen können.³⁾

1) Er zeigt sich in einem absoluten Rückgang der Beschäftigtenzahl, aber auch in einer Verminderung der Zunahme des Beschäftigungsgrades. Diese um die relative Veränderung der Bestandsgröße erweiterte Begriffsdefinition gilt in entsprechender Abänderung auch für Geld- und Reallohnrückgang.

2) Vgl. dazu auch Reimer Carstens, Die Aufwertungsdebatte, Tübingen 1963, S. 81 und 83 f.

3) Vgl. auch Reimer Carstens, Die Aufwertungsdebatte, a.a.O.. S. 80 f.; SVR, Binnenwirtschaftliche Stabilität und Außenwirtschaftliches Gleichgewicht, SG vom 30. Juni 1969, Stuttgart - Mainz o.J., S. 9.

Ob allerdings diese Effekte Gegenmaßnahmen seitens der Gewerkschaften hervorrufen, hängt von der Einschätzung möglicher positiver Effekte¹⁾ einer Aufwertung ab, ferner von der gewerkschaftlichen Macht in den unmittelbar betroffenen Bereichen und bei Gefährdung der gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Beschäftigungssituation von den Machtmöglichkeiten aller organisierter Arbeitnehmer in der betreffenden Volkswirtschaft.

Im Fall einer Abwertung verschlechtern sich die "terms of trade" des Abwertungslandes. Geben die Exporteure und Importeure dieses Landes die mit den damit implizierten Preiseffekte - relative Verbilligung der Exporte und relative Verteuerung der Importe - möglichen Auswirkungen weiter, so können die Gewerkschaften des abwertenden Landes folgende negativen Effekte befürchten:

- relativer Geldlohnrückgang; er ergibt sich in den Exportgüterindustrien, in denen die Abwertung zu Absatzsteigerungen führt, und die Arbeitnehmer dieser Bereiche nicht an ggf. damit verbundenen Gewinnerhöhungen beteiligt werden.
- Reallohnrückgang; dieser betrifft aufgrund der generellen Erhöhungen der Importgüterpreise alle Arbeitnehmer.²⁾

1) Ein solcher besteht z.B. für die Touristen des Aufwertungslandes in einer Kaufkraftsteigerung im Ausland.

2) Ein weiteres Absinken des Reallohnes ergibt sich, wenn im Gefolge der abwertungsbedingten Preissteigerung bei Importgütern auch die Preise inländischer Erzeugnisse angehoben werden. (Vgl. zum Zusammenhang zwischen Preisniveau und Außenhandel die empirische Untersuchung von Dieter Kunz, Preisniveau und Außenhandel, Tübingen 1968.)

Ob unter diesen Umständen von Gewerkschaftsseite Gegenmaßnahmen ergriffen werden, hängt von der gesamtwirtschaftlichen bzw. sektoralen Beschäftigungssituation¹⁾ ab und vom Stellenwert des Verteilungs- und Reallohnsicherungsziels²⁾ in den gewerkschaftlichen Zielfunktionen.

ad (b): Da die Arbeitgeberseite, also Exporteure und Importeure von Auf- und Abwertungen unmittelbar betroffen werden - ihre jeweiligen Absatz- bzw. Einkaufspreise ändern sich ceteris paribus - kann von ihnen ein starkes Interesse an Paritätsänderungen erwartet werden.³⁾

Mit Hinweis auf die Gefahren für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportgüterindustrien bzw. die nationale Wettbewerbsfähigkeit der von den Importen betroffenen Industrien und mit der generellen Ablehnung von Wechselkursänderungen überhaupt, wenden sich die Arbeitgeber vor allem gegen eine Aufwertung.⁴⁾ Dabei kommen folgende Einzelargumente zum Zuge:

-
- 1) KÜNG unterstellt im Fall einer wegen defizitärer Zahlungsbilanz vorgenommenen Abwertung eine gesamtwirtschaftliche Unterbeschäftigungssituation und verbindet damit eine schwache Position der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt. (Vgl. Emil Küng, Zahlungsbilanzpolitik, Zürich - Tübingen 1959, S. 505 f.)
 - 2) Nach ROHWEDDER ist mit gewerkschaftlichen Gegenmaßnahmen vor allem in kleineren Ländern zu rechnen, denn er erwartet, daß dort die durch eine Abwertung induzierten Preiserhöhungen besonders groß sein werden. (Vgl. Jürgen Rohwedder, Untersuchungen über Zahlungsbilanzprobleme ..., a.a.O., S. 15 f.)
 - 3) Vgl. auch Günter Schmolders, Geldpolitik, a.a.O., S. 311.
 - 4) Vgl. z.B. Hellmuth Wagner, Probleme der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, in: Vorträge auf der Jahrestagung des Deutschen Industrieinstituts Köln, Köln 1967, S. 25 und 30 f.

- Gefahr von Beschäftigungs-, Geldlohn- und Reallohneinbußen; diese negativen Effekte resultieren aus dem unternehmerischen Überwälzungsverhalten und decken sich mit den o.g. - von Arbeitnehmerseite zu erwartenden - Einwendungen.
- Beeinträchtigung bestimmter Einzelunternehmungen und Wirtschaftsbereiche;¹⁾ aufwertungsbedingte Erlösverluste können für Grenzunternehmungen existenzgefährdend sein und darüber hinaus auch den Bestand ganzer Wirtschaftszweige bedrohen.²⁾
- Gesamtwirtschaftliche Wachstumsverluste; sind die aufwertungsbedingten Erlöseinbußen der Exportgüterindustrien und die der von den gesunkenen Importgüterpreisen betroffenen Wirtschaftsbereiche nicht überwälzbar oder anderweitig kompensierbar, so kommt es zu Gewinnreduzierungen. Die sich dadurch verringernde Selbstfinanzierungsfähigkeit der Betroffenen und ihre ggf. dadurch sinkende Investi-

1) Auch in solchen Fällen können die Interessen von Arbeitgeber- und -nehmerseite übereinstimmen. Die Einordnung dieser Beeinträchtigungen in den Arbeitgeberbereich erfolgte unter der Prämisse, daß ein aufwertungsbedingter Arbeitsplatzwechsel in der Regel weniger ökonomische Probleme aufwirft, als ein ggf. notwendig werdendes Ausscheiden ganzer Unternehmungen aus den Markt, bzw. ein starker aufwertungsbedingter Druck auf eine ganze Branche.

2) Als Beispiel dafür wird in der Bundesrepublik auf den EWG-Agrarmarkt hingewiesen. (Vgl. z.B. SVR, JG 1968/69, Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung, Stuttgart - Mainz o.J. (1968), Ziff. 216, S. 64.

Im vorliegenden Zusammenhang ist dieses Argument jedoch nicht zu verwenden, da eine unter EWG-Bedingungen durchgeführte DM-Aufwertung die Preise der intrazonal gehandelten Agrargüter nicht verändern darf. Die unterstellte Prämisse "unbeschränkte bzw. generelle Aufwertungsmöglichkeit der Währung eines Wirtschaftslands" ist damit nicht erfüllt.

tionsneigung kann zu gesamtwirtschaftlichen Wachstumsverlusten führen, wenn diesen Wirtschaftsbereichen eine entsprechend große volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt.

Insgesamt ist im Hinblick auf die angeführten Argumente und auf die in der Regel gut organisierten Interessengruppen der Aufwertungsgegner eine Aufwertung politisch schwer durchsetzbar.¹⁾ Daraus folgt, daß Arbeitgeber- bzw. Unternehmerseite eher eine Anpassungsinflation hinnehmen. Diese wirkt - im Gegensatz zu einer Paritätsänderung - in Umfang und zeitlicher Abfolge nicht einheitlich und ermöglicht daher Ausweichungsmaßnahmen und/oder ein temporäres Verschieben ihrer einkommens- bzw. gewinnmindernden Effekte.

Da eine Abwertung der Exportgüterindustrie Preisvorteile bringt und die Preis-Wettbewerbsposition von importierten Fertigprodukten verschlechtert, sind bei dieser Paritätsänderung nur folgende beiden Gegenargumente denkbar:

- Kostenerhöhung bei Verarbeitungsbetrieben aufgrund der gestiegenen Importpreise von Rohstoffen und Vorprodukten; lassen sich diese Belastungen nicht kompensieren oder ohne Absatzrückgang weiterwälzen, so kommt es zu Gewinnminderungen und zur Gefahr des Auftretens der bereits oben genannten negativen Effekte.
- Überkompensierende Gegenmaßnahmen der Integrationspartner; (mengen- und wertmäßige Importkontigentierung sowie Zollerhebung entfallen annahmegemäß) es verbleiben als mögliche Maßnahmen die kompetitive Abwertung ("Abwertungswettlauf")²⁾ und die Subventionsgewährung.

1) Vgl. auch Günter Schmolders, Geldpolitik, a.a.O., S. 311.

2) Vgl. z.B. Emil Küng, Zahlungsbilanzpolitik, a.a.O., S. 604 ff.

Ersteres ist "... als Instrument einer offensiven Handelspolitik weitgehend verschwunden".¹⁾ Dagegen können Subventionen aufgrund ihrer vielfältigen Ausgestaltungsmöglichkeiten dazu herangezogen werden, trotz ggf. bestehender Verbote zumindest in Teilbereichen eine Überkompensation von Abwertungsverlusten herbeizuführen.

Diese Abwertungsgegenargumente finden allerdings nur dann Beachtung, wenn das Importvolumen der Nicht-Fertigwaren von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ist und die Exportgüterindustrien mit bereits kurzfristig wirkenden Gegenmaßnahmen der Partnerländer rechnen.

b) Störfaktoren einer intrazonal abgestimmten staatlichen Lohnpolitik

Mögliche Störungen einer intrazonal abgestimmten staatlichen Lohnpolitik lassen sich unter zwei Aspekten analysieren. Zum einen kann das Zusammenwirken spezifisch nationaler Gegebenheiten im Bereich der Sozialpartner zu Realisierungsproblemen in den jeweiligen Ländern der Wirtschaftsunion führen; dieser Ansatz stellt auf die generellen Durchsetzungsschwierigkeiten einer staatlichen Lohnpolitik ab und bleibt - schon wegen seiner

1) Fritz W. Meyer, Wechselkurse, in: HdSW, Bd. 11 (1961), S. 580.

eingehenden Behandlung in der Literatur¹⁾ - außer Betracht.²⁾ Zum anderen können Störungen aus den integrationsbedingten intrazonalen Konstellationen auf dem Gebiet der Sozialpartner resultieren;³⁾ die sich aufgrund dieser Sicht ergebenden Störkonstellationen innerhalb einer Wirtschaftsunion werden als zentral in bezug auf die Aufgabenstellung betrachtet und daher näher untersucht.

-
- 1) Ein umfassender Literaturüberblick findet sich bei Manfred Gömmel, Gesamtwirtschaftliche Lohnorientierung in der globalgesteuerten Marktwirtschaft, Diss. Nürnberg 1972, S. IX ff. Vgl. ferner die speziell auf die internationalen Unterschiede abstellenden Hinweise bei Adolf Ahnefeld, Neuere Versuche in der Einkommenspolitik, in: Die Weltwirtschaft, Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, hrsg. v. H. Giersch, Tübingen 1972, Heft 1, S. 20 f.; Hans-Eckart Scharrer, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 92; Rolf Sannwald u. Jacques Stohler, Wirtschaftliche Integration, a.a.O., S. 165; Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 74.
 - 2) Außerdem könnte man - mit GIERSCHE - der Ansicht sein, daß sich die schon auf nationaler Ebene bestehenden Durchsetzungsprobleme nicht verringern, wenn ihre Lösung auf intrazonaler Ebene gesucht wird. (Vgl. Herbert Giersch, Diskussionsbeitrag, zu: L. H. J. Crijns a. Nat Weinberg, Some Aspects of the International Co-Ordination of Incomes Policies and Collective Bargaining, A Summary of the Discussion, in: The Labour Market and Inflation, a.a.O., S. 239.)
 - 3) GLESKE wirft z.B. auch die aus jeweils nationaler Sicht wichtige Frage auf, "... ob und in welchem Umfange die Möglichkeiten der Regierung, eine nationale Einkommenspolitik zu betreiben, durch die Integration beschränkt wird." (Leonhard Gleske, Währungs- und budgetpolitische Aspekte der Integration, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart, a.a.O., S. 324.)

Im Gegensatz zu den hinreichend spezifizierten Zielen der intrazonalen Geld-, Kredit- und Außenwährungspolitik herrscht jedoch über praktikable Ziele einer intrazonalen staatlichen Lohnpolitik Unklarheit. Wie gezeigt,¹⁾ sind die entsprechenden wirtschaftstheoretisch und -politisch geforderten Lohnfindungskriterien entweder bereits jeweils national akzeptiert bzw. kodifiziert (Angleichung von Männer- und Frauenlöhnen), nicht operational faßbar (Orientierung an Grenz- und Durchschnittsproduktivitätsentwicklung), oder aber von oft nachgeordneter Bedeutung (Existenz- und Reallohnsicherungskonzepte).²⁾ Demnach fehlen die Bezugspunkte für die Analyse der an der Beeinträchtigung konkreter staatlicher Einzelziele zu messenden Störungsmöglichkeiten seitens der Sozialpartner. Aus diesem Grund wird folgende Uminterpretation der Problemstellung notwendig:

Bisher wurden störende Einflußmöglichkeiten der Arbeitsmarktparteien bei der Realisierung geld-, kredit- und

1) Vgl. Punkt II, 1 ca).

2) Zwar behauptet KEES, daß im Rahmen der europäischen Integrationspolitik "Instrumentnormen" zur Beeinflussung "souveräner" Tarifpartner eingesetzt werden, er bleibt jedoch den Nachweis schuldig. (Vgl. Andreas Kees, Die Dynamik europäischer Koordinierungspolitik, in: ZfgStW, 124. Bd. (1968), S. 603.) Er führt aus, daß bestimmte Einwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden können, "... die nicht mit operationalen Transaktionen verbunden sind, trotzdem aber den Gemeinschaftsorganen einen regulativen Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Ländern ermöglichen. Sie können als Instrumentnormen bezeichnet werden, die bestimmte »operationelle« ökonomische Größen normativ festlegen und damit indirekt ebenfalls das Verhalten ... der Arbeitsmarktparteien beeinflussen." (Ebenda.) Demnach müßten die gesuchten Lohnfindungskriterien Instrumentnormen sein.

außenwährungspolitischer Ziele einer Wirtschaftsunion gesucht. Für eine intrazonal abgestimmte Lohnpolitik konnten jedoch keine geeigneten Ziele gefunden werden. Da aber verschiedentlich eine solche Lohnpolitik gefordert wird,¹⁾ und für die Zukunft das Auftauchen geeigneter lohnpolitischer Ziele nicht auszuschließen ist, ergibt sich als neuer Ansatz die Frage:

Welche Faktoren aus dem Bereich der Sozialpartner können die Realisierung einer staatlichen Lohnpolitik im Rahmen einer Wirtschaftsunion beeinträchtigen?

Als staatliche Lohnpolitik auf der genannten Integrationsstufe wird gleiches bzw. an intrazonal einheitlichen Kriterien ausgerichtetes Agieren der jeweils zuständigen Instanzen angenommen. Da staatlicherseits die Realisierung bestimmter Konjunktur-, Wachstums- und auch Verteilungsziele angestrebt wird, können sich die Aktivitäten dieser Instanzen nicht auf die Erhöhung des Informationsstandes aller intrazonal wichtigen Träger der Lohnpolitik beschränken. Zusätzlich sind staatliche Willensäußerungen über anzustrebende Entwicklungen im Lohnbildungssektor notwendig, also entsprechende Empfehlungen, Appelle, Leitlinien oder Orientierungsdaten. Eine Verbindlichkeit dieser in der Regel quantifizierten staatlichen Willensäußerungen muß jedoch aufgrund der Prämisse "Autonomie der Arbeitsmarktparteien" ausgeschlossen werden.

Gegenstand der folgenden Analyse ist das Aufzeigen der den intrazonalen Arbeitsmarkt betreffenden Konsequenzen, die aus dem integrationsbedingten Aufeinandertreffen der

1) Vgl. z.B. Hans Willgerodt u.a., Wege und Irrwege ..., a.a.O., S. 163, Fußnote 88; Hans-Eckart Scharrer, Monetäre Integration ..., a.a.O., S. 92; EWG-Studien 19/1967, S. 96 f.

national unterschiedlichen Gegebenheiten resultieren. Mögliche intrazonale Störkonstellationen, die sich also aufgrund einer fehlenden totalen Integration im Bereich der Sozialpartner ergeben, werden für zwei Teilbereiche diskutiert. Der erste stellt auf die jeweils national unterschiedlichen Haltungen der Sozialpartner gegenüber intrazonalen Lohnleitlinien ab, der zweite auf die intrazonal verschiedenen Arbeitsmarktverhältnisse. Diese Teilbereiche werden als geeignet betrachtet, die unterschiedlichen Arbeitsmarktsituationen im Integrationsraum hinreichend genau zu charakterisieren. Eine weitere Differenzierung unterblieb aus zwei Gründen: Hinsichtlich der gesetzlichen Regelung privater und staatlicher Arbeitsmarktaktivitäten ist sie aufgrund der oben gesetzten Prämissen nicht mehr notwendig; bezüglich der übrigen Gegebenheiten im Lohnbildungssektor erscheint sie nicht sinnvoll, da auf diese Weise die Übersichtlichkeit der Darstellung in Frage gestellt wird, ohne daß dafür zusätzliche sinnvolle Aussagen zum Thema ermöglicht werden.

ba) Intrazonal unterschiedliche Haltungen gegenüber Lohnleitlinien

Auf Störungen durch unterschiedliche Ziele, "Mentalität" bzw. Verhaltensweisen der Sozialpartner innerhalb einer Wirtschaftsunion wird zwar verschiedentlich hingewiesen,¹⁾ eine analytische Betrachtung bestimmter Störkonstella-

1) Siehe Fußnote 2, S. 86 und Fußnote 1, S. 135; ferner Klaus Stegemann, Wettbewerb und Harmonisierung im Gemeinsamen Markt, Köln - Berlin - Bonn - München 1966, S. 93; Jan Pen, Tarifaautonomie..., a.a.O., S. 111.

tionen fehlt jedoch weitgehend.¹⁾ Aus diesem Grund soll folgende Fragestellung geprüft werden:

Welche negativen Konsequenzen hat die Existenz intrazonal unterschiedlicher Haltungen gegenüber Lohnleitlinien seitens der Gewerkschaften und der Unternehmer bzw. Arbeitgeberverbände?

Für die Behandlung dieses Problemkreises wird die Existenz einer - bei Tarifaufonomie unverbindlichen - staatlichen Lohnleitlinie²⁾ angenommen. Diese Richtgröße kann sowohl auf das gesamte Gebiet der Wirtschaftsunion, wie auch auf bestimmte ökonomische Situationen in den einzelnen Teilnehmerländern abgestellt sein (strukturelle Relativierung); unabdingbar ist jedoch, daß von staatlicher Seite jeweils mit einheitlichen Reaktionen der Betroffenen gerechnet wird. Organisationsstrukturen und Arbeitsmarktpositionen - also die jeweils nationalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt - sind ferner als konstant unterstellt. Die damit ersichtlich werdende ceteris-paribus Betrachtung mag zwar problematisch erscheinen,³⁾ sie ist jedoch im Hinblick auf die angestrebte Aussageklarheit zu vertreten.

1) Nur bei PEN finden sich entsprechende Überlegungen. (Vgl. Jan Pen, Tarifaufonomie ..., a.a.O., S. 111 ff.)

2) Die Art ihres Zustandekommens - z.B. einseitige autonome Festlegung durch staatliche Instanzen oder Erarbeitung im Zusammenwirken mit den Sozialpartnern - ändert also nichts an ihrer grundsätzlichen Unverbindlichkeit.

Vgl. zu den möglichen Stufen einer Lohnleitlinienpolitik "Lohnleitlinien - Möglichkeiten und Probleme", Berichte des DII zur Sozialpolitik, Jg. 1 (1967), Nr. 2, S. 6 f.

3) Dies gilt besonders im Zusammenhang mit dem Einfluß der jeweiligen Konjunktursituation sowohl auf Gruppenziele wie auf Verhandlungspositionen.

Zur Beantwortung der vorgegebenen Frage sind Annahmen über mögliche - von Wirtschaftsunionsland zu Wirtschaftsunionsland oder von intrazonaler Branchengewerkschaft zu Branchengewerkschaft - unterschiedliche gewerkschaftliche Zielvorstellungen notwendig. Komplexe und hinsichtlich ihrer Präferenzstruktur zeitlich konstante Zielfunktionen der Gewerkschaften können jedoch realistischweise für kein Land der Wirtschaftsunion unterstellt werden. Die gesuchte Zielkonkretisierung erfolgt daher unter Bezug auf die Haltung der Arbeitnehmerorganisationen zu vorgegebenen Lohnleitlinien. Zwei Alternativen sind von Bedeutung:¹⁾

- pragmatisch oder ideologisch-weltanschaulich orientierte Gewerkschaften; sie verhalten sich als unabhängige Marktverbände und betrachten die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für ihre Mitglieder als Hauptaufgabe bzw. sind politischen oder religiösen Gruppierungen verbunden. Das lohnpolitische Verhalten des erstgenannten Gewerkschaftstyps befindet sich nur dann in Übereinstimmung mit den staatlichen Lohnleitlinien, wenn diese zufällig den gewerkschaftlichen Vorstellungen entsprechen. Auch die Kongruenz der lohnpolitischen Ziele von staatlichen Instanzen und den beiden anderen Arbeitnehmerorganisationstypen ergibt sich nur dann, wenn die Zielvorstellungen der politischen bzw. religiösen Bezugsgruppen in den Lohnleitlinien zum Ausdruck kommen.

1) Vgl. zur Klassifizierung der Gewerkschaften Eberhard R. Dall'Asta, Theorie der Lohnpolitik, a.a.O., S. 85 ff.; Goetz A. Briefs, Gewerkschaftsprobleme in unserer Zeit, Frankfurt/Main 1968, S. 41 ff.; Mark van de Vall, Die Gewerkschaften im Wohlfahrtsstaat, Köln - Opladen 1966, S. 55 f.; Anton Burghardt, Lehrbuch der Allgemeinen Sozialpolitik, Berlin 1966, S. 163 ff.; Friedrich Baerwald, Gegenwartsprobleme der Gewerkschaften in internationaler Sicht, in: SW, 13. Jg. (1962), S. 323 ff.; Alfred Christmann, Die Gewerkschaften in der industriellen Gesellschaft, in: HJb, 5. Jahr (1960), S. 130 ff.; Robert Hoxie, Functional Types of Unions, in: Unions, Management and the Public, ed. by E. W. Bakke a. C. Kerr, New York 1949, S. 152 ff.

- sozialorganische Gewerkschaften; sie akzeptieren bei Ausübung ihrer Funktion als Arbeitsmarktverband eine wirtschafts- und sozialpolitische Gesamtverantwortung. Dies bedeutet zwar nicht, daß sich dieser Gewerkschaftstyp - in Unterstützung des wirtschaftlichen Integrationsziels - strikt an die durch intrazonale Lohnleitlinien vorgegebenen Werte hält; es kann jedoch die Berücksichtigung von derartigen Orientierungsdaten bei seinem lohnpolitischen Verhalten unterstellt werden.

Diese beiden alternativ auftretenden Haltungen können sich in folgenden intrazonalen gewerkschaftlichen Aktivitäten niederschlagen:¹⁾

- Die Gewerkschaften in jedem Wirtschaftsuniionsland verfolgen jede für sich ein intrazonal gemeinsames Ziel. Dies bedeutet, daß bei Existenz einer intrazonal einheitlichen Lohnleitlinie eine gemeinsame Haltung der jeweils nationalen Gewerkschaften festzustellen ist. Eine intrazonale gewerkschaftliche Verhaltenskoordination findet jedoch nicht statt.
- Die Gewerkschaften einiger Wirtschaftsuniionsländer schließen gemeinsam einen einzigen - für ihre Länder gültigen - Tarifvertrag ab. In diesem Fall ist in mehreren Ländern des Integrationsraumes eine einheitliche, zwischen mehreren Gewerkschaften abgestimmte, Reaktion auf intrazonale Lohnleitlinien gegeben.
- Eine einzelne Gewerkschaft repräsentiert Arbeitnehmer mehrerer Länder und schließt intrazonal gültige oder

1) Vgl. dazu Nat Weinberg, International Trade Union Co-Operation and National Stabilisation Policies, in: The Labour Market and Inflation, a.a.O., S. 121 ff.

aber jeweils nationale, aber völlig identische, Tarifverträge ab. Demnach wirkt sich die Haltung einer einzigen Gewerkschaft zu intrazonalen Lohnleitlinien in verschiedenen Wirtschaftsunionenländern aus.

- Jeweils nationale Einzelgewerkschaften arbeiten zusammen, um für ihre Mitglieder, die Arbeitnehmer einer einzigen internationalen Unternehmung sind, einheitliche Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Es kommt also zum Abschluß eines einzigen bzw. einzelner - einander identischer jeweils national gültiger - Tarifverträge, so daß sich bei Existenz einer intrazonalen Lohnleitlinie eine zwischen mehreren Gewerkschaften abgestimmte einheitliche Reaktion feststellen läßt.

Die genannten gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten machen deutlich, daß intrazonale Tarifverträge bzw. ihre Substitute das effizienteste Instrument einer internationalen Verhaltenskoordination auf Arbeitnehmerseite darstellen. Insgesamt kann sich - in Verbindung mit den beiden aufgezeigten Verhaltensweisen der Gewerkschaften - folgende Konstellation im gesamten Integrationsraum ergeben:

In einigen Ländern bzw. Branchen der Wirtschaftsunion finden intrazonal einheitliche staatliche Lohnleitlinien Beachtung und schlagen sich in der gewerkschaftlichen Lohnpolitik nieder, in anderen Mitgliedsländern ist dies nicht der Fall, d.h., die vorgegebenen Richtzahlen werden ggf. erheblich überschritten.¹⁾

1) Erhebliche Unterschreitungen von Lohnleitlinien sind aus zwei Gründen auszuschließen:

- Lohnleitlinien sind als gesamtwirtschaftlich realisierbare Richtgrößen für Lohnerhöhungen anzusehen.
- Ein wesentliches Ziel der Gewerkschaften ist die materielle Besserstellung ihrer Mitglieder, so daß sie mit ihren Lohnforderungen nicht wesentlich unter gesamtwirtschaftlich für tragbar angesehenen Lohnerhöhungen bleiben können.

Bei einer solchen - auf Seiten der Gewerkschaften bestehenden - Verhaltenskonstellation muß mit Primär- und Sekundärwirkungen im Integrationsraum gerechnet werden:

- Die primäre Auswirkung besteht in einem partiellen Lohnniveau- bzw. in einem Lohnstruktureffekt; zwischen den Löhnen einzelner Berufe oder Branchen besteht in bestimmten Regionen, Unternehmungen oder sogar Einzelbetrieben von Unternehmungen des Integrationsraumes ein unerwünschtes Gefälle.
- Dieses durch gewerkschaftliches Verhalten bedingte simultane Befolgen und Nicht-Befolgen intrazonaler Lohnleitlinien führt zu Lohndifferenzierungen und kann eine Reihe von negativen (sekundären) Wirkungen auf Faktorallokation¹⁾ und damit auf Beschäftigung und Wirtschaftswachstum, auf Preisstabilität sowie auf Verteilungszielsetzungen innerhalb einer Wirtschaftsunion hervorrufen.

Kommt es - gemessen an und ausgelöst durch die von der intrazonalen staatlichen Lohnpolitik angestrebten Werte - zu interregional stark unterschiedlichen Lohnbewegungen, dann werden vor allem die räumlich mobilen Faktoren Kapital und Unternehmerleistung reagieren. Wenn dies auch aufgrund des staatlicherseits verfolgten Ziels "Vollbeschäftigung" und aufgrund der generellen Arbeitskräfteknappheit nicht zu einem intrazonal spürbaren Beschäftigungsrückgang führen wird,²⁾ so ist doch

1) Siehe dazu auch den Versuch von REES, die Größenordnung der Auswirkungen abzuschätzen, die vom Gewerkschaftsverhalten auf die Allokation der Ressourcen ausgehen. (Vgl. Albert Rees, The Effects of Unions on Resource Allocation, in: Perspectives of Wage Determination, A Book of Readings, ed. by C. R. McConnell, New York - St. Louis - San Francisco - Düsseldorf - London - Mexico - Panama - Sydney - Toronto 1970, S. 227 ff.)

2) Vgl. auch Kurt H. Biedenkopf, Mitbestimmung, Köln 1972, S. 303.

zu erwarten, daß bei Erweiterungsinvestitionen und Neugründungen im Integrationsraum Regionen mit überdurchschnittlichem Lohnniveau gemieden werden und damit die Schaffung ggf. notwendiger neuer Arbeitsplätze unterbleibt. Hinzu kommt, daß durch diese räumliche Andersallokation produktiver Faktoren die Nutzung vorhandener natürlicher Ressourcen nicht im möglichen Umfang erfolgt. Dies bedeutet einen Verzicht auf eine sonst realisierbare Steigerung des regionalen Outputs und - auf längere Sicht - die Vergabe von Wachstumschancen für den gesamten Integrationsraum. Erfolgt also die räumliche Allokationssteuerung der Faktoren Kapital und Unternehmerleistung durch regional unterschiedliches Verhalten der Gewerkschaften, so wirkt ein Allokationsmechanismus, der gerade durch die Existenz einer intrazonal einheitlichen staatlichen Lohnpolitik ausgeschaltet werden soll.

Die oben genannten - durch das Sozialpartnerverhalten hervorgerufenen - Lohnindifferenzierungen können preisstabilitätsgefährdende Wirkungen im Integrationsraum auf zweifache Weise zeitigen:

Zum einen sind von Unternehmen, die mit wesentlich über die intrazonalen Lohnleitlinien hinausgehenden Lohnerhöhungen¹⁾ konfrontiert werden, Überwälzungsversuche und damit Preissteigerungen zu erwarten. Diese von Unternehmerseite ausgehenden Tendenzen verstärken sich, wenn aufgrund eines entsprechenden Wettbewerbsverhaltens auf den in Frage kommenden Märkten auch die nicht

1) Es wird also unterstellt, daß von Lohnerhöhungen im Rahmen der von einer intrazonalen staatlichen Lohnpolitik angestrebten Werte keine Preissteigerungstendenzen ausgehen.

betroffenen Unternehmungen ihre Preise anheben. Von Gewerkschaftsseite kann dieser Angleichungsprozeß dadurch in Gang gebracht bzw. beschleunigt werden, daß bisher leitlinienkonforme Gewerkschaften angesichts der Erfolge ihrer nichtkonformen Kollegen ebenfalls mit entsprechenden Lohnerhöhungsforderungen nachziehen.¹⁾ SCITOVSKY rechnet allerdings nicht mit solchen Anpassungs- bzw. Aufschaukelungsmechanismen. Nach seiner Meinung ermöglicht es eine Wirtschaftsunion, "... to increase price stability without sacrificing employment, or to raise employment without sacrificing price stability."²⁾ Die Gefahr, daß diese Integrationsvorteile durch intrazonales bargaining und intrazonal wirksame Tarifverträge zunichte gemacht werden könnten, ist - nach SCITOVSKY - "... a remote possibility as long as differences remain between real wages in different European countries."³⁾ Da er in diesem Zusammenhang nicht

1) Vgl. dazu auch Bernhard Külp, Zur Problematik der Tarifautonomie, in: HJb, 17. Jahr (1972), S. 211.

2) Tibor Scitovsky, Economic Theory ..., a.a.O., S. 18.

Er begründet diese optimistische Einschätzung folgendermaßen: "Management, however, is the less able to raise prices and the less willing to accede to the wage demands of the union it faces, the more it is exposed to the competition of firms whose labour force is organized by other unions and covered by different wage contracts. The creation of a common Western European market should expose most Western European firms to much more of exactly such competition. It is likely therefore to diminish the danger or slow the pace of these mutually defeating rounds of wage and price increases." (Ebenda.) Ähnlich auch James Edward Meade, Wages and Prices in a Mixed Economy, Tonbridge/Kent 1971, S. 32.

3) Tibor Scitovsky, Economic Theory ..., a.a.O., S. 19.

auf die von Gewerkschaftsseite angestrebte europäische Tarifpolitik¹⁾ eingeht, kann seine Gering-schätzung der von den Sozialpartnern ausgehenden Störmöglichkeiten - besonders hinsichtlich des Ziels "intrazonale Preisstabilität" - nicht geteilt werden.

Ein zweites Bündel von Mechanismen, durch die preis-stabilitätsgefährdende Effekte im Integrationsraum ausgelöst werden können, wirkt in Verbindung mit den monetären Konsequenzen unterschiedlichen Sozialpart-nerverhaltens. Durch die in verschiedenen Regionen der Wirtschaftsunion erfolgten - über die staatlichen Lohnleitlinien hinausgehenden - Lohnerhöhungen kommt es aufgrund des zu unterstellenden elastischen Geld-systems zu einer Zunahme des Geldvolumens und zu über-durchschnittlichen Steigerungen der Konsumgüternach-frage. Falls dadurch Anbieterpositionen verbessert wer-den, so ist in der ersten Phase zumindest partiell mit Preissteigerungen zu rechnen. Die in der Folgezeit

1) Vgl. dazu Hans-Viktor Schierwater, Der Arbeitnehmer und Europa, in: Politische Dimensionen der europäi-schen Gemeinschaftsbildung, hrsg. v. C. J. Friedrich, Köln - Opladen 1968, S. 304 ff.; Bernhard Tacke, Die gewerkschaftliche Tarifpolitik auf übernationaler Ebene, Vortrag anlässlich einer internationalen Ar-beitstagung der IG-Chemie-Papier-Keramik am 27. Mai 1964 in Bad Mündel, DGB Bundesvorstand, Abteilung Tarifpolitik, 2. Auflage, Febr. 1965, S. 16 ff.; Wilhelm Haferkamp, Wirtschaftspolitik und Wirtschafts-verfassung in der EWG aus der Sicht der Gewerkschaften, in: Möglichkeiten und Wege zu einer europäischen Wirt-schaftsverfassung, hrsg. v. H. Schmidt, Berlin 1964, S. 185 ff.; Peter Peschel, Die Lage der Arbeitnehmer ..., a.a.O., S. 52 ff.; o.V., Tarifvertragsfreiheit und die Möglichkeiten zur Schaffung von übernationalen Tarif-verträgen, hekt. Manuskript der Abteilung Tarifpolitik, WWI Düsseldorf o.J., S. 19 ff.; Karl Casserini, Inter-nationale Lohnpolitik, a.a.O., S. 278 f.; Gerda zellen-tin, Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der EWG und Euratom, Leiden 1962, S. 155 ff.

mögliche Eigendynamik interdependenter Prozesse der Geldmengenvermehrung und des Lohn- und Preisforderungsverhaltens¹⁾ kann im gesamten Integrationsraum zu Aufschaukelungsprozessen und damit zur Anhebung des Preisniveaus führen.

Die negativen Effekte des simultanen Befolgens und Nichtbefolgens intrazonal einheitlicher staatlicher Lohnleitlinien auf die Verteilung der persönlichen Einkommen sind unmittelbar ersichtlich: Die nominellen Einkommen von Mitgliedern der nichtleitlinienkonformen Gewerkschaften bzw. ihnen gleichgestellten Arbeitnehmern weisen gegenüber denen der leitlinienkonformen Arbeitnehmerorganisationen höhere Zuwachsraten auf. Wenn sich daraufhin wegen steigender Konsumgüternachfrage das gesamte Preisniveau eher erhöht, als die leitlinienkonformen Gewerkschaften mit ihren Lohnforderungen nachziehen können, so vergrößert sich für den erforderlichen Anpassungszeitraum die am Realeinkommen gemessene Einkommensdiskrepanz zusätzlich.

Auf negativen Konsequenzen unterschiedlicher Haltungen von Unternehmungen und Arbeitgeberverbänden im Integrationsraum gegenüber intrazonalen staatlichen Lohnleitlinien wurde bisher nicht explizit eingegangen. Dies erübrigt sich aus folgenden Gründen:

- Die Höhe des Lohnniveaus in den einzelnen Ländern oder Branchen der Wirtschaftsunion spiegelt nicht nur die Haltung der Gewerkschaften wider, sondern

1) Siehe dazu z.B. die Ausführungen REYNOLDS zu den "structural determinants of cost inflation". (Vgl. Lloyd G. Reynolds, Wage behavior and inflation. An international view, in: Wages, Prices, Profits and Productivity, The American Assembly, Columbia University, New York 1959, S. 125 ff.)

simultan auch die der Arbeitgeberseiten, seien dies nationale oder auch multinationale Unternehmen. Liegen die zugestandenen Löhne über den Werten der intrazonalen Lohnleitlinie, so können die oben genannten - auch auf das Unternehmerverhalten zurückzuführenden - Einzeleffekte auftreten.

- Intrazonal agierende Arbeitgeberverbände mit operationalen - spezifisch intrazonal ausgerichtet - Arbeitsmarktzielen sind derzeit weder empirisch feststellbar noch theoretisch konzipiert.¹⁾
- Die aus unterschiedlichen Arbeitgeberhaltungen resultierenden Konsequenzen können nicht ohne Berücksichtigung des unternehmerischen Preisverhaltens aufgezeigt werden. Dieses ist jedoch nicht unmittelbar Gegenstand von Arbeitsmarktauseinandersetzungen und wird zudem durch die - von der Themenstellung nicht mehr abgedeckte - intrazonale Nichtlohn-Einkommenspolitik beeinflusst.

1) Vgl. dazu Karlheinz Neunreither, Wirtschaftsverbände im Prozeß der europäischen Integration, in: Politische Dimensionen ..., a.a.O., S. 359 ff.; Gerhard Erdmann, Die deutschen Arbeitgeberverbände im sozialgeschichtlichen Wandel der Zeit, Neuwied - Berlin 1966, S. 347 f.
ZIGAN geht auf das Wirken internationaler Arbeitgeberverbände überhaupt nicht ein. (Vgl. Herbert Zigan, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung in der EWG aus der Sicht der Unternehmer, in: Möglichkeiten und Wege ..., a.a.O., S. 161 ff.)

bb) Intrazonal unterschiedliche
Arbeitsmarktverhältnisse

Selbst wenn sich die Haltung der Sozialpartner in den einzelnen Wirtschaftsunionsländern gegenüber einer intrazonalen staatlichen Lohnpolitik als positiv erweist, so muß doch geprüft werden, ob vom integrationsbedingten Nebeneinander jeweils national verschiedener Arbeitsmarktverhältnisse Störwirkungen zu erwarten sind.¹⁾ Zu klären ist also die Frage:

Wie kann aufgrund national unterschiedlicher Arbeitsmarktpositionen und Organisationsstrukturen der

(a) Gewerkschaften,

(b) Arbeitgeberverbände

die Durchführung einer intrazonalen Lohnpolitik staatlicher Instanzen beeinträchtigt werden?

Die Beantwortung dieser Fragestellung erfordert zunächst eine operationale Spezifizierung der Teilbereiche "Arbeitsmarktposition" und "Organisationsstruktur". Als dieser Anforderung genügende Merkmale der Arbeitsmarktposition²⁾ werden betrachtet:

-
- 1) Hinweise auf die Fragestellung finden sich bei Hans Deckers, Betrieblicher oder überbetrieblicher Tarifvertrag?, Münster/Westfalen 1960, S. 183; ferner bei Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte ..., a.a.O., S. 74.
 - 2) Die Möglichkeiten der Arbeitsmarktverbände, hoheitliche Aufgaben zu erfüllen, werden in allen Ländern der Wirtschaftsunion als soweit angeglichen unterstellt, daß davon keine die jeweilige Arbeitsmarktposition differenzierende Wirkungen ausgehen können. (Vgl. zu den öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden Joachim Hirsch, Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, Stuttgart 1966, S. 178 ff.)

- Organisationsgrad,¹⁾
- verbandliche Geschlossenheit (Arbeitskampfbereitschaft, Verbandsdisziplin und solidarisches Mitgliederverhalten),
- finanzielle Verbandssituation (Streikkassen bzw. Unterstützungsfonds).

Es liegt nahe, auch den Unterschied zwischen Tarif- und Effektivlöhnen - sei es als Niveauspanne oder als Lohndrift²⁾ - zur Beurteilung der Stärke von Tarifvertragsparteien auf einzelnen Arbeitsmärkten heranzuziehen. Die Interpretation einer hohen positiven³⁾ Lohndrift als Signal für mögliche starke Tariflohnerhöhungen und damit als Zeichen einer starken Arbeitnehmerposition⁴⁾ ist ebenso unzulässig, wie in einer solchen Arbeitsmarktsituation eine "Ohnmacht gewerkschaftlicher Lohnpolitik"⁵⁾ zu konstatieren. Dies ergibt sich aus folgenden Tatsachen:⁶⁾

-
- 1) Er ist räumlich oder sektoral als Anteil der organisierten Arbeitnehmer bzw. Unternehmungen an der Zahl der jeweils insgesamt Beschäftigten bzw. jeweils vorhandenen Unternehmungen definiert.
 - 2) Vgl. Harald Gerfin, Ausmaß und Wirkung der Lohndrift, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, hrsg. v. H. Arndt, SVSP, N.F. Bd. 51, Berlin 1969, S. 473.
 - 3) Die Effektivlöhne liegen also über den Tariflöhnen.
 - 4) Diese Hypothese läßt sich sowohl auf Ausführungen KÜLPS zu "Wage drift und Arbeitermangel" stützen, als auch aus dem Hinweis GERFINS auf Feedback-Effekte bei großer Niveauspanne herleiten. (Vgl. Bernhard Külp, Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften, Berlin 1965, S. 235 ff.; Harald Gerfin, Ausmaß und Wirkung ..., a.a.O., S. 518.)
 - 5) Gerd Elvers, Gewerkschaftspolitik ..., a.a.O., S. 83.
 - 6) Selbst wenn die nachfolgenden Argumente nicht zutreffen sollten, so beeinträchtigen Definitions- und statistische Erhebungsprobleme die Aussagekraft von Lohndriftwerten erheblich. (Vgl. dazu Eckart Bomsdorf, Bestimmungsfaktoren der Lohndrift, Meisenheim/Glan 1972, S. 4 ff.; Bernhard Külp, Lohnbildung im Wechselspiel ..., a.a.O., S. 220 f.; Christiane Busch-Lüty, Gesamtwirtschaftliche Lohnpolitik, a.a.O., S. 174.)

- Es existieren weitere wesentliche Driftkomponenten im betrieblichen, branchen- und beschäftigungsstrukturellen, sowie im tarifvertraglichen Bereich.¹⁾
- In einzelnen Wirtschaftsunionsländern bzw. in bestimmten Tarifvertragsbereichen des Integrationsraumes kann aufgrund der Art der Tarifverträge Lohn-drift weitgehend ausgeschaltet werden.²⁾
- Bedingt durch national noch unterschiedliche institutionelle und sozialpsychologische Faktoren können "... bei ähnlichen ökonomischen Konstellationen von Land zu Land sehr verschiedene Driftprozesse zu beobachten ..." sein.³⁾

Die Organisationsstruktur der Arbeitsmarktverbände⁴⁾ wird konkretisiert anhand der

- Verbandstypen (Funktionärs- oder Honoratiorenverbände)⁵⁾

-
- 1) Vgl. dazu Harald Gerfin, Ausmaß und Wirkung ..., a.a.O., S. 493 ff.; Bernhard Külp, Lohnbildung im Wechselspiel ..., a.a.O., S. 221 ff.; Christiane Busch-Lüty, Gesamtwirtschaftliche Lohnpolitik, a.a.O., S. 180 ff.
 - 2) Vgl. Harald Gerfin, Ausmaß und Wirkung ..., a.a.O., S. 508 f.; William Fellner a.o., The Problem of Rising Prices, Paris 1964, S. 67.
 - 3) Harald Gerfin, Ausmaß und Wirkung ..., a.a.O., S. 511.
 - 4) Einzelunternehmungen, die im Gegensatz zum einzelnen Arbeitnehmer ebenfalls tarifvertragsfähig sind, bleiben in diesem Zusammenhang außer Betracht.
 - 5) Vgl. zur Charakterisierung von Funktionärs- und Honoratiorenverband Rupert Breitling, Die Verbände in der Bundesrepublik, Meisenheim/Glan 1955, S. 55 f. Als weitere Verbandstypen werden auch Einzweck- (Spezial-) und Mehrzweck- (Universal-) Verbände genannt. Erstere lassen sich hinsichtlich der Sozialpartner als arbeitsmarktbezogene Organisationen interpretieren, letztere als Instrumente zur Interessenvertretung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Da die Themenstellung auf Arbeitsmarktprozesse beschränkt ist, entfällt die Behandlung dieser Verbandstypen im vorliegenden Zusammenhang. (Vgl. zu Einzweck- und Mehrzweckverbänden Georg Weippert, Zum Verständnis der verbandsstrukturierten Gesellschaft, in: Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik, hrsg. v. H. Ohm, Berlin 1964, S. 143 f.)

- Organisationsprinzipien und -ebenen¹⁾ (Berufs- bzw. Firmen- oder Industrieprinzip, Spitzen- bzw. Dachverbände²⁾ oder keine Verbände von Verbänden),
- Art der innerverbandlichen Willensbildungsprozesse (demokratisch oder oligarchisch-autoritär).

Im Gegensatz zum vorherigen Abschnitt ba) werden im folgenden die Störmöglichkeiten von Gewerkschafts- und Arbeitgeberseite getrennt analysiert. Dies erweist sich als notwendig, da von der Konfrontation der die jeweiligen Arbeitsmarktpositionen und Organisationsstrukturen kennzeichnenden Merkmale mit einer intrazonalen Lohnpolitik unterschiedliche Störwirkungen erwartet werden.

ad (a): Als Maßstab der gewerkschaftlichen Arbeitsmarktposition wurde an erster Stelle der Organisationsgrad genannt. Diese Größe ist aufgrund ihrer Quantifizierbarkeit - allerdings nur in Verbindung mit den anderen beiden Merkmalen³⁾ - ein geeignetes Instrument

-
- 1) Bei den sich jeweils gegenüberstehenden Arbeitsmarktparteien stellt sich eine Gleichheit dieser Organisationsstrukturmerkmale in dem Maß ein, wie es hinsichtlich Auseinandersetzungsgegenstand und Konfrontationsebene zum Zustandekommen von Tarifverträgen notwendig ist. (Vgl. dazu Manfred Gömmel, Gesamtwirtschaftliche Lohnorientierung ..., a.a.O., S. 86 ff.; Hansjörg Weitbrecht, Effektivität und Legitimität ..., a.a.O., S. 57.)
 - 2) Zur Unterscheidung zwischen Spitzen- und Dachverbänden vgl. Edwin Buchholz, Die Wirtschaftsverbände in der Wirtschaftsgesellschaft, Tübingen 1969, S. 86 ff. In Anlehnung an die von BUCHHOLZ angestellten Überlegungen werden die sich auf höchster nationaler Ebene konstituierenden Verbände der Tarifpartner als Spitzenverbände bezeichnet. (Vgl. ebenda, S. 87.)
 - 3) Vgl. dazu auch Rainer Skiba, Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Entwicklung der Reallöhne, Köln 1968, S. 126.

zur Beantwortung der vorliegenden Fragestellung.¹⁾ Ein hoher Organisationsgrad der Arbeitnehmer in einem Wirtschaftsuniionsland - oder ein niedriger in Verbindung mit entsprechenden Außenseiterregelungen²⁾ und/oder Allgemeinverbindlichkeitscharakter der ausgehandelten Tarifverträge - gilt als Zeichen einer starken Position der Gewerkschaften auf dem nationalen Arbeitsmarkt.³⁾ Dieser organisierten und annahmegemäß gegenüber einer integrationsraumweiten Lohnpolitik positiv eingestellten Arbeitnehmerseite eines oder mehrerer Wirtschaftsuniionsländer können andere Mitgliedsstaaten mit formal und/oder material geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad gegenüberstehen. In diesen Ländern wird demnach ein bedeutender Teil der Arbeitnehmerschaft nicht durch offiziell anerkannte Organisationen (Gewerkschaften) repräsentiert. Von den sich dann informell und ad hoc bildenden Koalitionen der Arbeitnehmer kann keine bewußte Orientierung an den Zielen einer intrazonalen staatlichen Lohnpolitik erwartet werden. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß ausschließlich die höchstmögliche materielle Besserstellung der jeweiligen

-
- 1) Vgl. dazu auch Bernhard Külp, Der Einfluß der Interessengruppen auf die Wirtschaftspolitik in Abhängigkeit von der Organisationsfähigkeit der Interessen. Ansatzpunkte zu einer wirtschaftswissenschaftlichen Theorie des Verbandseinflusses, hekt. Manuskript, o.O., o.J., S. 9.
 - 2) Solche sind z.B., - neben den an dieser Stelle nicht näher zu behandelnden obligatorischen Solidaritätsbeiträgen von Nichtorganisierten - gesamtwirtschaftlich bedeutende closed-shop und union-shop Klauseln. (Vgl. dazu auch den Hinweis bei Klaus von Beyme, Interessengruppen in der Demokratie, München 1971, S. 53.)
 - 3) Eine bei Liefmann-Keil zu findende und dieser These widersprechende Äußerung beruht - wie aus dem Begründungszusammenhang deutlich wird - anscheinend auf einem Druckfehler. (Vgl. Elisabeth Liefmann-Keil, Zur Aktivität der Interessenverbände, in: Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, hrsg. v. H. Arndt, Berlin 1969, S. 48.)

Gruppenmitglieder angestrebt wird. Daher kann es in strukturell oder konjunkturrell bedingten Engpaßsituationen auf einzelnen Arbeitsmärkten zu Lohnerhöhungen kommen, die erheblich über den von der intrazonalen staatlichen Lohnpolitik vorgegebenen und auch von den Gewerkschaften akzeptierten Richtwerten liegen.

Selbst wenn solche - unter Integrationsaspekten - unerwünscht hohen Löhne zunächst nur vereinzelt auftreten, so können dadurch folgende Effekte ausgelöst werden:

- Signal für weitere nichtorganisierte Arbeitnehmer, ebenfalls Lohnerhöhungsforderungen anzumelden.
- Druck der Gewerkschaftsmitglieder auf ihre Führungsinstanzen, tatsächlich oder vermeindlich vorhandene Lohnerhöhungsspielräume zu nutzen.

Insgesamt kann sich also für den Fall eines integrationsbedingten Nebeneinanders von Ländern mit hohem und niedrigen gewerkschaftlichem Organisationsgrad ergeben, daß einer zunächst auch von Gewerkschaftsseite akzeptierten intrazonalen Lohnpolitik (z.B. in Form einer Lohnleitlinie) die Unterstützung mehr und mehr versagt wird.

Bei der Diskussion der Störkonsequenzen, die aus intrazonal unterschiedlichen Arbeitsmarktpositionen der Gewerkschaften resultieren, kann das Merkmal 'verbandliche Geschlossenheit' nur in unmittelbarer Verbindung mit der 'finanziellen Verbandssituation' behandelt werden. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß das Arbeitsentgelt als die wichtigste Einkommensquelle der unselbständig Beschäftigten anzusehen ist, und daher

sein streik- oder aussperrungsbedingter Wegfall eine unmittelbare Bedrohung der materiellen Existenz des Betroffenen bedeutet.¹⁾

Der Versuch, allein aufgrund der von Wirtschaftsunionen-land zu Wirtschaftsunionenland unterschiedlichen verbandlichen Geschlossenheit und finanziellen Verbands-situation der Gewerkschaften Beeinträchtigungen einer intrazonal einheitlichen Lohnpolitik zu konstatieren, führt zu keinen sinnvollen Ergebnissen. Zu beachten ist jedoch, daß diese Feststellung nur unter folgenden Bedingungen gilt:

- positive Einstellung aller Gewerkschaften zu einer integrationsraumweiten staatlichen Lohnpolitik,
- intrazonal einheitlicher und hoher Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft,
- keine Arbeitnehmerinteressenvertretung durch außer-gewerkschaftliche oder informelle Arbeitnehmergruppen.

Hinsichtlich der Rolle der Organisationsstruktur bei der Durchführung einer staatlichen Lohnpolitik im Integrationsraum ergibt sich von vornherein, daß ein integrationsbedingtes Nebeneinander unterschiedlicher gewerkschaftlicher Verbandstypen nicht möglich ist. Für Arbeitnehmer, die als Einzelpersonen wirtschaftlich und sozial relativ ungesichert sind und über geringe Machtmittel zu ihrer Interessenvertretung verfügen, kommt ausschließlich die Repräsentation in einem Funktionärsverband in Betracht. Nur dieser Verbandstyp ist aufgrund seiner durch hauptamtliche Funktionäre straff geführten Organisation in der Lage, die schwache Arbeits-

1) Vgl. auch Bernhard Külp, Lohnbildung im Wechselspiel ... , a.a.O., S. 190.

marktposition seiner Mitglieder entscheidend zu verbessern; ein in der Regel föderalistisch aufgebauter Honoratiorenverband, geführt durch ehrenamtlich und befristet tätige Verbandsmitglieder ist dazu generell ungeeignet.

Störungen einer intrazonalen Lohnpolitik aufgrund unterschiedlicher Organisationsprinzipien in den einzelnen Wirtschaftsunionsländern ergeben sich aus den Charakteristika von Fach- bzw. Berufsgewerkschaft einerseits und Industriegewerkschaft andererseits.¹⁾

Die Arbeitsmarktverhältnisse der Länder mit überwiegend fachlich bzw. beruflich organisierten Gewerkschaften²⁾ sind gekennzeichnet durch:

- überschaubare gewerkschaftliche Organisationseinheiten mit enger gegenseitiger Mitgliederbindung,
- hohe Streikbereitschaft,³⁾
- schnelle Reaktionsmöglichkeiten des Gewerkschaftsverhaltens auf betriebliche oder regional wirksame Änderungen der Produktions- und Arbeitsbedingungen,

1) Vgl. dazu Anton Burghardt, Lehrbuch ..., a.a.O., S. 168 f.; Karl-Heinz Sohn, Berufsverband und Industriegewerkschaft, Köln 1964, S. 21 ff.; ferner Edwin Buchholz, Die Wirtschaftsverbände ..., a.a.O., S. 75 ff.; E. Wight Bakke a. Clark Kerr, Unions Functions and Structure, in: Unions, Management and the Public, a.a.O., S. 149 f.

2) Bis auf das dritte treffen die nachstehend angeführten Kennzeichen auch für Industriegewerkschaften zu, deren Einzelverbände selbständig Betriebs-, Firmen- oder räumlich eng begrenzt gültige Tarifverträge abschließen.

3) Vgl. Gerhard Himmelmann, Lohnbildung durch Kollektivverhandlungen, Berlin 1971, S. 205.

- Konfliktmöglichkeiten zwischen Einzelgewerkschaften aufgrund unklarer Verantwortungs- und Vertretungskompetenzen,¹⁾
- Abschlüsse von Betriebs-, Firmen- oder räumlich eng begrenzten Tarifverträgen,
- Orientierung der einzelgewerkschaftlichen Lohnforderungen an den in vergleichbaren Betrieben bzw. Unternehmungen bereits gezahlten Spitzenlöhnen.²⁾

Die Arbeitsmarktverhältnisse in Wirtschaftsunionenländern mit vorwiegend nach dem Industrieprinzip organisierten Gewerkschaften weisen folgende Kennzeichen auf:

- große und komplexe Gewerkschaftsorganisationen mit z.T. räumlich weit verstreuter Mitgliedschaft,
- hohe Kompromißfähigkeit und - gegenüber den Berufs- bzw. Fachgewerkschaften - geringere Streikneigung,³⁾
- keine Reaktionen auf in Branchensicht unbedeutende Veränderungen der Arbeitsbedingungen in Einzelbetrieben,⁴⁾

1) Vgl. Gerhard Himmelmann, Lohnbildung ..., a.a.O., S. 205 f.; Karl-Heinz Sohn, Berufsverband und Industriegewerkschaft, a.a.O., S. 52 f.; Hans Deckers, Betrieblicher oder überbetrieblicher Tarifvertrag?, a.a.O., S. 159 f.

2) Vgl. Hans Deckers, Betrieblicher oder überbetrieblicher Tarifvertrag?, a.a.O., S. 178 f.

3) Vgl. Gerhard Himmelmann, Lohnbildung ..., a.a.O., S. 205.

4) Dies ergibt sich aus der gewählten Verhandlungsebene. Daneben können von Gewerkschaftsseite bewußt "parti-kularen Betriebslösungen" bei der Festlegung von Arbeitsbedingungen vermieden werden, um eine wirtschaftliche und gefühlsmäßige Bindung ihrer Mitglieder an Einzelbetriebe zu vermeiden. (Vgl. dazu Irene von Reitzenstein, Solidarität und Gleichheit, Berlin 1961, S. 177 ff.)

- keine Austragung von Konflikten zwischen verschiedenen Industriegewerkschaften auf den Arbeitsmärkten wahrscheinlich,¹⁾
- Abschlüsse von Tarifverträgen mit industrieweitem Geltungsbereich,
- Orientierung der tarifvertraglich geregelten Lohnhöhe an der Ertragskraft der jeweiligen Grenzbetriebe und damit Mindestlohncharakter der Tariflöhne.²⁾

Der Ansatzpunkt für die nun aufzuzeigenden Störmöglichkeiten einer intrazonalen staatlichen Lohnpolitik besteht darin, daß eine als Orientierungshilfe gedachte vorgegebene Lohnleitlinie von Fall zu Fall von autonomen Gewerkschaften interpretiert werden muß. Existieren in einer Wirtschaftsunion sowohl Länder mit überwiegend berufsgewerkschaftlich als auch solche mit vornehmlich industriegewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmerschaft, so können sich aufgrund der aufgezählten Charakteristika dieser beiden Organisationsprinzipien zwei Störeffekte ergeben:

- Da von Fachgewerkschaften die in ihrem Bereich gezahlten Spitzenlöhne und bei Verhandlungen auf Industrieebene die Löhne der Grenzbetriebe als Bezugsgrundlage der Tarifverhandlungen herangezogen werden, gilt, daß in Wirtschaftsunionsländern mit berufsge-

1) Vgl. dazu Hans Deckers, Betrieblicher oder überbetrieblicher Tarifvertrag?, a.a.O., S. 177.

2) Dies schließt nicht aus, daß in industriegewerkschaftlich organisierten Wirtschaftsunionsländern die Effektivlöhne ebenfalls über den durch eine intrazonale Lohnpolitik angestrebten Steigerungsraten liegen. Dazu bedarf es jedoch eines - in diesem Zusammenhang nicht zu diskutierenden Lohn-driftprozesses.

werkschaftlichem Organisationsprinzip bereits die Tariflöhne über den Werten einer intrazonalen Lohnleitlinie liegen können.¹⁾ Es wird unterstellt, daß die von einer intrazonalen Lohnpolitik angestrebten Löhne unter denen der jeweiligen Spitzenlöhnen liegen. Für den gesamten Integrationsraum ergibt sich also die Konsequenz, daß mit zunehmender Zahl von Ländern mit fachgewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern das Ausmaß der Überschreitung eines - von einer intrazonalen Lohnpolitik - angesteuerten Lohnniveaus zunimmt.

- Je mehr Gewerkschaften eines Integrationsraumes die von der intrazonalen Lohnpolitik angegebenen Richtwerte interpretieren müssen, desto größer wird die Gefahr von Fehlinterpretationen. Zwar könnten sich theoretisch die möglichen Abweichungen aufgrund des statistischen Gesetzes der großen Zahl gegenseitig kompensieren, doch vernachlässigt diese Argumentation die mit den zeitlichen Aufeinanderfolgen dieser Interpretationsprozesse verbundenen Einflußmöglichkeiten. In Verbindung mit den - auch aufgrund ihrer großen Streikbereitschaft - höheren Lohnabschlüssen von Berufs- gegenüber Industriegewerkschaften ist zu berücksichtigen, daß insbesondere bei Überschreitung der staatlichen Lohnleitlinienwerten mit Nachahmungsreaktionen zu rechnen ist. Bei häufig notwendig werdenden und zeitlich aufeinanderfolgenden Interpretationsprozessen in einem Integrationsraum können daher sowohl zahlreichere als auch höhere positive Abweichungen von einer intrazonal vorgegebenen Lohnleitlinie auftreten.

1) Ein Hinweis auf die dafür auch verantwortlichen gruppen-egoistischen Verhaltensweisen auf Betriebsebene findet sich auch bei Manfred Gömmel, Gesamtwirtschaftliche Lohnorientierung ..., a.a.O., S. 115.

In bezug auf die jeweils national gegebene Organisationsebene der Arbeitsmarktparteien stellt sich die Frage, ob das integrationsbedingte Nebeneinander von Ländern mit bzw. ohne gewerkschaftliche Spitzenverbände die Durchführung einer intrazonalen Lohnpolitik behindert. Diese Gegenüberstellung ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn einerseits die Spitzenverbände starken Einfluß auf ihre Einzelgewerkschaften haben,¹⁾ und andererseits zwischen ausschließlich vorhandenen Einzelgewerkschaften keine informellen Abstimmungsmechanismen bestehen. Zentral für die Beantwortung der vorliegenden Frage ist die Konkretisierung der zwischen Spitzen- und Einzelverbänden bestehenden Beeinflussungsmöglichkeiten. Unter Verzicht auf Versuche, über die Auswirkungen gradueller Verschiebungen von Entscheidungsbefugnissen Aussagen zu machen, wird nur folgende intrazonale Konstellation betrachtet:

In einigen Wirtschaftsunionenländern existiert jeweils ein gewerkschaftlicher Spitzenverband, der entweder selbst alle Tarifverträge abschließt, oder aber die Einzelabschlüsse seiner Mitgliedsverbände inhaltlich vollständig kontrolliert.²⁾ In den übrigen Wirtschaftsunionenländern liegt die Tarifvertragskompetenz ausschließlich bei den einzelnen Fach- bzw. Industrie-
gewerkschaften.

-
- 1) Zu den Problemen einer solchen zentralen Vertretungsinstitution vgl. Manfred Gömmel, Gesamtwirtschaftliche Lohnorientierung ..., a.a.O., S. 106 ff.
 - 2) Die damit zusammenhängenden Probleme der innerverbandlichen Willensbildung werden im unmittelbar folgenden Punkt dieses Abschnitts angesprochen.

Sollen die Werte einer intrazonalen Lohnleitlinie realisiert werden, so kommt - da die Lohndrift als generell wirkendes Störmoment nicht diskutiert wird - nur der Fall in Betracht, daß jeweils die Effektivlöhne von den Gewerkschaften ausgehandelt werden. Unter dieser Voraussetzung ergibt sich, daß - bei allgemeiner Zustimmung zu den vorgegebenen Lohnleitlinien - deren Werte in Ländern mit zentraler Gewerkschaftsentscheidung in höherem Maß eingehalten werden, als in den übrigen Ländern; dort ist aufgrund der autonomen Einzelentscheidungen mit mehr oder minder großen Abweichungen zu rechnen. Von den die intrazonale Lohnleitlinie überschreitenden Tarifabschlüssen können folgende negative Wirkungen ausgehen:

- Bei hoher Arbeitskräftemobilität und bei Arbeitskräftemangel im Integrationsraum werden in Ländern mit gewerkschaftlichen Spitzenverbänden und auch in den übrigen Branchen bzw. Berufen "schwarze Löhne" gezahlt,¹⁾ um Abwanderungen zu vermeiden. Knappheitsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten lassen also - unter den genannten Bedingungen - eine Lohnleitlinie erheblich an Bedeutung verlieren.
- Bei geringer Arbeitskräftemobilität und hohem Beschäftigungsstand ist im Fall des allgemeinen Bekanntwerdens von erheblichen partiellen Überschreitungen der Lohnleitlinien aufgrund des Nachziehverhaltens mit zwei Effekten zu rechnen. Zum einen

1) Vgl. z.B. die Erfahrungen, die in Holland mit dem Phänomen "schwarze Löhne" gemacht wurden. (Siehe dazu Christiane Busch-Lüty, Gesamtwirtschaftliche Lohnpolitik, a.a.O., S. 177; H. Hoefnagels, Ist Hollands Lohnpolitik ein Vorbild für andere Länder?, in: Orientierung, 26. Jg. (1962), Nr. 17, S. 188; C. Westrate, Economic Policy in Practice: The Netherlands 1950/1957, Leiden 1959, S. 178.)

kann es in Ländern mit gewerkschaftlichen Zentralinstanzen zumindest in den Bereichen zu wilden Streiks kommen, die denen mit den unerwünscht hohen Lohnsteigerungen vergleichbar sind. Zum anderen werden in den übrigen - einzelgewerkschaftlich organisierten - Ländern entsprechend begründete Lohnforderungen von den Gewerkschaften selbst angemeldet. In beiden Fällen ist also eine Weiterverbreitung von partiell stattfindenden Überschreitungen vorgegebener Lohnleitlinien zu erwarten.

Als letztes - die innerverbandlichen Organisationsstrukturen kennzeichnendes - Merkmal wurde die Art der innerverbandlichen Willensbildung genannt. Im Hinblick auf die vorliegende Fragestellung muß daher als erstes geprüft werden, ob den Gewerkschaften der einzelnen Wirtschaftsunionenländer jeweils eine überwiegend demokratische bzw. oligarchisch-autoritäre Willensbildung unterstellt werden kann. Der Zulässigkeit einer solchen Polarisierung der Gewerkschaften des Integrationsraumes stehen jedoch folgende beiden Überlegungen entgegen:

- "Die Gewerkschaften verstehen sich (1) als zur demokratischen Führung ihrer Angelegenheiten und (2) als zur "Demokratisierung" von Staat, Gesellschaft und Betrieb verpflichtet."¹⁾ Daraus folgt durchgängig für alle Ebenen der Gewerkschaftsorganisationen die

1) Andreas Villiger, Aufbau und Verfassung der britischen und amerikanischen Gewerkschaften, Berlin 1966, S. 138; ähnlich auch Gert von Eynern, Grundriß der politischen Wirtschaftslehre, Köln - Opladen 1968, S. 159.

- Existenz demokratischer Willensbildungsprozesse¹⁾ und daher generell die Gültigkeit des Repräsentationsphänomens.²⁾ Insgesamt ergibt sich also, daß - zumindest formell - Gewerkschaften mit oligarchisch-autoritärer Willensbildung nicht existieren.³⁾
- Mit steigender Mitgliederzahl der Gewerkschaften gehen Zentralisierung und Bürokratisierung ihres Führungsapparates einher.⁴⁾ Die im Zuge dieser Entwicklung zunehmend feststellbare Mitgliederapathie⁵⁾ wirkt in Verbindung mit der Existenz von Berufsfunktionären auf oligarchisch-autoritäre Führungsstrukturen hin.⁶⁾
-
- 1) Vgl. zu den typischen Ausformungen demokratischer Interessenverbandsführung Dieter von Schmädel, Führung im Interessenverband, Probleme der innerverbandlichen Willensbildung, Berlin 1968, S. 39 ff.; zur unterschiedlichen Ausformung von Verbandsdemokratie vgl. Bernhard Külpe, Lohnbildung im Wechselspiel ..., a.a.O., S. 43 ff.
- 2) Vgl. Bernhard Külpe, Lohnbildung im Wechselspiel ..., a.a.O., S. 27 f.
- 3) LIPSET stellt in bezug auf die demokratische Führung von Gewerkschaften - in völligem Gegensatz zur allgemein herrschenden Auffassung - fest "... that the more democratic a union - the more opposition to the incumbent leadership, the more factions, the more turnover in office - the more irresponsible the union will be." (Seymour Martin Lipset, The Political Process in Trade Unionism: an interdisciplinary reader, ed. by W. Galenson a. S. M. Lipset, New York - London 1960, S. 239.)
- 4) Vgl. Andreas Villiger, Aufbau und Verfassung ..., a.a.O., S. 128 ff.
- 5) Vgl. dazu Hartmut Schellhoss, Apathie und Legitimität ..., a.a.O., S. 8 ff.; Mark van de Vall, Die Gewerkschaften im Wohlfahrtsstaat, a.a.O., S. 107.
- 6) Vgl. Mark van de Vall, Labor Organizations, London - New York 1970, S. 178 f.; ders., Die Gewerkschaften im Wohlfahrtsstaat, a.a.O., S. 91 ff.; Gert von Eyern, Grundriß ..., a.a.O., S. 158; ferner vor allem Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens ..., a.a.O., passim.

Beide Argumente machen deutlich, daß die oben geforderte Einteilung der Gewerkschaften eines Integrationsraumes in solche mit demokratischer oder mit oligarchisch-autoritärer Willensbildung nicht vorgenommen werden kann. Es ist weder theoretisch fundierbar noch empirisch nachzuweisen, daß z.B. allgemein akzeptierte Lohnleitlinien von Mitgliedern demokratisch geführter Gewerkschaften - aufgrund ihrer Beteiligung an der Entscheidung - eher respektiert werden als von autoritär geführten Gewerkschaftsmitgliedern, die an der Entscheidung nicht mitwirkten.

ad (b): Im Gegensatz zu Gewerkschaftsfragen werden in der wissenschaftlichen Diskussion¹⁾ die mit der Existenz von Arbeitgeberverbänden zusammenhängenden Fragenkomplexe in ungleich geringerem Maß behandelt. Dies läßt sich auf drei Gründe zurückführen:

- Bei Auseinandersetzungen in tarifvertraglich abzuschließende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geht die Initiative und damit die analytisch interessante Stör- bzw. Veränderungsaktivität von den Gewerkschaften aus, die reaktive - auf die Bewahrung des status quo gerichtete - Abwehrrolle fällt der Unternehmerseite zu.
- In vielen Fällen ist der Einzelunternehmer Tarifvertragspartner.
- Dem einzelnen Arbeitgeber kommt - im Gegensatz zum einzelnen Arbeitnehmer - bei der Bestimmung der Effektivlöhne und der übrigen tatsächlich vorhandenen Arbeitsbedingungen eine zentrale Bedeutung zu.

1) Dies gilt sowohl für die Diskussion im deutschen wie im internationalen Bereich, insbesondere für die "Labor Economics" in den USA und in Großbritannien.

Die sich ergebende Konsequenz - eine intrazonale Konfrontation unterschiedlicher Verhaltensweisen von Einzelarbeitgebern - fällt außerhalb der vorgegebenen Fragestellung. Sie müßte sich eingehend mit der ausdrücklich ausgeklammerten Lohndriftproblematik befassen und ist zudem kein Pendant zur bisher erfolgten Beschäftigung mit intrazonal wichtigen Merkmalen von Arbeitnehmerorganisationen. Daher wird an dieser Stelle ausschließlich auf Störungsmöglichkeiten einer intrazonalen staatlichen Lohnpolitik aufgrund der Existenz jeweils national unterschiedlicher Arbeitgeberverbände eingegangen.

Als Maßstäbe der verbandlichen Arbeitsmarktposition wurden Organisationsgrad, verbandliche Geschlossenheit und finanzielle Verbandssituation genannt. Dem Organisationsgrad auf Arbeitgeberseite kommt im vorliegenden Zusammenhang keine Bedeutung zu. Dies ergibt sich zum einen daraus, daß aus dieser Kennziffer nicht hervorgeht, welcher Anteil der im entsprechenden Bereich insgesamt beschäftigten Arbeitnehmer in den verbandlich organisierten Unternehmen tätig ist.¹⁾ Zum anderen ist die Bindung der Einzelunternehmer an "ihren" Arbeitgeberverband gering, weil sie entweder ebenfalls tariffähig sind, bzw. über einen diesem Status nahekommenden Handlungsspielraum verfügen.

Auch der Grad der verbandlichen Geschlossenheit von organisierten Arbeitgebern erweist sich bei näherer Betrachtung als ungeeignet zur Überprüfung der vorliegenden Fragestellung. Dies geht aus folgenden Überlegungen zur Organisierbarkeit von Arbeitgeberinteressen

1) Vgl. dazu Günter Schmolders, Das Selbstbild der Verbände, SVSP, N.F. Bd. 38, Berlin 1965, S. 91 f.

und damit zur Solidarisierungsfähigkeit zwischen einzelnen Unternehmern hervor:

Es kann zwar argumentiert werden, daß - im Gegensatz zur großen Zahl der Arbeitnehmer - die relativ geringe Anzahl von Arbeitgebern die Feststellung gemeinsamer Interessen vereinfacht und deren Identifikation mit Verbandsinteressen erleichtert.¹⁾ Realitätsnähere Argumente können jedoch für das Gegenteil erbracht werden. Im Gegensatz zur weitgehenden Homogenität der Arbeitnehmerinteressen läßt sich auf Arbeitgeberseite eine durch Konkurrenzbeziehungen bedingte und durch inhomogene Produktionsbedingungen verursachte Interessenvielfalt feststellen, die Neigungen zu lohnpolitischen Separatzugeständnissen fördert und damit enge und schlagkräftige Zusammenschlüsse sehr erschwert.²⁾ Eine zeitlich nur annähernd stabile hohe oder geringe verbandliche Geschlossenheit der organisierten Arbeitgeber in den einzelnen Wirtschaftsunionenländern kann daher nicht unterstellt werden. Es fehlt also die wichtigste Voraussetzung für die Eignung des Merkmals "verbandliche Geschlossenheit" als Ansatzpunkt einer Diskussion über die Störmöglichkeiten einer intrazonalen staatlichen Lohnpolitik.

Auch eine günstige oder ungünstige finanzielle Verbands-situation kann nicht als Kennzeichen der Arbeitsmarktposition der organisierten Arbeitgeberseite herangezogen werden. Das ergibt sich unter Berücksichtigung der als

1) Vgl. Elisabeth Liefmann-Keil, Ökonomische Theorie ..., a.a.O., S. 273.

2) Vgl. Joseph H. Kaiser, Die Repräsentation ..., a.a.O., S. 106 f.
Vgl. z.B. zur Entscheidung des Unternehmers über Verbandsbeitritt bzw.-verbleib Karl Heinz Weigand, Zur Solidarität ..., a.a.O., S. 45 ff. Danach bestehen die Elemente dieses Entscheidungskalküls in der Verbandsleistung, im Risiko als Außenseiter und in den Kosten der Verbandszugehörigkeit. (Vgl. ebenda.)

gering eingeschätzten Unternehmersolidarität aus dem möglichen Umfang der Unterstützungsleistungen. Diese können im Fall streikbedingter Produktionseinstellungen - auch von finanzstarken Verbänden - in der Regel nur einen Teil der betrieblichen Fixkosten decken, keinesfalls jedoch die entstehenden Gesamtkosten oder sogar die entgangenen Unternehmergewinne.¹⁾

Insgesamt muß in bezug auf national unterschiedliche Arbeitsmarktpositionen der Arbeitgeberverbände in einer Wirtschaftsunion festgestellt werden, daß dieses Merkmal nicht hinreichend konkretisierbar ist, um zur Beantwortung der vorliegenden Fragestellung dienen zu können.

Im Gegensatz zur Arbeitnehmerseite sind die Arbeitgeber sowohl in Funktionärs- als auch in Honoratiorenverbänden organisierbar.²⁾ Existieren im Integrationsraum Länder mit überwiegend dem einen und dem anderen Verbandstyp nebeneinander, so können - auch bei anfänglich genereller Zustimmung zu einer intrazonalen Lohnpolitik - folgende Störwirkungen auftreten:

- Wird z.B. eine intrazonale Lohnleitlinie von allen organisierten Arbeitgebern einer Wirtschaftsunion eingehalten, so muß angenommen werden, daß sie den Interessen aller Einzelmitgliedern Rechnung trägt. Damit ist die dominante Zielsetzung der föderalistisch aufgebauten Honoratiorenverbände erfüllt. Diese - ohne zurechenbares verbandliches Mitwirken erfolgte - Ziel-

1) Vgl. Heinz Weigand, Zur Solidarität ..., a.a.O., S. 79.

2) Dies ergibt sich aus der kurzen Charakterisierung beider Verbandstypen im vorherigen Teil (a).

realisierung kann jedoch nach einiger Zeit bei Funktionärsverbänden die zusätzlich - wenn nicht sogar bevorzugt - verfolgten Ziele "Sicherung der Verbandsexistenz und Ausdehnung seiner Machtsphäre" negativ tangieren;¹⁾ denn Mitgliederinteressen wird ohne Verbandzutun entsprochen und der verbandliche Einflußbereich verkleinert sich oder dehnt sich zumindest nicht aus. Mögliche Aktionen seitens der Funktionärsverbände zum Beweis ihrer Existenznotwendigkeit und zur Sicherung ihrer Einflußsphäre richten sich unter diesen Umständen explizit oder implizit gegen die intrazonalen Lohnleitlinien. Dies kann - schon aufgrund der generell zu unterstellenden Rigidität der Löhne nach unten - das Überschreiten der vorgegebenen Richtwerte bedeuten. Werden dadurch andere Arbeitgeberverbände veranlaßt, ebenfalls Überschreitungen der Lohnleitlinien zuzulassen - etwa um Arbeitskräfteabwanderungen zu vermeiden oder ihre Zuwanderung zu fördern - so ist dies das Ende einer intrazonal einheitlichen Lohnorientierung.

- Auch Honoratiorenverbände können derartige Störeffekte auslösen. Aufgrund der von der Mitgliedschaft gestellten, ehrenamtlich und daher zeitlich befristet amtierenden Führung dieses Verbandstyps besteht die Gefahr diskontinuierlichen Verbandshandelns.²⁾ Eine ursprünglich positive Haltung eines solchen Verbandes zu intrazonalen Lohnleitlinien kann im Zuge der - im Vergleich zu den Funktionärsverbänden - häufig

1) Vgl. dazu auch Bernhard Külp, Streik und Streikdrohung, Berlin 1969, S. 45.

2) Vgl. Rupert Breitling, Die Verbände ..., a.a.O., S. 57.

personellen Umbesetzungen in eine negative umschlagen und die oben bereits beschriebenen Wirkungsmechanismen auslösen.

Störungsmöglichkeiten aufgrund intrazonal unterschiedlicher Organisationsprinzipien der Arbeitgeberseite sind - analog zu den Verhältnissen auf Arbeitnehmerseite - aus dem integrationsbedingten Nebeneinander von Einzelfirmen bzw. Branchenverbänden als Tarifpartner herzuleiten. In Wirtschaftsunionisländern mit vorwiegend Firmen- bzw. Branchentarifverträgen¹⁾ ergeben sich aus Arbeitgebersicht folgende Konsequenzen:

- Vielzahl von Firmen- bzw. relativ geringe Anzahl von Branchentarifvertragsabschlüssen,
- Orientierung der Tarifverträge an der jeweiligen Unternehmungssituation bzw. an Branchegegebenheiten,
- unterschiedlich hohe Belastung aller Unternehmungen einer Branche durch Tariflöhne.

Die aus den ersten beiden Gegebenheiten resultierenden Störmöglichkeiten einer intrazonalen Lohnpolitik lassen sich analog zu den bereits bei der Analyse unterschiedlicher gewerkschaftlicher Organisationsprinzipien gefundenen Effekte herleiten.²⁾ Darüber hinaus sind auch negative Wirkungen aufgrund der letztgenannten Konsequenz möglich:

-
- 1) Auf die Arbeitsmarktkonstellationen 'Einzelunternehmung - Branchengewerkschaft' oder 'Arbeitgeberverband - Berufsgewerkschaft' wird nicht eingegangen. Dies erübrigt sich, da auch in diesen Fällen - bestimmt durch die jeweils niedrigste Organisationsebene der Arbeitsmarktparteien - Firmen- bzw. Branchentarifverträge abgeschlossen werden, für die die aufzuzeigenden Konsequenzen ebenfalls zutreffen.
 - 2) Vgl. dazu Teil (a) dieses Gliederungspunktes. Der Berufsgewerkschaft entspricht auf Arbeitgeberseite die Einzelfirma, den Branchengewerkschaften die entsprechend organisierten Arbeitgeberverbände.

Bei Branchentarifverträgen bleibt - im Gegensatz zu den Abschlüssen auf Firmenebene - die relative Position der einzelnen Verbandsmitglieder zueinander unverändert.¹⁾ Dies begünstigt Versuche, die in dieser Branche auftretenden Lohnsteigerungen weiterzuwälzen. Da in bezug auf intrazonale Lohnleitlinien allgemeine Zustimmung unterstellt wird, sind von den Arbeitgeberverbänden - als deren Stärke die gesamtwirtschaftliche Argumentation gilt²⁾ - keine Anstöße zu dysfunktionalem Verhalten zu erwarten.

Eine diese Haltung verändernde Lage ergibt sich allerdings dann, wenn sich aufgrund von Überschreitungen der Lohnleitlinien von anderer Seite die Arbeitsmarktsituation in den Bereichen mit Tarifvertragsabschlüssen auf Branchenebene verschlechtert. Unter diesen Bedingungen ist die Gefahr groß, daß die betroffenen Arbeitgeberverbände im Hinblick auf die leichte Überwälzbarkeit von Kostensteigerungen die Löhne zumindest soweit über die Lohnleitlinienwerte anheben, wie es die Wiederherstellung der ursprünglichen Arbeitsmarktsituation erfordert.

Insgesamt gilt also, daß im Fall vereinzelter Nichtbeachtung von intrazonalen Lohnleitlinien die Gefahr weiterer Überschreitungen in dem Maß zunimmt, in dem auf Branchenebene organisierte und nur in dieser Organisationsform tarifvertragsfähige Arbeitgeber davon betroffen werden.

1) Vgl. Alfred Kuhn, Labor Institutions ..., a.a.O., S. 174.

2) Vgl. Bernhard Külpe, Lohnbildung im Wechselspiel ..., a.a.O., S. 193; ferner Hans Deckers, Betrieblicher oder überbetrieblicher Tarifvertrag?, a.a.O., S. 180.

Bezüglich der jeweils national existierenden Organisationsebenen der Arbeitgeberseite ist zu prüfen, ob das integrationsbedingte Nebeneinander von Ländern mit bzw. ohne Arbeitgeber-Spitzenverbände die Durchführung einer intrazonalen Lohnpolitik behindern. Hier gilt - wie auf Gewerkschaftsseite -, daß diese Gegenüberstellung nur dann zu Ergebnissen führt, wenn einerseits de jure oder de facto die Tarifvertragsinhalte von Spitzenverbänden der Arbeitgeber bestimmt werden, oder andererseits selbst die informelle Abstimmung zwischen ausschließlich bestehenden Branchenverbänden ausgeschlossen werden kann.¹⁾ Zu Beginn dieses Teils (b) wurde jedoch die Nichteignung des Merkmals "verbandliche Geschlossenheit" als Kennzeichen der Arbeitsmarktpositionen von Arbeitgeberverbänden konstatiert. Dies führt dazu, daß auch die im vorliegenden Zusammenhang zu fordernde Geschlossenheit zwischen Spitzen- und Einzelverbänden in den in Frage kommenden Wirtschaftsunionisländern nicht unterstellt werden darf. Die Prüfung der anstehenden Frage kann also nicht erfolgen, da die Spitzenverbände das Arbeitsmarktverhalten ihrer Mitgliedsverbände - ganz zu schweigen von dem der einzelnen Arbeitgeber - nicht im geforderten Maß steuern können.

Auch die Frage, ob sich Störkonsequenzen für eine intrazonale Lohnpolitik aus dem integrationsbedingten Nebeneinander von demokratischen und autoritären innerverbandlichen Willensbildungsprozessen ergeben, läßt sich für die Arbeitgeberseite nicht beantworten. Die

1) Vgl. zu generellen Nachteilen von Branchenverhandlungen die - allerdings stark ideologisch gefärbten Ausführungen bei John V. van Sickle, Industry - wide Collective Bargaining and the Public Interest, in: Unions, Management and the Public, a.a.O., S. 521 ff.

für die Beantwortung dieser Fragestellung notwendigen Voraussetzungen - Existenz von Arbeitgeberverbänden und Zuständigkeit dieser Verbände für Tarifvertragsinhalte - können aufgrund der bisherigen Überlegungen nicht in allen Ländern einer Wirtschaftsunion unterstellt werden. Auch verliert dieser auf der Konfrontation antinomischer Arten der Willensbildung beruhende Ansatz erheblich an analytischem Wert, wenn festzustellen ist, daß die Verbandsmitglieder an einem autoritären Verbandsführungsstil kaum Anstoß nehmen. Diese Haltung erklärt BUCHHOLZ unter anderem

- durch die autoritäre Grundhaltung der Arbeitgeber, die diese Führungsart selbst in ihren Unternehmungen praktizieren,
- aus der Gewißheit der organisierten Arbeitgeber, daß der Verband niemals eine beherrschende Stellung gegenüber ihren Unternehmungen erlangen kann,
- durch die Einsicht, daß zu häufige Versuche zu gemeinsamer Willensbildung aufgrund der gegenseitigen Konkurrenzbeziehungen zwischen den Verbandsmitgliedern auf den Absatzmärkten schwere Belastungen für den Verband mit sich bringen können.¹⁾

III Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Analyse der desintegrierenden Wirkungsmöglichkeiten der Sozialpartner im Rahmen internationaler wirtschaftlicher Integrationsbestrebungen machte deutlich, daß die intrazonal unterschiedlichen Strukturen und die Aktivitäten dieser gesellschaftlichen Gruppen einen zum Teil

1) Vgl. Edwin Buchholz, Die Wirtschaftsverbände ..., a.a.O., S. 111 f.

bedeutenden Störfaktor für die Realisierung der angestrebten Integrationsziele darstellen können.

Für dysfunktionales Wirken im Rahmen der durch Freihandelszonen und Zollunionen angestrebten Förderung des Güteraustausches ergaben sich zwei Alternativen:

- Nichtweitergabe der Zollentlastungen durch die Unternehmer und sich daraus ergebende Reaktionen auf Gewerkschaftsseite, durch die - in bezug auf die Zollsenkungen - noch nachträgliche Preisrücknahmen verhindert, bzw. sogar Preissteigerungen hervorgerufen werden können,
- Weitergabe der Zollsenkungen in Form von Preisnachlässen, aber Verhinderung der damit angestrebten Effekte (Ersparnisse aufgrund von Massenproduktion, Erhöhung des Grades der intrazonalen Arbeitsteilung, Intensivierung des intranationalen und intrazonalen Wettbewerbs) durch Aktionen der Arbeitgeber und auch der Gewerkschaftsseite.

In bezug auf die durch Freiverkehrszonen ermöglichte ungehinderte Faktormobilität ließ sich feststellen, daß die Sozialpartner räumliche Verschiebungen von Arbeitskräften, Kapital und Unternehmerleistung erheblich behindern und z.B. seitens der Gewerkschaften Arbeitskräftewanderungen sogar völlig vereitelt werden können.

Hinsichtlich der im Rahmen von Wirtschaftsunionen angestrebten Koordinierung in den Bereichen Finanzpolitik, Geld- und Kredit-, sowie Außenwährungspolitik und staatliche Lohnpolitik wurden die Möglichkeiten der Sozialpartner zu dysfunktionalen Aktivitäten unterschiedlich beurteilt:

Für die intrazonale Abstimmung der Finanzpolitik konnten keine störenden Einflüsse aufgezeigt werden. Dagegen ist von den Sozialpartnern insbesondere bei restriktiver Geld- und Kreditpolitik ebenso mit wirksamen Konterkarierungsverhalten zu rechnen wie im Rahmen einer Außenwährungspolitik, die zur Herstellung der gesuchten "richtigen Wechselkurse" Aufwertungen erforderlich macht. Im Hinblick auf eine intrazonal abgestimmte staatliche Lohnpolitik ergab sich, daß vor allem von den national unterschiedlichen Haltungen der Gewerkschaften gegenüber Lohnleitlinien und von den je nach Teilnehmerland unterschiedlichen Arbeitsmarktverhältnissen - insbesondere Arbeitsmarktposition und Organisationsstruktur der Arbeitnehmer - erhebliche Störwirkungen ausgehen können.

E Konsequenzen für die staatliche Lohnpolitik
 im Rahmen der internationalen wirtschaft-
 lichen Integration

Aufgrund der durchgeführten Analyse steht fest, daß von Seiten der Sozialpartner die Durchsetzung bestimmter Effekte bzw. Ziele internationaler wirtschaftlicher Integrationsbestrebungen erheblich erschwert bzw. völlig unmöglich gemacht werden kann. Es liegt daher nahe, daß beim Auftreten solcher Störwirkungen die diese Integrationsvorhaben realisierenden staatlichen Instanzen der einzelnen Länder nach Möglichkeiten suchen, mit denen sie solche konterkarierende Effekte ausschalten bzw. abschwächen können. Zu diesem Zweck kommen entweder im gesamten Integrationsraum wirkende oder die Tätigkeit von jeweils nationalen Einrichtungen koordinierende Institutionen in Frage.¹⁾ Die Effizienz aller bekannten und eingesetzten Gremien der staatlichen Lohn- und Nichtlohn-Einkommenspolitik ist jedoch aufgrund der bisher von allen in Frage kommenden Ländern gemachten Erfahrungen als äußerst gering zu veranschlagen.²⁾

-
- 1) Siehe dazu den Hinweis bei ISSING auf eine "Konzertierung der konzertierten Aktionen" bzw. auf eine "konzertierte Aktion" auf Gemeinschaftsebene im Rahmen der EWG. (Vgl. Otmar Issing, Anmerkungen zum "Dritten Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik" in der EWG, in: HJb, 17. Jahr (1972), S. 84.)
- 2) Vgl. Karlheinz Kleps, Preisstoppverordnungen und Preiskontrollen - Bisherige Erfahrungen, in: WiSt, 2. Jg. (1973), Heft 1, S. 39 ff.; Lloyd Ulman a. Robert J. Flanagan, Wage Restraint, A Study of Incomes Policies in Western Europe, Berkeley - Los Angeles - London 1971, S. 216 ff.; Karl Friedrich Larenz, Untersuchungen zur Einkommenspolitik, a.a.O., S. 107 f.; Heinz Salowsky, Einkommenspolitik im Ausland, a.a.O., S. 30 f.; SVR, JG 1967/68, Stabilität im Wachstum, Stuttgart - Mainz 1967, Ziff. 403 ff., S. 191f.; Christiane Busch-Lüty, Gesamtwirtschaftliche Lohnpolitik, a.a.O., S. 135 ff.

Eine entscheidende Steigerung der Wirksamkeit dieser Instanzen ist jedoch nicht zu erwarten, da die eigentliche Ursache dieser Wirkungsschwäche - die personale und wirtschaftliche Dispositionsfreiheit der einzelnen Wirtschaftssubjekte - aufgrund der geltenden ordnungspolitischen Prämissen nicht vollständig ausgeschaltet werden kann. Die lohn- und nichtlohn-einkommenspolitischen Instanzen aller entsprechenden Länder sind sich dieser effizienzmindernden, wirtschaf tsordnungsbedingten Gegebenheiten bewußt, denn sie versuchen immer, die Sozialpartner zur freiwilligen Mitarbeit oder zumindest zur Duldung ihrer Aktivitäten zu bewegen. Die diesbezüglich ablehnende Haltung dieser gesellschaftlichen Gruppen hat bisher immer zum Scheitern staatlicher Steuerungsversuche auf dem Sektor der Lohn- und Nichtlohneinkommen geführt.

Angesichts dieser Erfahrungen im nationalen Bereich sollten im Zuge einer internationalen Integrationspolitik von vorneherein Versuche unterbleiben, die Aktionsparameter der Sozialpartner über die Festlegung von einheitlicher Rahmenbedingungen hinaus unmittelbar beeinflussen zu wollen. Die durch solche Steuerungsbemühungen ggf. erzielten Erfolge beruhen entweder auf freiwilliger, jederzeit aufkündbarer Mitarbeit beider Arbeitsmarktparteien, oder auf ihrem zufällig zielkonformen Verhalten. Es könnte daher bei bestimmten Datenkonstellationen bzw. in einer bestimmten Konjunkturlage ein Eindruck von der Effizienz der entsprechenden Integrationsinstanzen entstehen, dem diese bei veränderter Datenkonstellation bzw. in anderen Konjunktursituationen nicht gerecht werden können.

Neben diese negative Beurteilung der Beeinflussungsmöglichkeiten von Sozialpartnern im Rahmen internationaler wirtschaftlicher Integrationspolitik tritt die Erkenntnis, daß beim derzeitigen Stand der Außenhandels- und Integrationstheorie keine eindeutig integrationsbedingte ökonomische Wohlfahrtssteigerung für den gesamten Integrationsraum nachgewiesen werden kann;¹⁾ internationale wirtschaftliche Integration ist daher nur aus politischen Gründen zu rechtfertigen. Diese Feststellung führt zu folgender Beurteilung der Rolle der Arbeitsmarktparteien bei Integrationsvorhaben:

- Der Nachweis eines negativen ökonomischen Gesamteffekts des Sozialpartnerverhaltens für eine Integrationszone kann aufgrund fehlender ökonomischer Bezugsgrößen nicht erbracht werden.
- Negative ökonomische Einzeleffekte, die sich aufgrund des autonomen Handlungsspielraums der Arbeitsmarktparteien ergeben, sind der Preis für die ausschließlich politisch begründbare internationale wirtschaftliche Integration.

Aufgrund einer solchen Einschätzung stellt sich die grundsätzliche Frage, in welcher Form bei internationalen wirtschaftlichen Integrationsvorhaben überhaupt Einfluß auf die Sozialpartner ausgeübt werden soll. Ausgehend von der allen Integrationsbestrebungen zugrundeliegenden Zielvorstellung, Binnenmarktverhält-

1) Vgl. dazu Christian Watrin, Integrationstheorie ..., a.a.O., S. 35 ff.; ferner o.V., Die Modelle der Integrations-Theoretiker, in: Vw-Ww-A, 26. Jg. (1972), Heft 42, S. 30 ff.; o.V., EWG-Integration, Die Kritik eines Empirikers, in: Vw-Ww-A, 26. Jg. (1972), Heft 4, S. 24.

nisse bzw. binnenmarktähnliche Bedingungen im Integrationsraum zu schaffen, ist festzustellen:

- Im Rahmen funktioneller Integration - gekennzeichnet durch den Wegfall aller zwischenstaatlichen ökonomisch relevanten Diskriminierung - können staatliche Integrationsinstanzen nur auf die Befolgung dieses Diskriminierungsverbots im Bereich der Sozialpartner hinwirken.
- Institutionelle Integration - also die intrazonale Vereinheitlichung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums und die Angleichung aller staatlichen Aktionen der Wirtschaftspolitik - läßt sich auch im Sektor der Arbeitsmarktparteien realisieren. Sie bedeutet dort die Herstellung intrazonal vergleichbarer Organisationsformen und der eng damit verbundenen Aktionsmöglichkeiten, d.h., die Vereinheitlichung der formalisierbaren Arbeitsmarktpositionen und Organisationsstrukturen dieser Gruppen.¹⁾

Als Resümee ergibt sich, daß von staatlicher Seite im Zuge internationaler wirtschaftlicher Integration über eine Überwachung des intrazonalen Diskriminierungsverbots und über die Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen hinaus im Bereich der Sozialpartner keine weiteren erfolgsversprechenden Maßnahmen ergriffen werden

1) Es muß zwar angenommen werden, daß eine solche Vereinheitlichung nicht ohne Widerstand seitens der Betroffenen durchzuführen ist. Ihre Realisierungschance wird jedoch - zumindest auf lange Sicht - positiv beurteilt; einerseits werden langfristig und mit steigendem Integrationsgrad einzelne, auf intrazonal unterschiedlichen Arbeitsmarktverhältnissen beruhende Störeffekte offenkundiger, andererseits ist der Nachweis zu erbringen, daß sich die Kompetenzen der betroffenen Gruppen nicht verringern, sondern allenfalls bereichsintern neu verteilt werden.

können. Für den Einbezug oder sogar die Mitbeteiligung von Arbeitsmarktparteien im Rahmen der Wirtschaftspolitik eines Integrationsraumes fehlt derzeit jede Grundlage. Zwar könnte das Konzept einer - für die Mitbeteiligung dieser Gruppen an gesamtwirtschaftlichen nationalen Stabilisierungsaufgaben vorgeschlagenen - Koordinierungspflicht¹⁾ zur Lösung dieser intrazonalen Abstimmungsaufgabe herangezogen werden. Dies wäre jedoch verfrüht, da die mit diesem Konzept bereits im nationalen Bereich verbundenen wirtschaftstheoretischen und ordnungspolitischen Probleme erst am Anfang ihrer wissenschaftlichen Diskussion stehen.

1) Vgl. dazu Joachim Klaus, Die mißverstandene Tarifautonomie, in: Vw-Ww-A, 27. Jg. (1973), Heft 1/2, S. 24 f.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

(Nur die im Text zitierte Literatur)

A Bücher und Aufsätze

- | | |
|--|---|
| Aaron, Benjamin (Ed.) | Labor Courts and Grievance Settlement in Western Europe, Berkeley - Los Angeles - London 1971 |
| Abb, Fritz | Ist eine Harmonisierung der Konjunkturpolitik in der EWG erforderlich?, in: ZfgStW, 123. Bd. (1967), S. 218-230 |
| Agartz, Viktor | Expansive Lohnpolitik, in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln, 6. Jg. (1953), S. 245-247 |
| Ahnefeld, Adolf | Neuere Versuche in der Einkommenspolitik, in: Die Weltwirtschaft, Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, hrsg. von H. Giersch, Tübingen 1972, Heft 1, S. 20-40 |
| Albrecht, Karl | Probleme und Methoden der wirtschaftlichen Integration, Kiel 1951 |
| Andreae, Clemens-August
in Zusammenarbeit mit
Schoen, Dieter | Der größere Markt, Wirtschaftsintegration vom Atlantik bis zum Ural, Stuttgart 1966 |
| Arndt, Erich | Theoretische Grundlagen der Lohnpolitik, Tübingen 1957 |

- Arndt, Erich Sozialpolitik und Lohnpolitik,
in: Sozialpolitik und Sozial-
reform, hrsg. von E. Boettcher,
Tübingen 1957, S. 255-273
- Aust, Eberhard Der Zahlungsbilanzausgleich
unter Integrationsbedingungen,
in: Währungspolitik in der
europäischen Integration, hrsg.
von H. Rieber, Baden - Baden
1964, S. 217-245
- Bachmann, H. Die allgemeinen Aspekte der
wirtschaftlichen Integration
Westeuropas, in: SZfVSt, 88. Jg.
(1952), S. 281-300
- Bachmann, Otto Entwicklung und Stand der No-
tenbankpolitik in den Ländern
des Gemeinsamen Marktes und
Möglichkeiten einer zukünftigen
Gestaltung, Diss. Freiburg/
Schweiz 1968
- Backman, Jules Wage Determination, Toronto -
New York - London 1959
- Baerwald, Friedrich Gegenwartsprobleme der Gewerk-
schaften in internationaler
Sicht, in: SW, 13. Jg. (1962),
S. 322-329
- Bakke, E. Wight Unions Functions and Structure,
Kerr, Clark in: Unions, Management and the
Public, ed. by E.W. Bakke and
C. Kerr, New York 1949,
S. 149-152
- Balassa, Bela Trade Creation and Trade Diver-
sion in the European Common
Market, in: EJ, Vol. LXXVII
(1967), S. 1-21

- | | |
|--|--|
| Balassa, Bela | The Theory of Economic Integration, London 1969 |
| ders. | Towards a Theory of Economic Integration, in: Kyklos, Vol. XIV (1961), S. 1-17 |
| Balbach, Günter | Europäische Wirtschaftsunion, Diss. Mannheim 1956 |
| Baldwin, Robert E. | Nontariff Distortions of International Trade, Washington - London 1971 |
| Beckerath, Erwin von
Müller, J. Heinz | Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Herne - Berlin 1971 |
| Beever, R. Colin | European Unity and the Trade Union Movements, Leyden 1960 |
| Below, Fritz | Wirtschaftsintegrationen und Integrationsstatistik, Berlin 1957 |
| Berg, Hartmut | Integrationsprozeß und Strukturflexibilität in der EWG, in: JbfSozW, Bd. 22 (1971), Heft 3, S. 286-299 |
| Bernholz, Peter | Die Reaktionen der Banken auf Maßnahmen der Zentralbank und ihre Auswirkungen auf Geld- und Kreditmärkte, in: Studien zur Geldtheorie und monetäre Ökonometrie, hrsg. von G. Bombach, SVSP, N.F. Bd. 66, Berlin 1972, S. 61-79 |
| Beyme, Klaus von | Interessengruppen in der Demokratie, München 1971 |

- Bickendorf, Otto Die Harmonisierung der Arbeitskosten im Gemeinsamen Markt, WWI-Studie zur Wirtschaftsforschung Nr. 4, Köln 1962
- Biedenkopf, Kurt H. Mitbestimmung, Köln 1972
- ders. Grenzen der Tarifautonomie, Karlsruhe 1964
- Binswanger, Hans Christoph Allgemeine Theorie der Integration, in: WWA, Bd. 90 (1963), S. 317-349
- ders. Die europäische Wirtschaftsintegration durch partielle Unionen - mit besonderer Berücksichtigung der Kohle- und Stahlindustrie, Diss. Winterthur 1957
- Bloom, Gordon F. Economics of Labor Relations, Northrup, Herbert R. Homewood 1965
- Böhi, Hans Grundsätze und Methoden zur Ermittlung der richtigen Währungsrelation zum Ausland, Bern 1944
- Bomsdorf, Eckart Bestimmungsfaktoren der Lohn-drift, Meisenheim/Glan 1972
- Borchardt, Knut Integration in wirtschaftshistorischer Perspektive, in: Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart, SVSP, N.F. Bd. 35, Berlin 1965, S. 388-410
- Bosch, Alfred Offenmarktpolitik, in: StL, Bd. 5 (1969), Sp. 1156-1161
- Bosch, Alfred Theorie der Geldpolitik, Veit, Reinhold Tübingen 1960

- | | |
|------------------------|--|
| Breitling, Rupert | Die Verbände in der Bundesrepublik, Meisenheim/Glan 1955 |
| Briefs, Goetz A. | Gewerkschaftsprobleme in unserer Zeit, Frankfurt/Main 1968 |
| Brüning, Hans | Wohlfahrtseffekte einer Zollunion, Diss. Münster 1969 |
| Buchholz, Edwin | Die Wirtschaftsverbände in der Wirtschaftsgesellschaft, Tübingen 1969 |
| Burghardt, Anton | Lehrbuch der Allgemeinen Sozialpolitik, Berlin 1966 |
| Busch-Lüty, Christiane | Gesamtwirtschaftliche Lohnpolitik, Basel - Tübingen 1964 |
| Byé, Maurice | Erklärung, in: Internationales Arbeitsamt (Hrsg.), Soziale Aspekte der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Bericht einer Sachverständigengruppe, Genf 1956, S. 143-167 |
| C.-Sain, Mihovil Ante | Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf ein Drittland, München 1965 |
| Campolongo, Alberto | Incomes Policy, Mailand 1966 |
| Carstens, Reimer | Die Aufwertungsdebatte, Tübingen 1963 |
| Casserini, Karl | Internationale Lohnpolitik, in: Lohnpolitik und Lohntechnik heute, hrsg. von H. Bayer, Berlin 1962, S. 259-279 |

- Christmann, Alfred Die Gewerkschaften in der industriellen Gesellschaft, in: HJb, 5. Jahr (1960), S. 125-136
- Clement, M.O.
Pfister, R.L.
Rothwell, K.J. Theoretical Issues in International Economics, Boston 1967
- Crijns, L.H.J. Incomes Policies and European Economic Community, in: The Labour Market and Inflation, ed. by A.D. Smith, London - Melbourne - Toronto - New York 1968, S. 64-82
- Crijns, L.H.J.
Weinberg, Nat Some Aspects of the International Co-Ordination of Incomes Policies and Collective Bargaining, A Summary of the Discussion, in: The Labour Market and Inflation, ed. by A.D. Smith, London - Melbourne - Toronto - New York 1968, S. 237-240
- Dall'Asta, Eberhard R. Theorie der Lohnpolitik, Berlin 1971
- Deckers, Hans Betrieblicher oder überbetrieblicher Tarifvertrag?, Münster/Westfalen 1960
- Driver, Winfried Die Integration des europäischen Arbeitsmarktes, Diss. Köln 1962
- Dürr, Ernst Die Ausgestaltung der Geldpolitik aufgrund der neueren geldtheoretischen Erkenntnisse und wirtschaftspolitischen Erfahrungen, in: Geldtheorie und Geldpolitik, hrsg. von C.A. Andreae, K.H. Hansmeyer, G. Scherhorn, Berlin 1968, S. 77-94

- Dürr, Ernst Prozeßpolitik, in: Kompendium
der Volkswirtschaftslehre,
Bd. 2, hrsg. von W. Ehrlicher
u.a., Göttingen 1968, S. 205-286
- ders. Wirkungsanalyse der monetären
Konjunkturpolitik, Frankfurt/
Main 1966
- Eckert, Heinz Einkommenspolitik, Beiträge
des Deutschen Industriein-
stituts, 5. Jg. (1967), Heft 10
- Ellsworth, P.T. The International Economy,
New York - London 1964
- Elvers, Gerd Gewerkschaftspolitik und
Marktwirtschaft, München 1968
- Emminger, Otmar Die Rolle der Währungspolitik
in der europäischen Integra-
tion, in: Integration durch
Währungsunion? Integration
Through Monetary Union?, hrsg.
von H. Giersch, Tübingen 1971,
S. 67-77
- ders. Die Rolle der Geldpolitik in
einer koordinierten Europäi-
schen Konjunkturpolitik, in:
Währungspolitik im Wandel der
Zeit, hrsg. von J. Abs u.a.,
Frankfurt 1966, S. 120 ff.
- Erdmann, Gerhard Die deutschen Arbeitgeberver-
bände im sozialgeschichtlichen
Wandel der Zeit, Neuwied -
Berlin 1966
- ders. Schlichtung, in: StL, Bd. 6
(1961), Sp. 1137-1142

- | | |
|-------------------------------|---|
| Erdmann, Paul
Rogge, Peter | Die Europäische Wirtschafts-
gemeinschaft und die Dritt-
länder, Basel - Tübingen 1960 |
| Eucken, Walter | Grundsätze der Wirtschafts-
politik, Tübingen - Zürich
1960 |
| Eynern, Gert von | Grundriß der Politischen Wirt-
schaftslehre, Köln - Opladen
1968 |
| Fabers, Friedhelm | Internationale Lohnpolitik,
in: Lohnpolitik und Lohn-
technik heute, hrsg. von
H. Bayer, Berlin 1962, S. 251-257 |
| Falk, Hans-Jürgen | Die gesamtwirtschaftliche
Orientierung privater In-
vestitionen in der global-
gesteuerten Marktwirtschaft,
Diss. Nürnberg 1970 |
| Fellner, William a.o. | The Problem of Rising Prices,
Paris 1964 |
| Fischer, Josef | Faktormobilität und interna-
tionale wirtschaftliche Inte-
gration - Ein Beitrag zur
Theorie der optimalen Währungs-
räume, Diss. Nürnberg 1973,
bisher unveröffentlicht |
| Fisher, Malcolm R. | Wage Determination in an Inte-
grating Europe, Leyden 1966 |
| Föhl, Carl | Außenwirtschaftliches und bin-
nenwirtschaftliches Gleichge-
wicht, in: Gestaltungsprobleme
der Weltwirtschaft, hrsg. von
H. Jürgensen, Göttingen 1964,
S. 606-634 |

- Frank, Vincent C.
Sieber, Hans Wirkungen eines Präferenz-
raumes auf Drittländer, in:
AW, 23. Jg. (1968), S. 25-46
- Frisch, Helmut Die CES-Funktion, in: ZfN,
Bd. XXIV (1964), S. 419-444
- Funck, Rolf Außenwirtschaft, in: Kompen-
dium der Volkswirtschaftslehre,
hrsg. von W. Ehrlicher u.a.,
Bd. 2, Göttingen 1968, S. 61-116
- Fürst, Erhard Die Machttheorien der Einkom-
mensverteilung, in: Beiträge
zur Theorie der Einkommensver-
teilung, hrsg. von H. Frisch,
Berlin 1967, S. 115-150
- Gasser, Christian Die Freizügigkeit des Unter-
nehmers, in: AW, 17. Jg.
(1962), S. 195-200
- Gast, Georg Finanzpolitische Probleme des
Gemeinsamen Marktes, in: FA,
Bd. 20 (1959/60), S. 164-179
- Gerelli, Emilio Profits Taxation as an Instru-
ment of Incomes-Policy, in:
Probleme der Einkommenspolitik,
hrsg. von E. Schneider, Tübingen
1965, S. 111-122
- Gerfin, Harald Ausmaß und Wirkung der Lohn-
drift, in: Lohnpolitik und
Einkommensverteilung, hrsg. von
H. Arndt, SVSP, N.F. Bd. 51,
Berlin 1969, S. 472-522
- Giersch, Herbert Diskussionsbeitrag, zu:
L.H.J. Crijns and Nat Weinberg,
Some Aspects of the Internatio-
nal Co-Ordination of Incomes
Policies and Collective Bargai-
ning, A Summary of the Discussion
in: The Labour Market and Infla-
tion, ed. by A.D. Smith, London -
Melbourne - Toronto - New York
1968, S. 239

- Giersch, Herbert Probleme stabilisierungs-
konformer Lohnpolitik, in:
Kyklos, Vol. XX (1967),
S. 147-165
- ders. Marktintegration, Wechsel-
kurs und Standortstruktur,
in: Fundamentale Fragen künf-
tiger Währungspolitik, hrsg.
von F. Bochud, Basel - Tübingen
1965, S. 47-57
- ders. Einige Probleme der klein-
europäischen Zollunion, in:
ZfgStW, 113. Bd. (1957),
S. 602-631
- Gleske, Leonhard Währungs- und budgetpoliti-
sche Aspekte der Integration,
in: Weltwirtschaftliche Prob-
leme der Gegenwart, hrsg. von
E. Schneider, SVSP, N.F.
Bd. 35, Berlin 1965, S. 313-339
- Gömmel, Manfred Gesamtwirtschaftliche Lohn-
orientierung in der global-
gesteuerten Marktwirtschaft,
Diss. Nürnberg 1972
- Görgens, Egon Wettbewerb und Wirtschafts-
wachstum, Freiburg im Breis-
gau 1969
- Grewe, Klaus Ist eine Wirtschaftsunion ohne
Währungsunion möglich?, Diss.
Berlin 1968
- Gröner, Helmut Probleme einer europäischen
Währungsunion, in: Ordo, 22. Bd.
(1971), S. 290-312
- Haberler, Gottfried Integration and Growth of the
World Economy in Historical
Perspective, in: AER, Vol. LIV
(1964), S. 1-22

- Haberler, Gottfried Die wirtschaftliche Integration Europas, in: Wirtschaftsfragen der Freien Welt, hrsg. von E.v. Beckerath, F.W. Meyer, A. Müller-Armack, Frankfurt/Main o.J., S. 521-530
- Haferkamp, Wilhelm Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsverfassung in der EWG aus der Sicht der Gewerkschaften, in: Möglichkeiten und Wege zu einer europäischen Wirtschaftsverfassung, hrsg. von H. Schmidt, Berlin 1964, S. 177-187
- Haller, Heinz Probleme der Harmonisierung der Finanz- und Steuerpolitik im Gemeinsamen Markt, in: Wirtschafts- und Finanzpolitik im Gemeinsamen Markt, Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, A. Sozialwissenschaftliche Schriften, Hannover 1963, S. 59-78
- ders. Finanzpolitik, Tübingen - Zürich 1957
- Hallstein, Walter Wirtschaftliche Integration als Faktor politischer Einigung, o.O., 1961
- Hampel, Gustav Die Bedeutung der Sozialpolitik für die Europäische Integration, Kiel 1955
- Hankel, Wilhelm Währungspolitik, Geldwertstabilisierung, Währungsintegration und Sparerenschutz, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1971
- Hartog, F. European Economic Integration: A Realistic Conception, in: WWA, Bd. 71 (1953 II), S. 165-181

- Häußling, Josef Integration, in: StL, Bd. 4
(1959), Sp. 341-346
- Heilperin, Michael Europäische Integration: Kom-
merzielle und finanzielle
Postulate, in: Europäische
Integration, hrsg. von
C.G. Haines, Göttingen 1958,
S. 115-124
- Heuss, Ernst Klassischer Freihandel oder
Integration?, in: Ordo,
11. Bd. (1959), S. 95-115
- ders. Wettbewerbspolitik und euro-
päische Integration, in:
SZfVSt, 93. Jg. (1957),
S. 485-498
- Hicks, John R. Economic Foundations of Wage
Policy, in: EJ, Vol. LXV
(1955), S. 389-404
- Himmelmann, Gerhard Lohnbildung durch Kollektiv-
verhandlungen, Berlin 1971
- Hirsch, Joachim Die öffentlichen Funktionen
der Gewerkschaften, Stuttgart
1966
- Hoefnagels, H. Ist Hollands Lohnpolitik ein
Vorbild für andere Länder?,
in: Orientierung, 26. Jg.
(1962), Nr. 17, S. 186-190
- Hoffmann, Walter G. Wirtschafts- und sozialpoli-
tische Probleme einer europäi-
schen Integration, in: SZfVSt,
90. Jg. (1954), S. 41-54
- Holbik, Karel Die amerikanische Zollfrage
und die "Pressure Groups",
in: WWA, Bd. 82 (1959 I),
S. 109-121

- Hoxie, Robert F. Functional Types of Unions,
in: Unions, Management and the
Public, ed. by E.W. Bakke and
C. Kerr, New York 1949,
S. 152-155
- Hueck, Alfred Lehrbuch des Arbeitsrechts,
Nipperdey, Hans Carl 2. Bd., Berlin - Frankfurt/Main
1957
- Huppert, Walter Systematik der Integration.
Zur Theorie der wirtschaft-
lichen Integration und zur
Problematik der EWG, in: SJb,
85. Jg. (1965), S. 449-475
- Issing, Otmar Anmerkungen zum "Dritten Pro-
gramm für die mittelfristige
Wirtschaftspolitik" in der EWG,
in: HJb, 17. Jahr (1972),
S. 79-93
- ders. Integrationsprozeß, Währungs-
politik und Wechselkurse in
der EWG, in: KuK, 2. Jg.
(1969), S. 253-289
- ders. Marginalien zur "außenwirt-
schaftlichen Absicherung" im
Jahresgutachten 1966/67 des
Sachverständigenrates der Bun-
desrepublik Deutschland, in:
ZfN, Bd. 27 (1967), S. 405-424
- ders. Leitwährung und internationale
Währungsordnung, Berlin 1965
- ders. Monetäre Probleme der Konjunk-
turpolitik in der EWG, Berlin
1964
- Jansen, Paul Günter Zur Theorie der Wanderungen, in:
Zur Theorie der allgemeinen und
der regionalen Planung, hrsg.
vom Zentralinstitut für Raumpla-
nung an der Universität Münster,
Bielefeld 1969, S. 149-163

- Jochimsen, Reimut Theorie der Infrastruktur,
Tübingen 1966
- ders. Dualismus als Problem der
wirtschaftlichen Entwick-
lung, in: WWA, Bd. 95
(1965 II), S. 69-88
- Johnson, Harry G. Problems of Stabilization
Policy in an Integrated World
Economy, in: Demand Manage-
ment - Globalsteuerung, ed. by
H. Giersch, Tübingen 1972,
S. 238-248
- ders. Probleme der Effizienz der
Geldpolitik, in: KuK, 1. Jg.
(1968), S. 127-151
- Jurgeleit, Wolf-Dieter Zur Theorie der Zollunion,
Diss. Mainz 1970
- Jürgensen, Harald Zollunionen, in: HdSW, Bd. 12
(1965), S. 462-468
- Kaiser, Joseph H. Die Repräsentation organi-
sierter Interessen, Berlin
1956
- Kahnert, F. a.o. Economic Integration Among
Developing Countries, Paris
1969
- Kamitz, Reinhard Integrierung der Finanzpoli-
tik, in: Wirtschaftsfragen
der freien Welt, hrsg. von
E.v. Beckerath - F.W. Meyer -
A. Müller-Armack, Frankfurt/
Main o.J. (1957), S. 437-443
- Kleps, Karlheinz Preisstoppverordnungen und
Preiskontrollen - Bisherige
Erfahrungen -, in: WiSt,
2. Jg. (1973), Heft 1,
S. 39-43

- Kantzenbach, Erhard Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Vorträge und Beiträge aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster, Heft 20, Göttingen 1959
- Katterle, Siegfried Einkommenspolitik und Verteilungskonflikte in einer freiheitlichen Gesellschaft, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung, hrsg. von F. Lenz, C. Föhl und C. Köhler, Berlin 1968, S. 303-317
- Kees, Andreas Die Dynamik europäischer Koordinierungspolitik, in: ZfgStW, 124. Bd. (1968), S. 586-605
- Kellenberger, Eduard Außenhandel, Neue und alte Theorie, Bern 1966
- Kindleberger, Charles P. European Economic Integration and the Development of a Single Financial Center for Long-Term Capital, in: WWA, Bd. 90 (1963), S. 189-210
- Kirschen, E.S. u.a. International vergleichende Wirtschaftspolitik, Berlin 1967
- Klaus, Joachim Die mißverstandene Tarifautonomie, in: Vw-Ww-A, 27. Jg. (1973), Heft 1/2, S. 23-26
- ders. Die Konzertierte Aktion als Instrument der Neuen Wirtschaftspolitik, in: Neue Wege der Wirtschaftspolitik, SVSP, N.F. Bd. 67, Berlin 1972, S. 11-51

- Klaus, Joachim Lohnpolitik und gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen, in: Lohnpolitik und Einkommensverteilung, SVSP, N.F. Bd. 51, Berlin 1969, S. 99-136
- Klaus, Joachim
Gömmel, Manfred Realisierungsprobleme der Einkommenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: C-JbSW, 11. Bd. (1972), S. 80-99
- Kloten, Norbert Internationale Stabilität und nationales Wachstum, in: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung, hrsg. von A.E. Ott, Tübingen 1967, S. 72-92
- Kohler, Beate
Schlaeger, Gert Wirtschafts- und Währungsunion für Europa, Bonn 1971
- Koppensteiner, Hans Georg Die europäische Integration und das Souveränitätsproblem, Baden-Baden - Bonn 1963
- Krämer, Hans-R. Die Bemühungen der EWG um die Errichtung einer Währungsunion, Kieler Diskussionsbeiträge zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen Nr. 6, Kiel 1970
- ders. Formen und Methoden der internationalen wirtschaftlichen Integration, Versuch einer Systematik, Tübingen 1969
- ders. Wirtschaftliche und rechtliche Probleme der monetären Integration in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Tübingen 1966
- ders. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Frankfurt/Main - Berlin 1965

- Kreinin, Mordechai E. On the Dynamic Effects of a
Customs Union, in: JPE,
Vol. LXXII (1964), S. 193-195
- ders. On the 'Trade Diversion' Effect
of Trade Preference Areas, in:
JPE, Vol. LXVII (1959),
S. 398-401
- Krengel, Rolf Was ist Einkommenspolitik?,
in: Einkommenspolitik in der
modernen Wirtschaftsordnung,
hrsg. von H. Beykirch, Köln -
Deutz 1965, S. 23-36
- Kuby, Heinz Transnationale Wirtschafts-
Kitzmüller, Erich politik, Hannover 1968
- Kuhn, Alfred Labor Institutions, and Econo-
mics, New York - Chicago - San
Francisco - Atlanta 1967
- Külp, Bernhard Zur Problematik der Tarifau-
tonomie, in: HJb, 17. Jahr
(1972), S. 199-222
- ders. Streik und Streikdrohung,
Berlin 1969
- ders. Lohnbildung im Wechselspiel
zwischen politischen und wirt-
schaftlichen Kräften, Berlin
1965
- ders. Der Einfluß der Interessen-
gruppen auf die Wirtschafts-
politik in Abhängigkeit von
der Organisationsfähigkeit
der Interessen. Aufsatzpunkte
zu einer wirtschaftswissen-
schaftlichen Theorie des Ver-
bandseinflusses, hekt. Manus-
kript, o.O., o.J.

- | | |
|-------------------------------|--|
| Küng, Emil | Zahlungsbilanzpolitik,
Zürich - Tübingen 1959 |
| Kunz, Dieter | Preisniveau und Außen-
handel, Tübingen 1968 |
| Larenz, Friedrich | Untersuchungen zur Ein-
kommenspolitik, Tübingen
1968 |
| Lauschmann, Elisabeth | Grundlagen einer Theorie
der Regionalpolitik,
Hannover 1970 |
| Lemper, Alfons | Weltwirtschaftliche Koope-
ration - Ein Problem der
Arbeitsteilung?, in:
JbFSozW, Bd. 22 (1971),
S. 155-188 |
| Lendi, Urs | Stabilitäts- und wachstums-
orientierte Einkommenspoli-
tik und ihre Ergänzung durch
die kurz- und längerfristige
allgemeine Wirtschaftspolitik,
Zürich - St. Gallen 1969 |
| Lerche, Peter | Verfassungsrechtliche Zen-
tralfragen des Arbeitskampfes,
Bad Homburg v.d.H. - Berlin -
Zürich 1968 |
| Lester, Richard A. | Economics of Labor, New York -
London 1964 |
| Liefmann-Keil, Elisa-
beth | Zur Aktivität der Interessen-
verbände, in: Sozialwissen-
schaftliche Untersuchungen,
hrsg. von H. Arndt, Berlin
1969, S. 27-51 |
| dies. | Ökonomische Theorie der Sozial-
politik, Berlin - Göttingen -
Heidelberg 1961 |

- Lipfert, Helmut Einführung in die Währungs-
politik, München 1965
- Lipset, Seymour Martin The Political Process in
Trade Unions: A Theoretical
Statement, in: Labor and
Trade Unionism: an inter-
disciplinary reader, ed. by
W. Galenson a. S.M. Lipset,
New York - London 1960,
S. 216-242
- Lipsey, Richard G. The theory of customs unions:
a general equilibrium analysis,
London 1970
- ders. The Theory of Customs Unions:
A General Survey, in: EJ,
Vol. LXX (1960), S. 496-513
- Lochner, Norbert Was bedeuten die Begriffe
Harmonisierung, Koordinierung
und Gemeinsame Politik in den
Europäischen Verträgen, in:
ZfgStW, 118. Bd. (1962),
S. 35-61
- Lucius, Ralph-René Währungsintegration ohne
wirtschaftliche und politi-
sche Integration, Frankfurt/
Main 1972
- Lundström, Hans O. Capital Movements and Economic
Integration, Leyden 1961
- Lutz, Friedrich A. Lohn, Inflation und Zahlungs-
bilanz, Tübingen 1967
- Meade, James E. Wages and Prices in a Mixed
Economy, Tonbridge/Kent 1971
- ders. Probleme nationaler und inter-
nationaler Wirtschaftsordnung,
Tübingen - Zürich 1955

- Meade, James E. The Theory of International
Economic Policy, Bd. I, The
Balance of Payments, London -
New York - Toronto 1951
- Meinhold, Helmut Soziale Aspekte der europäi-
schen wirtschaftlichen Inte-
gration, in: SF, 6. Jg.
(1957), S. 4-8
- ders. Internationale Arbeitswan-
derung - gesehen unter dem
Blickpunkt der engeren wirt-
schaftlichen Zusammenarbeit
in Europa, in: FA, Bd. 17
(1956/57), S. 384-397
- Meinhold, Wilhelm Währungspolitische Konsequen-
zen der Lohnexpansion, in:
Internationale Währungs- und
Finanzpolitik, hrsg. von
W. Meinhold, Berlin 1961,
S. 173-185
- Meyer, Fritz W. Die internationale Währungs-
ordnung im Dienste der stabi-
litätspolitischen Grenzmo-
ral und die Möglichkeit einer Re-
form, in: 25 Jahre Marktwirt-
schaft in der Bundesrepublik
Deutschland, hrsg. von D. Cassel,
G. Gutmann, H.J. Thieme, Stutt-
gart 1972, S. 283-296
- ders. Wechselkurse, in: HdSW, Bd. 11
(1961), S. 571-585
- Meyer, Fritz W.
Willgerodt, H. Der wirtschaftspolitische Aus-
sagewert internationaler Lohn-
vergleiche, in: Internationale
Lohngefälle - Wirtschaftspoli-
tische Folgerungen und statisti-
sche Problematik, hrsg. vom Bun-
desministerium für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit, Bonn (1956),
S. 7-78

- Meyer, Klaus Zur Theorie der wirtschaftlichen Integration, in: Kyklos, Vol. XIX (1966), S. 691-708
- Meyer, Willi Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel, Freiburg im Breisgau 1967
- Michels, Robert Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1957 (Neudruck der 2. Auflage Leipzig 1925)
- Möller, Hans Probleme der Geld- und Kreditpolitik bei Währungskonvertierbarkeit, in: Geld- und Bankpolitik, hrsg. von E. Dürr, Köln - Berlin 1969, S. 405-418
- ders. Internationale Wirtschaftsorganisationen, Wiesbaden 1960
- Müller-Armack Alfred u.a. Stabilität in Europa. Strategien und Institutionen für eine europäische Stabilitätsgemeinschaft, Düsseldorf - Wien 1971
- Mundell, Robert A. The Appropriate Use of Monetary and Fiscal Policy for Internal and External Stability, in: Readings in Money, National Income and Stabilization Policy, ed. by W.L. Smith a. R.L. Teigen, Homewood/Illinois - Georgetown/Ontario 1970, S. 611-616
- ders. International Trade and Factor Mobility, in: AER, Vol. XLVII (1957), S. 321-335

- Myrdal, Gunnar Internationale Wirtschaft,
Probleme und Aussichten,
Berlin 1958
- Nell-Breuning, Oswald von Koalitionsfreiheit, in:
StL, Bd. 4 (1959),
Sp. 1106-1112
- Neuhauser, Gertrud Die wirtschaftspolitische
Konzeption als Problem der
theoretischen Wirtschafts-
politik, in: Zur Grundlegung
wirtschaftspolitischer Kon-
zeptionen, hrsg. von H.-J.
Seraphim, SVSP, N.F. Bd. 18,
Berlin 1960, S. 23-58
- dies. Integration - Wiedergeburt
des handelspolitischen Li-
beralismus?, in: ZfgStW,
115. Bd. (1959), S. 72-100
- Neureither, Karlheinz Wirtschaftsverbände im Prozeß
der europäischen Integration,
in: Politische Dimensionen
der europäischen Gemeinschafts-
bildung, hrsg. von C.J. Fried-
rich, Köln - Opladen 1968,
S. 358-445
- Niemann, Ursula. Lohn- und Sozialpolitik in
der westeuropäischen Integra-
tion, in: WWI-M, Jg. (1957),
S. 257-261
- Nipperdey, Hans Carl Tarifvertrag, in: HdSW, Bd. 10
(1959), S. 286-292
- o.V. EWG-Integration, Die Kritik
eines Empirikers, in: Vw-Ww-A,
26. Jg. (1972), Heft 4, S. 24
- o.V. Die Modelle der Integrations-
Theoretiker, in: Vw-Ww-A,
26. Jg. (1972), Heft 42,
S. 30-33

- o.V. Tarifvertragsfreiheit und die Möglichkeiten zur Schaffung von übernationalen Tarifverträgen, bekt. Manuskript der Abteilung Tarifpolitik, WWI Düsseldorf o.J.
- Paish, F.W. Was ist Liquidität eigentlich?, in: Geld- und Bankpolitik, hrsg. von E. Dürr, Köln - Berlin 1969, S. 283-291
- Pedersen, Jørgen A Chapter of the History of Monetary Theory and Policy, in: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, Das Inflationsproblem, E. Schneider zum 60. Geburtstag, hrsg. von G. Bombach, Tübingen 1960, S. 17-42
- Peffekoven, Rolf Zölle und Lohnquote, Berlin 1966
- Pen, Jan Tarifaautonomie in einem integrierten Europa, in: Die Autonomie der Gewerkschaften in einem integrierten Europa, Zwölftes Europäisches Gespräch in der Engelsburg Recklinghausen, hrsg. von H. Beykirch u. H. Küppers, Köln - Deutz 1964, S. 105-123
- ders. Europäische Lohnpolitik , in: GMH, 14. Jg. (1963), S. 581-585
- Peschel, Peter Die Lage der Arbeitnehmer in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft DGB - VHS: Arbeit und Leben, München 1964, S. 28-63
- Pfleiderer, Otto Offenmarktpolitik, in: HdSW, Bd. 8 (1964), S. 74-82

- Pfleiderer, Otto Diskontpolitik, in: HdSW,
Bd. 2 (1959), S. 614-620
- Philip, André Social Aspects of European
Economic Co-operation, in:
JLR, Vol. LXXVI (1957),
S. 244-256
- Pohl, Rüdiger Regionale Leistungsbilanz-
salden in integrierten Wirt-
schaftsräumen. Berlin 1971
- Predöhl, Andreas Europäische Integration, in:
HdSW, Bd. 3 (1961), S. 371-386
- Ramm, Thilo Koalitionsrecht, in: HdSW,
Bd. 6 (1959), S. 28-38
- Rees, Albert The Effects of Unions on
Resource Allocation, in:
Perspectives on Wage Deter-
mination, A Book of Readings,
ed. by C.R. McConnell, New
York - St. Louis - San Francisco -
Düsseldorf - London - Mexico -
Panama - Sydney - Toronto 1970,
S. 226-233
- ders. The Economics of Trade Unions,
Chicago 1963
- Reichel, Hans Tarifvertragswesen und Tarif-
recht, in: Sozialpolitik in
Deutschland, Heft 19 (1961),
S. 4 ff.
- Reitzenstein, Irene von Solidarität und Gleichheit,
Berlin 1961
- Reuss, Wilhelm Die Stellung des kollektiven
autonomen Arbeitsrechts im
Rechtssystem, in: AuR, 6. Jg.
(1958), Nr. 11, S. 324 ff.

- Reynolds, Lloyd G. Labor Economics and Labor
Relations, Englewood Cliffs
1964
- ders. Wage behavior and inflation.
An international view, in:
Wages, Prices, Profits and
Productivity, The American
Assembly, Columbia Universi-
ty, New York 1959, S. 109-136
- Rohwedder, Jürgen Untersuchungen über Zahlungs-
bilanzprobleme bei Stufen-
flexibilität und freier Flexi-
bilität der Wechselkurse,
Tübingen 1969
- Rometsch, Sieghardt Monetäre Integration - das
Problem einer Währungsunion
im Gemeinsamen Markt, Frank-
furt/Main 1968
- Röpke, Wilhelm Integration und Desintegra-
tion der internationalen Wirt-
schaft, in: Wirtschaftsfragen
der Freien Welt, hrsg. von
E.v. Beckerath, F.W. Meyer,
A. Müller-Armack, Frankfurt/
Main o.J., S. 493-501
- ders. Internationale Ordnung - heute,
Zürich - Stuttgart 1954
- Rose, Klaus Theorie der Außenwirtschaft,
München 1972
- ders. (Hrsg.) Theorie der internationalen
Wirtschaftsbeziehungen,
Köln - Berlin 1966
- Rostow, Walt Whitman Die fünf Wachstumsstadien -
Eine Zusammenfassung, in:
Wirtschaftsstufen und Wirt-
schaftsordnungen, hrsg. von
H.G. Schachtschabel, Darmstadt
1971, S. 105-120

- Rothschild, Kurt W. Kleinstaat und Integration,
in: Marktform, Löhne, Außen-
handel: Beiträge zur Wirt-
schaftstheorie und zur Wirt-
schaftspolitik, Wien - Frank-
furt/Main - Zürich 1966,
S. 189-220
- ders. Einkommenspolitik oder Wirt-
schaftspolitik?, in: Probleme
der Einkommenspolitik, hrsg.
von E. Schneider, Tübingen
1965, S. 63-80
- Salowsky, Heinz Einkommenspolitik im Ausland,
Beiträge des Deutschen In-
dustrieinstituts, 6. Jg.
(1968), Heft 1
- Sannwald, Rolf Wirtschaftliche Integration,
Stohler, Jacques Basel - Tübingen 1961
- Sauvy, Alfred Psycho-Social Aspects of
Migration, in: Economics of
International Migration,
Proceedings of a Conference
held by the International
Economic Association, ed. by
B. Thomas, London - New York
1958, S. 297-302
- Schachtschabel, Hans G. Wirtschaftspolitische Kon-
zeptionen, Stuttgart - Berlin -
Köln - Mainz 1967
- Scharrer, Hans-Eckart Monetäre Integration in der
EWG, Initiativen und Probleme,
in: HJb, 16. Jahr (1971),
S. 74-93
- Scheele, Erwin Gesamtwirtschaftlich orien-
tierte Lohnpolitik in der
Marktwirtschaft, Düsseldorf
1969

- | | |
|--------------------------|--|
| Schellhoss, Hartmut | Apathie und Legitimität -
Das Problem der neuen Gewerkschaft, München 1967 |
| Scherf, Harald | Untersuchungen zur Theorie
der Inflation, Tübingen 1967 |
| Schierwater, Hans-Viktor | Der Arbeitnehmer und Europa,
in: Politische Dimensionen
der europäischen Gemeinschafts-
bildung, hrsg. von C.J. Fried-
rich, Köln - Opladen 1968,
S. 294-357 |
| Schmädel, Dieter von | Führung im Interessenverband,
Probleme der innerverband-
lichen Willensbildung, Berlin
1968 |
| Schmölders, Günter | Von der "Quantitätstheorie"
zur "Liquiditätstheorie" des
Geldes, in: Geld- und Bank-
politik, hrsg. von E. Dürr,
Köln - Berlin 1969, S. 77-94 |
| ders. | Geldpolitik, Tübingen -
Zürich 1968 |
| ders. | Das Selbstbild der Verbände,
SVSP, N.F. Bd. 38, Berlin
1965 |
| ders. | Psychologische Aspekte einer
europäischen Währungspolitik,
in: Währungspolitik in der
europäischen Integration, hrsg.
von H. Rieber, Baden-Baden 1964,
S. 13-26 |
| ders. | Internationale Finanzpolitik,
in: Internationale Währungs-
und Finanzpolitik, hrsg. von
W. Meinhold, Berlin 1961,
S. 137-152 |

- Schneider, Erich Zahlungsbilanz und Wechselkurs, Tübingen 1968
- ders. Planung, Programmierung und Koordinierung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: WWA, Bd. 93 (1964 II), S. 1-22
- ders. Lineamenti di una teoria economica del mercato comune, in: Rivista Internazionale di Science Economiche e Commerciali, Anno 4 (1957), S. 107-118
- Scitovsky, Tibor Economic Theory and Western European Integration, London 1967
- ders. Economies of Scale, Competition, and European Integration, in: AER, Vol. XLVI (1956), S. 71-91
- Shibata, Hirofumi The Theory of Economic Unions: A Comparative Analysis of Customs Unions, Free Trade Areas, and Tax Unions, in: Fiscal Harmonization in Common Markets, Volume I: Theory, ed. by C.S. Shoup, New York - London 1967, S. 145-264
- Sickle, John V. van Industry-wide Collective Bargaining and the Public Interest, in: Unions, Management and the Public, ed. by E.W. Bakke a. C. Kerr, New York 1949, S. 521-526
- Skiba, Rainer Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Entwicklung der Reallöhne, Köln 1968
- Smend, Rudolf Integrationslehre, in: HdSW, Bd. 5 (1956), S. 299-302

- Smith, Warren I. Über die Wirksamkeit der Geldpolitik, in: Geld- und Bankpolitik, hrsg. von E. Dürr, Köln - Berlin 1969, S. 333-353
- Socher, Karl Koordination des Einsatzes geld- und finanzpolitischer Instrumente, Berlin 1971
- Sohn, Karl-Heinz Berufsverband und Industriegewerkschaft, Köln 1964
- Stegemann, Klaus Wettbewerb und Harmonisierung im Gemeinsamen Markt, Köln - Berlin - Bonn - München 1966
- Stock, Walter Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Berlin 1972
- Stolper, Wolfgang F. Zölle, in: HdSW, 12. Bd. (1965), S. 453-562
- Streeten, Paul Economic Integration, Leyden 1961
- Studders, Herbert Zur Integration der europäischen Arbeitskraft - Bevölkerungs- und arbeitsstatistische Unterlagen, Frankfurt/Main 1952
- Sturmthal, Adolf Der Einfluß der Lohnpolitik auf Produktivität und Preisniveau, WWI-Studie zur Wirtschaftsforschung Nr. 8, Köln 1963
- Tacke, Bernhard Die gewerkschaftliche Tarifpolitik auf übernationaler Ebene, Vortrag anläßlich einer internationalen Arbeitstagung der IG-Chemie-Papier-Keramik am 27. Mai 1964 in Bad Münden, DGB Bundesvorstand, Abteilung Tarifpolitik, 2. Auflage Febr. 1965

- Thieme, H. Jörg Geld- und fiskalpolitische
Prozeßsteuerung in der Markt-
wirtschaft - Alternative Sta-
bilisierungskonzepte, in:
25 Jahre Marktwirtschaft in
der Bundesrepublik Deutschland,
hrsg. von C. Cassel, G. Gutmann,
H.J. Thieme, Stuttgart 1972,
S. 230-250
- Tinbergen, Jan International Economic Inte-
gration, Amsterdam - London -
New York 1965
- ders. On the Theory of Economic
Integration, in: Selected
Papers, ed. by L.H. Klaassen,
L.M. Koyck a. H.J. Witteveen,
Amsterdam 1959, S. 138-151
- Tomandl, Theodor Streik und Aussperrung als
Mittel des Arbeitskampfes,
Wien - New York 1965
- Triesch, Günter Die Macht der Funktionäre,
Macht und Verantwortung der
Gewerkschaften, Düsseldorf
1956
- Turner, H.A.
Jackson, D.A.S. On the Determination of the
General Wage Level - A World
Analysis; or 'Unlimited Labour
for ever', in: EJ, Vol. LXXX
(1970), S. 827-849
- Ulman, Lloyd
Flanagan, Robert J. Wage Restraint, A Study of
Incomes Policies in Western
Europe, Berkeley - Los Angeles -
London 1971
- Umrath, Heinz Niederländische Lohnpolitik,
in: GMH, 18. Jg. (1967),
S. 371-372
- Vajda, Imre Internationale Arbeitsteilung
und Wirtschaftsreform, Buda-
pest 1969

- Vajda, Imre Wirtschaftswachstum und internationale Arbeitsteilung, in: Kyklos, Vol. XIX (1966), S. 670-690
- Vall, Mark van de Labor Organizations, London - New York 1970
- ders. Die Gewerkschaften im Wohlfahrtsstaat, Köln - Opladen 1966
- Vanek, Jaroslav International Trade, Theory and Economic Policy, Homewood 1962
- Veil, Erwin Die Wohlstandswirkungen der handelspolitischen Integration Westeuropas - unter besonderer Berücksichtigung der Integrationsmaßnahmen im Rahmen der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), Diss. München 1965
- Villiger, Andreas Aufbau und Verfassung der britischen und amerikanischen Gewerkschaften, Berlin 1966
- Viner, Jacob Studies in the Theory of International Trade, New York o.J.
- ders. International Trade and Economic Development, Glencoe/Illinois 1952
- ders. The Customs Union Issue, New York 1950
- Voigt, Hans-Gerhard Probleme der weltwirtschaftlichen Kooperation, Hamburg 1969

- Wagner, Hellmuth Probleme der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, in: Vorträge auf der Jahrestagung des Deutschen Industrieinstituts Köln, Köln 1967, S. 25-32
- Walter, Ingo International Economics, New York 1968
- Walter, Rudolf Stand und Entwicklung der Zollunionstheorie, Diss. Gießen 1968
- Watrin, Christian Integrationstheorie. Was ist die EWG wert?, in: Vw-Ww-A, 24. Jg. (1970), Heft 31, S. 35-37
- Weber, Christian Egbert Die Integration eines Kontinents als Problem: Amerika, Europa, Berlin 1971
- Weber, Werner Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie als Verfassungsproblem, Berlin 1965
- Weber, Wilhelm Möglichkeiten und Grenzen einer harmonisierten Wirtschaftspolitik in Europa, in: EWG und EFTA in wissenschaftlicher Diskussion, hrsg. von E. Lagler, Berlin 1961, S. 105-127
- Weigand, Karl-Heinz Zur Solidarität der Unternehmer auf dem Arbeitsmarkt, Neustadt/Weinstraße o.J.
- Weinberg, Nat International Trade Union Co-Operation and National Stabilisation Policies, in: The Labour Market and Inflation, ed. by A.D. Smith, London - Melbourne - Toronto - New York 1968, S. 121-126

- Weippert, Georg Zum Verständnis der verbands-
strukturierten Gesellschaft,
in: Methoden und Probleme der
Wirtschaftspolitik, hrsg. von
H. Ohm, Berlin 1964, S. 123-144
- Weitbrecht, Hansjörg Effektivität und Legitimität
der Tarifautonomie, Berlin 1969
- Wendt, Siegfried Probleme des Masseneinkommens
in der neuzeitlichen Industrie-
wirtschaft, Berlin 1956
- Westrate, C. Economic Policy in Practice:
The Netherlands 1950/57,
Leiden 1959
- Wieners, Klaus Geldpolitik und Wirtschafts-
wachstum, Freiburg/Breisgau
1969
- Willgerodt, Hans Voraussetzungen einer europäi-
schen Währungsunion, in: Ordo,
23. Bd. (1972), S. 51-79
- ders. EWG, Elemente einer Währungs-
union, in: Vw-WW-A, 25. Jg.
(1971), Heft 43, S. 35-39
- Willgerodt, Hans u.a. Wege und Irrwege zur europäi-
schen Währungsunion, Freiburg/
Breisgau 1972
- Yannopoulos, George N. Economic Integration and
Labour Movements, in: Economic
Integration in Europe, ed. by
G.R. Denton, London 1969,
S. 220-245
- Zellentin, Gerda Der Wirtschafts- und Sozial-
ausschuß der EWG und Euratom,
Leiden 1962

- Zieburg, Gilbert (Hrsg.) Nationale Souveränität oder
übernationale Integration?,
Berlin 1966
- Zigan, Herbert Wirtschaftspolitik und Wirt-
schaftsverfassung in der EWG
aus der Sicht der Unternehmer,
in: Möglichkeiten und Wege zu
einer europäischen Wirt-
schaftsverfassung, hrsg. von
H. Schmidt, Berlin 1964,
S. 161-176
- Zimmermann, Horst Problems of Harmonizing Euro-
pean Fiscal Policies, in: Inte-
gration of National Economies,
Internal and External Problems
of the E.E.C., hrsg. vom Deut-
schen Komitee der AIESEC e.V.,
Köln - Sülz o.J. (1963), S. 22-25
- B Amtliche und sonstige Veröffentlichungen
- BIZ Siebenundzwanzigster Jahres-
bericht, 1. April 1956 -
31. März 1957, Basel 1957
- Deutscher Gewerk- Vorschlag für einen Stufenplan
schaftsbund zur Errichtung einer Wirt-
schafts- und Währungsunion in
der Europäischen Wirtschafts-
gemeinschaft, in: Dieter Gehr-
mann u. Sabine Harmsen, Mone-
täre Integration in der EWG,
Dokumente und Bibliographie,
Hamburg 1972, S. 213-216
- Europäische Sozial-Charta, abgedruckt in: Schriftenreihe
zum Handbuch für Europäische
Wirtschaft, Bd. 26, Baden-Baden -
Bonn (1962), S. 15-38

- Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Pläne und Probleme, Berichte des DII zur Wirtschaftspolitik, Jg. 4 (W)/Nr. 10 (1970)
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Die währungspolitischen Instrumentarien in den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1962
- Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBI. I S. 582)
- Hellmann, Rainer Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, Eine Dokumentation, Baden-Baden 1972
- Internationales Arbeitsamt (Hrsg.) Soziale Aspekte der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Bericht einer Sachverständigengruppe, Genf 1956
- International Information Centre for Local Credit (Ed.) Economic Policy in Practice, The Hague 1968
- Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Finanz- und steuerpolitische Harmonisierungsvorschläge, in: Finanzpolitik, hrsg. von H.C. Recktenwald, Köln - Berlin 1969, S. 463-486
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) Grundkriterien für die Festsetzung der Löhne und damit zusammenhängende Probleme einer Lohn- und Einkommenspolitik, Sammlung Studien, Reihe Sozialpolitik, Nr. 19, Brüssel 1967
- dies. Recht und Praxis der Tarifverträge in den sechs Ländern der EWG, Sammlung Studien, Reihe Sozialpolitik, Nr. 6, Brüssel 1963
("EWG-Studien 6/1963")

- Lohnleitlinien - Möglichkeiten und Probleme, Berichte des DII zur Sozialpolitik, Jg. 1 (1967), Nr. 2
- OECD (Hrsg.) Die Grundlagen einer Politik der Preise, Gewinne und übrigen Nichtlohneinkommen, Zweiter Bericht über eine Politik der stabilen Preise, Paris 1964
- dies. Policies for Price Stability, Paris 1962
- Probleme einer gemeinschaftlichen EWG-Währung, Berichte des DII zur Wirtschaftspolitik, Jg. 3 (W)/Nr. 3 (1969)
- Rat und Kommission der Europäischen Gemeinschaften Bericht an Rat und Kommission über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft "Werner Bericht" (endgültiger Text), Sonderbeilage zum Bulletin 11-1970 der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1970
- SVR JG 1971/72: Währung, Geldwert, Wettbewerb - Entscheidungen für Morgen -, Stuttgart - Mainz 1971
- ders. JG 1968/69: Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung, Stuttgart - Mainz o.J. (1968)
- ders. JG 1967/68: Stabilität im Wachstum, Stuttgart - Mainz 1967
- ders. JG 1964/65: Stabiles Geld - stetiges Wachstum, Stuttgart - Mainz 1965

SVR

Binnenwirtschaftliche
Stabilität und außen-
wirtschaftliches Gleich-
gewicht, SG vom 30. Juni
1969, Stuttgart - Mainz
o.J.

Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschafts-
gemeinschaft, abgedruckt
in: Hans-R. Krämer, Die
Europäische Wirtschafts-
gemeinschaft, Frankfurt/
Main - Berlin 1965,
S. 18-182

L e b e n s l a u f

Am 8.9.1941 wurde ich als viertes Kind des stellvertretenden Geschäftsführers Wilhelm Pohl und seiner Frau Loni Pohl, geb. Schreml, in München geboren. Die Volksschule besuchte ich ab 1947 in Pleystein in der Oberpfalz, wohin meine Eltern evakuiert worden waren. 1948 zogen wir nach Nürnberg um. Dort trat ich in das Realgymnasium ein, das ich 1962 mit dem Abitur verließ.

Von Oktober 1962 bis September 1964 diente ich bei der Bundeswehr. Im Wintersemester 1964/65 nahm ich an der Universität Erlangen-Nürnberg das Studium der Volkswirtschaftslehre auf, das ich Anfang Sommersemester 1969 mit dem Diplomexamen abschloß.

Im Anschluß daran verpflichtete mich Prof. Dr. Joachim Klaus, Nürnberg, als freien Forschungsassistenten bis Ende Februar 1970. Seit dem 1.3.1970 bin ich als Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten am volkswirtschaftlichen Seminar der Universität Erlangen-Nürnberg bei Prof. Klaus tätig.

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hög, 8520 Erlangen, Hauptstr. 109 (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990
